

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis 3,00 M., monatlich 1,00 M., wöchentlich 30 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Abonnement 1,00 M. für das Monat. Abonnement 1,00 M. für das Quart. Abonnement 3,00 M. für das Jahr.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,80 M., für das übrige Ausland 1 M. für das Monat. Abonnement 3,00 M. nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheit Hahn

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechsstelligen Nummernblätter oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das fertige Blatt 20 Pf., (zwei bis drei fertige Blätter, jedes weitere Blatt 10 Pf., Stellenangebote und Geschäftsanzeigen das erste Blatt 10 Pf., jedes weitere Blatt 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Quereisen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 29. September 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Parteigenossen!

Zum Quartalswechsel richten wir an Euch erneut die Ermahnung, mit aller Tatkraft für den „Vorwärts“ neue Abonnenten zu werben.

Bitter ernst ist die Zeit. Ungeheure Aufgaben stehen dem Proletariat bevor, zwingen in jedem Augenblick die unter dem ungeheuren Schicksal des Weltkrieges Leidenden zu klarer Einsicht und unerschütterlicher Energie. Fester denn je hat die Arbeiterklasse zusammengehalten und sich um diejenigen zu scharen, die in der furchtbaren Krise die alten, erprobten, durch die Weltstürme dieser Zeit neu bewährten

Ideale der proletarischen Arbeiterbewegung

vertreten. Während der mehr denn zwei Jahre des Weltkriegs ist der „Vorwärts“ in strenger Pflichterfüllung bemüht gewesen, der Sache des proletarischen Wohles und damit auch den wahren Interessen des deutschen Volkes nach bester Erkenntnis, nach innerster Ueberzeugung zu dienen.

Unsere Leser wissen, daß uns das nicht leicht geworden ist. Wiederholt war das Erscheinen des „Vorwärts“ bedroht. Auch aus den Reihen der Partei selbst wurde der ehrliche Willen des „Vorwärts“ mit den heftigsten Angriffen und schwersten Vorwürfen gelohnt.

Aber auch zahllose Zustimmungskundgebungen aus dem ganzen Reiche wurden uns zuteil, stärkten uns in der tröstlichen Zuversicht, daß wir uns auf dem rechten Wege befanden, daß der

Geist des Sozialismus,

wie er sich so stolz und erfolgreich ein halbes Jahrhundert hindurch behauptet, nicht erloschen ist, sondern allen Widerständen zum Trotz in den deutschen Arbeitermassen fortlebt.

Und zur besonderen Genugtuung gereichte es uns, daß die Arbeiterschaft Groß-Berlins sich immer wieder und immer rüchhaltiger zu dem sozialistischen Programm bekannte, dessen Geist

den Leitstern unseres Handelns

bildete. Auch hat nunmehr der Verlauf der Reichskonferenz bewiesen, daß innerhalb der Partei alle Sagnis und Verwirrung sich zu zerstreuen beginnt, daß gewaltige Massen sich mit dem „Vorwärts“ und den gleichstrebenden Parteiorganen solidarisch erklären und gleich uns mutig und hoffnungsvoll entschlossen sind, die

alten Parteigrundsätze zur Richtschnur ihres Handelns

zu machen. Noch freilich stehen wir inmitten des schwersten, verantwortungsvollsten Ringens. Noch ist unendlich viel zu tun, um Licht und zielbewusstes Wollen in die Köpfe der Arbeitermassen zu tragen.

Jeder Gesinnungsgenosse ist darum zum Mitstreiter berufen!

Mehr denn je seit Gründung der deutschen Sozialdemokratie hat jeder überzeugte Genosse — Mann wie Frau — seine Schuldigkeit zu tun, die Zweifelnden aufzurichten, die Schwankenden zu halten, die Energie der Tatkräftigen in die rechte Bahn zu weisen.

Euer Organ, der „Vorwärts“, wird wie bisher seine Schuldigkeit tun. Helft ihm dabei, indem Ihr ihm neue Leser, neue Abonnenten werbt! Sorgt auch dafür, daß

Eure Freunde und Angehörige draußen im Felde

Euer Blatt zugesandt erhalten.

Der Reichstag ist wieder zusammengetreten, wichtige Lebensfragen des Volkes, der Arbeiterklasse, harren der Erörterung. Was Eure Parlamentsvertreter zu sagen haben, findet Ihr in Groß-Berlin einzig im „Vorwärts“ unverstümmelt wiedergegeben.

Wer sich über die Lebensmittelversorgung, über Belagerungszustand, über Steuerfragen, über die großen Schicksalsfragen der Zeit unterrichten will, siehe treu zu seinem Blatte und werde rüstig

neue Freunde für den „Vorwärts“!

England der Hauptfeind!

Wiederum war am Donnerstag der Reichstag gefüllt wie je während des Krieges, wenn eine Kriegsdebatte zu erwarten war. Zwar wußte man aus der Presse, daß diesmal nur der Reichskanzler einen Monolog halten und die Aussprache der Parteien um mehrere Tage verschoben werden würde. Dennoch waren die Journalisten- und Zuhörertribünen überfüllt. Nach sechsundzwanzig Monaten der unerhörtesten Kriegsanstrengungen und Kriegsoffer ein nur zu begreifliches Bild. Wie auch die schon lange vor Sitzungsbeginn gepreßte Masse der spannungsvoll harrenden Hörer zu den Kriegsfragen stehen mochte, ob auf dem Flügel des Dietrich Schäferschen Ausschusses, ob in den Reihen der „Gemäßigten“ des Nationalausschusses oder ob sie mit den „Flaunachern“ sympathisierten — sie alle waren erschienen, um der fiebernden Zeit den Puls zu fühlen, um dabei zu sein, wenn von den Lippen des verantwortlichen deutschen Reichslenkers Entscheidendes über die Geschichte der Nationen gesagt würde, um endlich das erlösende Wort zu vernehmen, das, vielleicht, im graufigen Gang so oder so eine Wende zu bedeuten vermöchte.

Aber die Harrenden und Hoffenden erlebten wieder einmal eine Enttäuschung. Sie vernahmen keine neue Botschaft, kein befreiendes Wort, sondern wiederum nur die bekannten Wendungen, die jeder politisch Interessierte, und wer wäre das heute nicht, so oft gehört und innerlich kritisch verarbeitet hat. Was der Reichskanzler über die Kriegslage und die vermutlichen Kriegsaussichten sagte, war längst in allen Blättern zu lesen gewesen, und selbst das, was neue Löhne anzukündigen schien, verschwand, kaum flüchtig angedeutet, sofort wieder in der stereotypen Rhetorik, an die man nachgerade so gewöhnt ist, wie an die bekannten, ewig wiederkehrenden Wendungen der Kriegsberichte oder die nicht originelleren Mahnungen und Verheißungen des Kriegsernährungsamts.

Das beherrschende Gefühl bei und nach der Rede Bethmann Hollwegs war und blieb deshalb das der Unbefriedigung, der Enttäuschung. Auf allen Seiten. Bei den Vertretern der Reventlow-Richtung so gut wie bei den entschiedenen Friedensfreunden, den Anhängern der Verständigungsdece. Wohl unterstrich das Haus hier und da eine durch rednerisches Pathos und stimmliche Dynamik herausgehobene Wendung des Kanzlers, wohl begegnete seine Zuversicht zum Siege, seine Aufforderung zum Durchhalten der sicheren Resonanz, wohl wurde seine Erklärung, daß England als Hauptschürer des Niederrückungskrieges der Gegner auch der Hauptfeind sei, gegen den jedes taugliche Bekämpfungsmittel anzuwenden die Pflicht gebiete, von der bis dahin recht zurückhaltenden Reden mit lebhafter Bemutigung aufgenommen — aber die Gesamtstimmung war eine höchst gemäßigte, und der Beifall, der auf die Schlussworte des Kanzlers folgte, erreichte bei weitem nicht die Stärke und Einmütigkeit, mit der zum Beispiel die letzte Kanzlerrede aufgenommen wurde. Auch die Zuhörertribünen fanden keinerlei Veranlassung zu einer jener Demonstrationen, wie sie das Haus während des Krieges bei Kanzlerreden wiederholt erlebt hat.

Der erste und ausführlichere Teil der Kanzlerrede war ohnehin zu irgendwelchen Stimmungskundgebungen nicht angetan. Er beschäftigte sich nüchtern chronistisch mit der Entwicklung der politischen Lage und dem Kriegszustand. Italien habe mit seiner Kriegserklärung nur das Fazit aus dem bereits herrschenden Kriegszustand gezogen. Denn bereits nach seiner Kriegserklärung an Oesterreich sei ihm von Deutschland erklärt worden, daß es an der italienischen Front überall deutschen Massengefahrten der Oesterreicher begegnen werde. Die wirtschaftlichen Bedenken Italiens gegen die Schaffung des offenen Kriegszustandes mit dem Deutschen Reich seien durch Englands finanziellen und Wirtschaftsdruck erst nach mehr als Jahresfrist besiegt worden. An der Kriegslage selbst werde durch Italiens Kriegserklärung nichts geändert.

Ausführlicher verweilte der Kanzler bei der Vorgeschichte der rumänischen Kriegserklärung. Rumänien habe seinerzeit mit Oesterreich ein Bündnis geschlossen, das es zu gemeinsamem Vorgehen bei unmotiviertem Angriff gegen die Bündnis-mächte verpflichtete. Dieser Defensivvertrag sei später auf Deutschland und Italien ausgedehnt worden. Nach Ausbruch des Weltkriegs habe der verstorbene König Carol aus seinen Sympathien für die Zentralmächte kein Hehl gemacht. Die ganze rumänische Politik sei freilich darauf eingestellt gewesen, sich dem voraussichtlichen Sieger anzuschließen. Schon nach der Besiegung Lemberts und erst recht nach dem Fall Brzemyesls habe Bratianski mit Rußland zu verhandeln begonnen. Die siegreiche Offensive der Mittelmächte nach dem Durchbruch bei Gorlice habe ihn wieder zur Vorsicht gemahnt; die erneute russische Offensive dieses Jahres in Verbindung mit russischen Drohungen dem Verben der Entente wieder geneigter gemacht. Schließlich habe sich Rumänien, unmittelbar nach schopenhaisigen Veteuerungen seiner unerhörtesten Neutralitätsabsichten, der Entente angeschlossen. Deutschland sei dieser Abfall jedoch keineswegs überraschend gekommen und die Hoffnungen der Entente auf Abspaltung Bulgariens und der Türkei seien schmähtlich gescheitert und durch die energische Offensive in der Dobrudscha und den erfolgreichen Widerstand in Mazedonien zushanden gemacht worden. Un-

Die griechischen Wirren.

Venizelos auf Kreta.

Athen, 27. September. (B. L. B.) Meldung der Agence Havas. Der Dampfer „Atromitos“ mit Venizelos und Admiral K unduriotis an Bord ist in Kanea heute nacht vor Anker gegangen. Die Fahrgäste werden morgen früh an Land gehen. Die Bevölkerung sowie die bürgerlichen und militärischen Behörden bereiten einen tiefen Empfang vor. — Das Blatt „Kairi“ meldet: Die Griechen in Nikosia (S y p e r n) beschloßen in einer Versammlung, sich der nationalen Verteidigungsarmee anzuschließen. Auf dem Fort wurde die griechische Flagge gehißt.

In Athen geht die Rede von der Veranstaltung einer Versammlung, welche die ausländische Bewegung mißbilligen soll. Diese Tatsache falle mit geheimen Beschlüssen zusammen, die im Verlaufe einer gestern abend abgehaltenen Zusammenkunft von Anhängern Sunaris gefaßt worden seien.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 28. September. (B. L. B.) Bericht des bulgarischen Generalstabs vom 27. September. (Verspätet eingetroffen.)

Mazedonische Front: Auf der Stara Planina haben wir den linken Flügel des Feindes zurückgeworfen und die Linie der Berge Liseh (1150 Meter) und Tschitschewo (1550 Meter) besetzt. Auf der Front von Lerin (Florina) lebhaftes Artilleriefeuer auf dem Gebirgsrücken Sterkow Grob. Auf der Höhe des Kaimakolan warfen wir den Feind und erbeuteten zwei Kanonen und viele Maschinengewehre und Bombenwerfer. Im Moglenicatal lebhaftes Artillerietätigkeit. Von der übrigen Front nichts Nennenswertes.

Rumänische Front: Längs der Donau stellenweise Feuerwechsel zwischen Grenzposten; schwaches beiderseitiges Artilleriefeuer zwischen den Dörfern Nagura und Korabia. In der Dobrudscha schwaches Artilleriefeuer.

Schwarzes Meer: Zwei feindliche Torpedoboote beschossen 45 Minuten lang die Stadt Mangalia, wo sie mehrere Häuser zerstörten und ein Tartarenkind töteten.

erschütterlich ständen die bulgarischen und türkischen Truppen mit den Heeren Deutschlands und Oesterreichs in entschlossener Abwehr zusammen.

Ebenso seien die Siegeshoffnungen der Entente an der West- und Ostfront zusammengebrochen. Im Westen habe der tapfer anstürmende Feind einige Erfolge errungen, aber die deutsche Front sei nicht durchstoßen, sie trotz unbeflegbar allen Anstürmen, ebenso wie im Osten die Heere Russlands an der unzerbrochlichen deutsch-österreichisch-türkischen Front zerschellten.

So führe Deutschland gemeinsam mit seinen Verbündeten den Verteidigungskrieg, wie es ihn von Anfang an verstanden habe. Nicht Deutschland müße seinen Gegnern Unbilliges zu. Es habe seine Friedensbedingungen durch seinen, des Kanzlers, Munde wiederholt ausgesprochen und habe dem nichts hinzuzufügen. Es sei keineswegs Gegner eines dauernden Friedens und bereit, diesen Frieden durch internationale Verständigungen und Abmachungen zu einem wahrhaft dauernden zu gestalten. Aber Deutschlands Gegner wünschten Deutschland militärisch, politisch und wirtschaftlich niederzuringen, führten den Krieg als Eroberungskrieg. Rußland wolle Konstantinopel erobern, Rumänien Siebenbürgen, Italien das Trentino und Dalmatien, Frankreich Elsass-Lothringen. Demgegenüber gebe es nur den Krieg bis zum Siege, an dem Deutschland nicht zweifle. Deutschland denke auch nicht daran, in die innerpolitischen Verhältnisse anderer Länder eingreifen zu wollen; ob Rußland autokratisch oder konstitutionell regiert werde, kümmere Deutschland nicht. Wohl aber habe Deutschland die Pflicht, seinen unerbittlichsten Gegner, der seine Verbündeten zum äußersten Kraftaufwand anspornt, England, mit allen Mitteln niederzuringen. Der deutsche Staatsmann, dem man mit Recht nachsagen könne, daß er aus veralteten Verständigungsrücksichten, aus Schonung für England, nicht alle Kriegsmittel gegen diesen Hauptgegner schonungslos anwende, verdiene gehenkt zu werden!

Diese Ausführungen des Reichskanzlers erklären zur Genüge die laue und gemischte Aufnahme seiner Rede. Es war eine Rede, von der die Parteien nicht recht wußten, was sie daraus machen sollten. Ein Programm voller Einschränkungen, Verhaltungen und Widersprüche. Halb Chamade, halb Fanfare. Halb Entgegenkommen, halb schroffe Abweisung. Eine Rede, die nichts Klares, Entscheidendes bringt, sondern alles im Nebel, im Unklaren läßt. Ganz im Stile des Nationalanschlusses!

Was Bethmann in schüchternen Andeutungen über Deutschlands Willen, einer europäischen Völkerverständigung und künftigen internationalen Vereinbarungen nicht zu widerstreben, sagte, hätte noch einen Sinn gehabt, wenn er nicht früher Kriegsziele proklamiert gehabt hätte, die von der „Post“ und gleichgestimmten alldeutschen Blättern als unverkennbare Annäherung an den Standpunkt der Alldeutschen begrüßt worden waren und begrüßt werden mußten. Diesen Standpunkt kam man heute durch bloßes Schweigen unmöglich in Vergessenheit bringen. Man könnte ihn höchstens modifizieren durch ein klares, überall, im In- und Auslande, verständliches Bekenntnis zu jener Politik der internationalen Verständigung, das dem unabsehbaren Ringen um die „Entscheidung“ ein Ende zu bereiten vermöchte. Davon aber, daß der Reichskanzler sich auch nur einigermaßen unmißverständlich zu einem solchen Programm bekannt habe, kann ebensicherweise gar keine Rede sein. Er ist nicht abgerückt von seinem früheren Kriegszielprogramm, hat sich mit allgemeinen, höchst vieldeutigen Wendungen begnügt.

Dazu kommt, daß er die vermeintlichen Kriegsziele der Gegner in einer Weise umschrieben hat, die zwar manchen prahlerischen Deklamationen gegnerischer Staatsmänner und Verschmeiherungspolitiker entspricht, die aber den Bekenntnissen gesunder politischer Vernunft nicht nur zahlreicher ernstschmender Politiker, sondern auch verantwortlicher gegnerischer Staatsmänner zuwiderläuft. Wollte man mit gleichem Maßstab deutsche Ausgebungen von verantwortlicher und unverantwortlicher, aber einflußreicher Seite messen, so könnten sich Deutschlands Gegner mit demselben Rechte darauf berufen, daß es gerade Deutschland sei, das eine Verständigung auf Grundlage der Vernunft, Billigkeit und des internationalen Interessenausgleichs verhinde. So kommt man jedenfalls um keinen Schritt weiter, wenn man nicht den Krieg bis zum „bitteren Ende“, sondern eine Verständigung anstrebt.

Krieg bis zum äußersten, Kampf bis zum „Siege“, wie fern und opferreich er immer sei — oder Verständigung durch einen Ausgleich, der den vitalsten Interessen aller kriegsführenden Mächte Rechnung trägt — ein Drittes gibt es nicht!

Wie der Reichstag sich dazu stellt, ist leider nicht in klare Erscheinung getreten. Bedenklich nur ist, daß der Kanzler nach einigen halben, schwer abwägbaren Bemerkungen über die deutsche Bereitwilligkeit zu internationalen Vereinbarungen, die im Reichstag eisernem Schweigen begegneten, England als dem vermeintlichen Hauptgegner desto schonungsloseren Kampf ansagte, und damit den Alldeutschen in der bedenklichsten Weise Konzessionen machte!

Vielleicht wird die Debatte über seine Rede, die vermutlich erst in Wochenfrist folgen wird, größere Klarheit schaffen. Jedenfalls ist es die Pflicht der Sozialdemokratie, endlich einmal gründlich die ganze internationale Situation zu durchleuchten und an Stelle des unerträglichen Halb-dunkels volle Klarheit zu schaffen!

Auch über die innere Politik, die Frage der Neuorientierung, sprach der Kanzler. Aber auch hier blieb alles im Vagen und Dunklen. Herr v. Bethmann-Hollweg schloß mit der Parole „Freie Bahn für alle Tüchtigen, das ist die Lösung.“ Damit ist wirklich schon gar nichts gesagt. Weniger und Undeutlicheres konnte schon gar nicht ausgesprochen werden. Auch das wird im Reichstag darzulegen sein.

Auch der 28. September beschäftigt nur die in den Volksmassen latwinengleich wachsende Einsicht, daß das Schicksal der Nationen die Sache der Völker selbst sein muß, wenn nicht auch dies ungeheuerliche Geschichtsverbrechen nur eine ungenügte Episode in der Entwicklung der Menschheit bleiben soll!

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich, Großes Hauptquartier, 28. September 1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Zwischen Acre und Somme haben die Engländer und Franzosen nach einem die bisherigen Erfahrungen fast noch übersteigenden Vorbereitungseifer ihre starken Angriffe erzwungen. Auf dem größten Teile der Schlachtfront hat unsere durch die Artillerie und Flieger wirksam unterstützte unerschütterliche Infanterie unter den Befehlen der Generale Sigt von Arnim, von Huegel und von Schand den Feind siegreich abgeschlagen. Bei Thiepval und östlich von Caucourt l'Abbaye ist der erbitterte Kampf noch nicht zum Abschluß gekommen. Besonders heftig waren die aus der Linie Morval-Bouchavesnes vorgebrachten Angriffe, die der Gegner ohne Rücksicht auf die bei einem ersten gänzlich gescheiterten Sturm erlittenen blutigen Verluste gegen Abend wiederholte; eingedrungene Abteilungen wurden sofort aus unserer Linie zurückgeworfen, in kleinen Stellungsteilen nordwestlich von Rancourt und östlich von Bouchavesnes vermochte sich der Gegner zu halten.

Unsere Flieger haben gestern sieben Flugzeuge, davon vier im Sommergebiet, abgeschossen.

Ein kleines über holländisches Gebiet angeflogenes und ebenso zurückgelehrtes feindliches Geschwader griff Most erfolglos an. Bei einem englischen Bombenangriff auf Brüssel wurden 15 Häuser zerstört, 13 Belgier getötet, 28 verwundet.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.
Schwächere russische Vorstöße an der Na (westlich von Riga) sowie zwischen Mladziol- und Rarocz-See wurden leicht abgewiesen.

Die im Tagesbericht vom 22. September erwähnten verloren gegangenen Teile unserer Stellung bei Korystnica sind gestern durch einen voll gelungenen Gegenangriff der Truppen des Generals von der Marwitz nach schwerem Kampfe wiedererobert und darüber hinaus noch Vorteile errungen. Alle Versuche des Feindes, uns wieder zurückzuwerfen, sind gescheitert. Das russische IV. Sib. Armeekorps hat nach den Meldungen unserer Truppen Verluste erlitten, die einer Vernichtung des Korps nahekommen. 41 Offiziere, 2800 Mann sind gefangen in unsere Hand gefallen, ein Geschütz und 17 Maschinengewehre erbeutet.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Zur Verbesserung der Stellung schoben wir westlich von Folv. Aradovlesie (zwischen Blota Lipa und Rarajonska) unsere Linien vor, nahmen 130 Russen gefangen und erbeuteten 4 Maschinengewehre. Gegenstöße blieben ergebnislos.

In den Karpaten griff der Feind an verschiedenen Stellen an und ist zum Teil erst nach Nahkampf zurückgeschlagen. Nordöstlich von Kirlibaba sind Gegenangriffe noch im Gange.

Kriegsschauplatz in Siebenbürgen.

Bei Hermannstadt wird erfolgreich und hartnäckig gekämpft.

Balkan-Kriegsschauplatz.

An den Fronten keine Ereignisse von besonderer Bedeutung.

Unsere Flieger warfen auf das von den letzten Angriffen noch an mehreren Stellen brennende Batakost erneut eine große Zahl Bomben.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 28. September 1916. (W. Z. B.) Amlich wird verkauft:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front gegen Rumänien.
Auf dem Bergkäse Tulsini westlich von Petrofenu erbitterte Kämpfe. Lage bei Nagy Egeben (Heranustadt) günstig. Rumänische Gegenstöße blieben ohne Erfolg.

An der siebenbürgischen Ostfront dauern im Raume von Szelesy-Udvarhely (Oderellen) und südlich der Viskiczoara-Höhe die Borspölungskämpfe an.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Südöstlich der Dreiländerecke, nördlich von Kirlibaba, im Ludowagebiet und nördlich des Tartarenpasses unternahm der Feind abermals vergebliche Angriffe. Südlich von Volska stießen deutsche Truppen erfolgreich vor; es wurden hundertdreißig Russen und vier Maschinengewehre erbeutet. Bei der Armee des Generalobersten von Terzjanowitsch gewannen die Streitkräfte des Generals v. d. Marwitz den noch in Feindeshand gebliebenen letzten Teil der vor einer Woche verloren gegangenen Stellungen in erbitterten Kämpfen zurück. Der Feind erlitt außerordentlich schwere Verluste; er büßte einundvierzig Offiziere und zweitausendachtshundert Mann an Gefangenen und ein Geschütz und sieben Maschinengewehre ein.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

In Albanien nichts von Belang.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Hofer, Feldmarschalleutnant.

Ereignisse zur See.

Am 26. vormittags haben fünf feindliche Flugzeuge über Durz zahlreiche Bomben abgeworfen, ohne nennenswerten Schaden anzurichten. Zwei unserer Flugzeuge stiegen sofort zur Abwehr auf. Eines davon, Beobachter Seefeldt vertha, Führer Fliegerquartiermeister Hasche, stieg im Luftkampf ein feindliches Wasserflugzeug zum Niedergehen auf Wasser, wo es von einem italienischen Zerstörer geborgen wurde, verfolgte ein zweites gegen Brindisi fliegendes Flugzeug, schloß es vierzig Meilen von der Küste ab und ließ sich neben dem zertrümmerten Flugzeug nieder. Der Beobachter, ein italienischer Seesoffizier, war tot, der Pilot durch Kopfwunde schwer verwundet. Letzterer wurde aus dem sinkenden Flugzeug in das eigene Herbergetretet und nach Durz eingebracht.

Stottenkommando.

Zur Kriegslage.

Von Richard Gädfe.

Berlin, 27. September.

Verglichen mit den ersten achtzehn Tagen des Monats September, ist die Woche vom 18. bis 23. verhältnismäßig ruhig verlaufen. Die Kriegserklärung Rumäniens hat unsere Gegner zu neuen großen Anstrengungen aufgefordert, um dem Einsatze bedächtlicher neuer Kräfte im Südosten seine volle Wirkung zu ermöglichen. Von allen Seiten gleichzeitig sollte sich die Woge gegen die Mittelmächte heranwälzen, die Heranführung von Verstärkungen nach keiner Seite hin gestatten und dem rumänischen Heere freie Bahn auf dem Balkan verschaffen, um Bulgarien rasch niederzuwerfen und die vor elf Monaten eröffnete Verbindung Berlin-Konstantinopel erneut zu unterbrechen.

Am 8. September begann nach langem Trommelfeuer die neue Sommeschlacht, die von kurzen Kampfpausen unterbrochen bis zum 18. September dauerte und erst am 14. September an ihrem Höhepunkt zurübrte. In den letzten vier Tagen dieser Schlacht wurde der Angriff so erbittert wie nie zuvor; die neuen Aushebungen der Engländer stießen immer reichlicher der vorderen Linie zu; die Franzosen, deren Versuche hingebenden Geldmutes nicht entbehrten, führten maßlos heran, was an Jünglingen und Greisen, an Schwächlingen und Farbigen irgend auf die Beine zu bringen war; immer mehr schwere Geschütze landten immer stärkeren Entreggen gegen die geschlossenen deutschen Schützengräben. Offenbar lag der entschlossene Wille vor, den Durchbruch um den Preis jeden Opfers zu erzwingen.

Nicht ganz die gleiche Stärke des Angriffes vermochten die Russen Brusiłows im Südosten zu erreichen. Sie, deren Offensive bekanntlich einen Monat früher begonnen hatte als die der Engländer und Franzosen im Westen, litten augenscheinlich unter den furchtbaren Verlusten, mit denen sie ihre Anfangserfolge erkauft hatten. Weder die ausgeleiteten Geschütze, noch die verhältnismäßig vergeudeteten Geschütze, noch die verhältnismäßig gut ausgebildeten Soldaten der Juniangriffe vermochten sie im September in genügendem Maße zu ersetzen. Wohl brachten sie noch Massen genug auf die Beine, aber ihr kriegerischer Schwung, ihre herausragende Tüchtigkeit hatten sich sichtlich vermindert. Im September zeigte es sich, daß die Einseitigkeit der Handlung sich bei unseren Gegnern doch nicht so hatte durchsetzen können, wie sie es offenbar angestrebt hatten. Der, vielleicht mit Rücksicht auf die italienischen Hilfstruppen, um einen Monat verstellte Angriff Brusiłows ließ seine Kraft auch um einen Monat früher erlahmen.

Immerhin gingen seine Heere noch an den verschiedensten Stellen, westlich von Luck, zwischen oberer Strzpa und Seretz, zwischen Blota-Lipa und Komajovska, in den Karpaten, mit breiten Angriffswellen und stellenweise mit großer Wucht gegen die Linien der verbündeten Heere vor. Oertliche und zeitliche Erfolge blieben ihnen nicht ganz versagt, aber sie waren ihnen so spärlich zugewachsen und so wenig endgültig, daß sie, gegen die Siege der ersten Junihälfte gehalten, schon rein äußerlich als volle Misserfolge erschienen. Die doppelte Absicht, einmal in Richtung auf Lemberg durchzustößen und zweitens den Karpatenwall zu überwälzen, um den Rumänen die Hand zu reichen, Ungarn und Siebenbürgen zu übersüßen, erwies sich als eine Selbsttäuschung. Indem sie ihren Heeren diese Doppelaufgabe stellten, überkäufte sie deren Kraft gegenüber der gründlich gedehnten allgemeinen Lage ganz gewaltig.

Denn die Rechnung unserer Gegner, die am Ende des Sommers eine große Entscheidung erzwingen wollten, wies noch verschiedene andere Fehler auf. Die Rumänen, deren Beteiligung die Wendung des Krieges entscheidend sollte, waren noch keineswegs ganz kriegsbereit. Sie wandten sich außerdem mit der größeren Hälfte ihrer Streitkräfte nach Norden, um sich vor allen Dingen den Landgewinn zu sichern, der ihnen für ihren Abfall von der Sache der Mittelmächte versprochen war, verzelebten einen erheblichen anderen Teil zur Verteidigung der Donaugrenze und warfen nur 55 000 Mann in die Dobrubtscha für den Angriffskrieg gegen Bulgarien, der ihren neuen Genossen als die Hauptsache erschienen war.

Damit konnten sie freilich der Heeresleitung des Feldmarschalls Rodenfen ihren Willen nicht aufzwingen. Er ging seinerseits mit starken Kräften nach Norden vor, wie er gegen Ende des August bereits im Süden, an der mazedonischen Front, zum Angriff geschritten war und damit die Pläne des Generals Sarrail empfindlich durchkreuzt hatte. Dieser wurde auf beiden Fronten, im Osten an der Struma, im Westen bei Florina und am Ostrowo-See bedroht, und es ist seinen Gegnern bisher nicht gelungen, die volle Ellenbogenfreiheit zurückzugewinnen. Endlich waren die Griechen immer noch nicht genügend vergewaltigt; solange sie aber nicht ganz in der Hand des Vierverbundes waren, schien ein entschlossener Vorstoß nach Norden dem französischen Feldherren allzu gewagt.

Demgegenüber gewann die deutsche Strategie den freien Gebrauch starker Streitkräfte, die bisher durch die zweifelhafte Haltung Rumäniens stille gelegt waren. Vielleicht erwies sich dieses Band in des Wortes vollster Bedeutung für uns „als einen Teil von jener Kraft“, die stets das Böse wollte, aber diesmal das Gute schaffte. Der schlimmste Rechenfehler unserer Gegner war wohl der, daß sie unsere Heere durch ihren gemeinsamen Angriff von Westen, Südwesten, Südosten und Süden östlich gestiebt und überall dem Angriffe weit überlegener Kräfte ausgeliefert wählten. Während ein Teil der deutschen Streitkräfte den gewaltigen, immer erbitterter werdenden Anprall der Engländer und Franzosen aushielt, konnten die Heere des Südostens und Südwestens vorwärts aus dem Horn unerlöschlicher Volkskraft verdrängt werden, daß Brusiłow jede Hoffnung auf Erfolg fahren lassen mußte, daß die Rumänen auf bestehenden Raumgewinn in den Randgebieten Siebenbürgens beschränkt blieben und ihren Bestifflagen auf den Heimstodden zurückgeworfen haben, und daß sie in der Dobrubtscha nach verlustreichen Schlappen bis an den Trajanswall weichen mußten.

So kam es, daß sich in der vergangenen Woche die Lage der Mittelmächte günstig ausgestaltete. Schon haben sich Engländer und Franzosen verlegen nach neuen Verstärkungen um, und noch zweifelhafter erscheint den Russen die Möglichkeit, ihre angriffsweises Verfahren durchzuführen, auf dem doch nach ihrer eigenen Auffassung die Möglichkeit des Erfolges beruht.

Allerdings ist die Sommeschlacht auch diesmal wieder am 19. September nur auf einige Tage abgeflaut. Schon am 22. begann das wütende Trommelfeuer sein altes Lied, und am 23. und 24. erfolgten neue Versuche gegen unsere Linien zwischen Acre und Somme. Aber sie entbehrten bei aller Tapferkeit der Truppen bisher des fortwährenden Schwunges, der sie in der ersten Septemberhälfte befeelt hatte, und konnten leicht abgewiesen werden. Die Fortdauer des harten Geschützkampfes läßt allerdings nicht die Erwartung aufkommen, daß die Schlacht an der Somme bereits beendet sei. Damit würden unsere Gegner den Mißerfolg der ganzen, mit so großen Hoffnungen begonnenen Unternehmung eingestehen. Die moralische Rückwirkung aber solchen Bekenntnisses auf die breiten Schichten ihrer Völker würde eine verheerende sein. Der Kampf wird also noch geraume Zeit fortgehen, solange Menschen und Geschütze in genügendem Maße zur Stelle geschafft werden können. Wir aber dürfen der Annahme Ausdruck geben, daß ihre erlahmenden Kraft auch in Zukunft nicht gelingen wird, was ihre frischen, unaufhörlich gehänselten Anstrengungen in mehr als modifizierbaren Kämpfen ohne gleichen in der Kriegsgeschichte nicht erreichen konnten.

Nach vorteilhafter hat sich die Kriegslage in der vergangenen Woche auf allen anderen Fronten entwickelt. Die Offensive der Italiener auf dem Karst hat noch nicht wieder aufgenommen werden können, die dort stehenden Truppen unserer Verbündeten haben also vollständig genügt, die ein wenig zurückverlegte Grenze auch gegen die neuangewachsenen Streitkräfte Cadornas zu schützen. Im Osten sind die Stürme der Russen immer mehr zu örtlich begrenzten Kampfeshandlungen geworden, die von den überall eingereichten deutschen Truppen meist mühelos abgefragten wurden, dem Gegner aber nach wie vor gewaltige Verluste eingetragen haben. Die Gesamtbeibuge der Russen seit Beginn ihrer Sommer-

offenbar ist bereits auf weit über eine Million Köpfe zu schätzen, vielleicht fünfviertel Millionen nicht sehr entfernt. Solch Überflut geht auch an russischen Heeren nicht spurlos vorüber; wir dürfen der dortigen Lage das größte Vertrauen entgegenbringen. Ueber die Rumänen habe ich bereits geurteilt. In der Dobruđa ist es zum Stellungskriege gekommen; aber der Angriffsraum der verstärkten Russen und Rumänen gegen Bulgarien hat sich von 140 auf 80 Kilometer verengt, und beide Planeten des deutsch-bulgarisch-türkischen Heeres sind durch Donau und Schwarzes Meer gegen Umfassungen gesichert. Die Gegner müssen alle Hoffnungen fahren lassen, unseren Verbänden, wie sie wollten, rasch und plötzlich niederzuwerfen. Selbst die bescheidenere Hoffnung, die Serben über Florina in das seit 1913 serbische Konstitut einrücken zu sehen, haben sie selbst begraben. (2)

Die Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 27. September. (W. Z. V.) Militärischer Heeresbericht vom 27. September.

Kaukasusfront: Auf dem rechten Flügel Scharmügel. Auf dem linken Flügel wurde der Feind, der unsere Truppen angriff, mit Verlusten für ihn zurückgeschlagen.

Am 13. August haben unsere Flugzeuge zwischen 6.15 Uhr und 6.30 Uhr vormittags auf die Materiallager der Eisenbahn bei Port Said Sprengbomben im Gewicht von 92 Kilogramm abgeworfen. Es wurde beobachtet, daß diese Bomben wiederholt ihre Ziele sehr wirksam getroffen haben. Unsere Flugzeuge sind unbeschädigt zurückgekehrt. Am 17. September hat einer unserer Flieger über dem Meere vor El Arisch ein englisches Wasserflugzeug abgeschossen.

Nichts von Belang an den anderen Fronten.
Der stellvertretende Oberbefehlshaber.

Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Vom 27. September nachmittags. (W. Z. V.) Nordlich von der Somme richten unsere Truppen sich in den eroberten Stellungen ein. Die Deutschen haben in der Nacht keinen Gegenstoß versucht. Südlich von der Somme lebhafter Beschäftigung in der Gegend von Veruex. Am Abend verhalf ein glänzend durchgeführter Angriff von Franzosen zur Wegnahme eines von den Deutschen fest gehaltenen Geschützes, welches östlich von Vermandovillers in die französische Linie vorzuprang. Sonst war die Nacht überall ruhig.

Orientarmee: Von der Struma bis zum Warbar schwache Artillerietätigkeit. Westlich von der Czerna haben die Bulgaren mit starken Kräfte wichtige Stellungen der Serben auf dem Rajmatalan angegriffen; drei heftige Angriffe wurden durch Kreuzfeuer von Geschützen und Maschinengewehren gebrochen, welches den Bulgaren erhebliche Verluste beibrachte; die Serben machten fünfzig Gefangene, darunter einen Offizier. Auf unserem linken Flügel hat unsere Artillerie feindliche Stellungen lebhaft beschossen.

Lufkrieg: An der Sommerfront haben französische Flugzeuge viele Gefächte gehabt. Am 26. September schoß Unterleutnant Rungesser zwei Flugzeuge zwischen Transloy und Rocquigny (Arrond. Arras) und einen Fesselballon, der darauf in Flammen abstürzte, in der Gegend von Reulle herab; diese drei Erfolge bringen die Zahl der von diesem Flieger herabgeschossenen Luftfahrzeuge auf siebzehn. Zwei andere ernstlich getroffene deutsche Flugzeuge stiegen kampfunfähig nieder, eines gegen Transloy, das andere bei Meunil-Brumel (bei Peronne). Ein anderer von einem französischen Flieger angegriffener Fesselballon stürzte bei Gurta ab. In der Champagne kam ein auf geringe Entfernungen angegriffener Fokker in Spiralen und dann senkrecht herab und zerbrach bei Grateuil, nordwestlich von Viller-sur-Tourne. In der Nacht zum 27. September hat eine Gruppe von vierzehn französischen Fliegern hundertfünfzehn Bomben von großem Kaliber auf Vahnhof, Vahnstrecke und Hüttenlager von Appilly geworfen. In der Nacht zum 26. hatten der Vahnhof Laon 22 und die Lager bei Montsacon 17 Bomben erhalten.

Vom 27. September abends. (W. Z. V.) Nach einer heftigen Artillerievorbereitung richtete der Feind nördlich der Somme einen starken Angriff auf unsere neuen Stellungen von Vonnabres bis südlich des Geschützes beim Bois l'Abbe. In einem glänzenden Gegenangriff warfen sich unsere Truppen den Sturmweilen der Feinde entgegen, die sich in Unordnung zurückzogen, nachdem sie ihnen beträchtliche Verluste beigebracht hatten. Wir machten 250 Gefangene, darunter sechs Offiziere, und erbeuteten acht Maschinengewehre. Wir erweiterten unsere Fortschritte östlich und südlich von Rancourt merklich und drangen in das Geschütz von St. Pierre-Saast ein. Von dem übrigen Teile der Front ist nichts zu melden.

Belgischer Bericht. Es ist nichts zu melden von der belgischen Front.
Serbischer Bericht vom 26. September. Nachdem die Bulgaren Verstärkungen empfangen hatten, griffen sie den Rajmatalan an. Die Kämpfe haben teilweise einen erbitterten Charakter. Unsere kleinen Boiten zogen sich auf ihre Gräben zurück. Der Brigadeführer Oberst Stojich wurde verwundet. Weiter nach links schlugen die russischen, die französischen und serbischen Truppen alle Angriffe auf ihre Frontlinie ab. Ein bulgarischer Offizier und 50 Bulgaren ergaben sich uns.

Die englische Meldung.
Vom 27. September. (W. Z. V.) An der Schlachtfront wurden heute glänzende Fortschritte gemacht. Nordwestlich von Hiers nahmen unsere Truppen feindliche Gräben in einer Ausdehnung von 2000 Yards und sind nun in einer Linie mit der Ostseite von Haucourt-L'Abbaye. Nordöstlich von Thiépval fanden heftige Kämpfe statt, in deren Verlaufe unsere Truppen rückten. Sie halten jetzt das unter dem Namen „Stiff“ - Schanze bekannte Werk auf dem Haupttraden 2000 Yards nordöstlich des Dorfes. Mehr als 1800 Gewehre, vier Flammwerfer, mehrere Tausend Ladungen von Artilleriemunition und Granaten wurden von uns in Combles erbeutet, wo unsere Verbänden ebenfalls eine große Beute an Kriegsmaterial machten. Die im Laufe der letzten beiden Gefechtsstage gemachten Gefangenen bringen die Gesamtsumme in den Kämpfen der letzten 14 Tage auf 10 000. Zwei feindliche Flugzeuge und zwei Fesselballons wurden gestern von uns zerstört. Zwei unserer Flugzeuge werden vermisst.

London, 27. September. (W. Z. V.) Neutermeldung. Die Aktivität teilt mit: Heute früh wurden von unseren Marineflugzeugen auf feindliche Luftschiffballon Angriffe ausgeführt. In Evre, Verham-St. Agathe und Etterbed bei Brüssel wurden Hallen mit Bomben belegt und augenscheinlich getroffen. Die auf Evre geworfenen Bomben trafen ein Gebäude, das vermutlich Munitionsvorräte enthielt. In den geschlossenen Schuppen wurden schwere Explosionen und große Rauchwolken beobachtet. Alle Flugzeuge sind wohlbehalten zurückgekehrt.

Der russische Kriegsbericht.

Vom 27. September. (W. Z. V.)
Westfront: An der Front stellenweise Kämpfe von Aufklärungszwecken. Ein beträchtlicher Zusammenstoß fand am 15. des Monats südlich von Riga statt. Von dem übrigen Teil der Front ist nichts Wichtiges zu melden.

Kaukasusfront: Südlich der Gegend des Hiedens Glevu an der Küste des Schwarzen Meeres griffen unsere Aufklärungstruppen die Türken von hinten an und machten Gefangene. Südwestlich von Gümüşkaneh überwältigten unsere Abteilungen feindliche Posten und machten viele Türling mit dem Bajonett nieder.

Serbische Front: In Richtung auf Samabon zog sich der Feind gegen Westen zurück. Wir machten Gefangene und erbeuteten Waffen und Kamelle und zerhackten in dem Abschnitt beträchtliche Mengen feindlicher Telegraphenleitungen.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Vom 27. September. (W. Z. V.) Im Aostatal wurde eine kräftige Aktion der feindlichen Artillerie gegen unsere Linien am 26. September nachts durch das wirksame Eingreifen unserer

Batterien erstickt. Nordöstlich von Conca di Saghi (Bora-Postna) besetzte eine unserer Abteilungen durch einen lähnen Ueberfall eine erhöhte Stellung zwischen Brenari und Zovo. Auf der übrigen Front Artilleriekämpfe. Die Artillerie des Feindes war besonders tätig gegen von uns eroberte Unterlunfstände auf der Höhe 208 und 141 auf dem Karst. In der vergangenen Nacht gelang es einem unserer Luftschiffe, das gegen starke Luftströmungen anzulampen hatte, über den Karst zu kommen, wo es eine Truppenkolonne und im Warst befindliche Wagenszüge längs der Straße Cominona-Castagnavizza bombardierte. Obwohl es von den feindlichen Scheinwerfern erwidert und von der feindlichen Artillerie kräftig beschossen wurde, ist es unverletzt in unsere Linien zurückgekehrt. Cadorna.

Die Tätigkeit der U-Boote und Marine-luftschiffe.

Berlin, 28. September. (W. Z. V.) Eines unserer Unterseeboote hat am 23. d. Mts. vormittags in der Nordsee 11 englische Fischdampfer mit zusammen 1805 Bruttoregistertonnen, ein anderes Unterseeboot am gleichen Tage am Eingang des Kanals vier belgische Seeleichter versenkt.

Eines unserer Marineluftschiffe hat am 27. d. Mts. morgens die Flugstation Lebara und Abwehrbatterien auf Desel mit gutem Erfolg angegriffen. Das Luftschiff ist trotz heftigster Beschlebung wohlbehalten zurückgekehrt.

Die italienischen Verluste durch den U-Boot-Krieg.

Bern, 27. September. (W. Z. V.) Nach einer im „Corriere della Sera“ veröffentlichten Statistik hat Italien im Juli fünf Dampfer und zwei Segelschiffe mit einem Tonnengehalt von 16 871 Tonnen durch den U-Boot-Krieg verloren, im August mehr als das Dreifache, nämlich 7 Dampfer und 89 Segler mit zusammen 54 135 Tonnen. Die italienischen Verluste im August übersteigen die englischen um rund 8000 Tonnen.

Freigabe des Dampfers „Destero“.

Hamburg, 28. September. (W. Z. V.) Nach einer bei der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft eingetroffenen Nachricht ist der seinerzeit von den Russen weggenommene Dampfer „Destero“ gestern wieder in Schweden eingetroffen.

Ist der Krieg revolutionär?

Die Frage, ob der Krieg ein revolutionärer Faktor ist, und insbesondere, ob diesem Krieg eine revolutionäre Kraft innewohnt, ob er ein Weg zu einer höheren Entwicklung ist, und ob die Kriegsziele, um die in diesem Kriege gekämpft wird, fortschrittlicher Art sind, ist vielfach von Vertretern der bürgerlichen Denkart in bejahendem Sinne beantwortet worden, aber auch in sozialistischen Kreisen, unter den „Anlernern“ vom Schlage eines Lenin, Vorbus und anderen hat diese Anschauung ihre Anhänger. Andererseits wiederum gibt es im Lager der Ententepolitiker viele, die diesen Krieg als einen großen Kampf um Recht und Freiheit bezeichnen und ihn als eine Auseinandersetzung der Völker über die Prinzipien der Demokratie ansehen. In dieser Problemstellung liegt eine Unklarheit, die eine nicht ungefährliche Sepsis bezeugt und leicht zu falschen Schlussfolgerungen verführt. Bei der gewaltigen Verwirrung und Katalyse, die auch in sozialistischen Kreisen über die gesellschaftliche und soziale Bedeutung dieses Krieges herrscht, ist eine grundsätzliche Klärung der Frage nach dem historischen Sinne des gegenwärtigen Völkerkampfes und seines Verhältnisses zur demokratischen Umgestaltung der Gesellschaft ein dringendes Erfordernis.

In einem Beitrag des „Avanti“ vom 5. September nimmt der bekannte Mitarbeiter des Zentralorgans der italienischen Sozialdemokratie, der unter dem Pseudonym „Al Night“ schreibt, die Untersuchung dieser Frage in Angriff und kommt hierbei zu Ergebnissen, denen auch wir im wesentlichen zustimmen können. Man begegnet, so schreibt er, in bürgerlichen Blättern immer wieder der Behauptung, daß dieser Krieg eine eminent revolutionäre Angelegenheit sei, ja daß er eine der größten Revolutionen der Geschichte der letzten anderthalb Jahrhunderte bedeute. Um hierzu mit Sicherheit Stellung zu nehmen, fehlt uns vorerst noch das notwendige dokumentarisch belegte Tatsachenmaterial. Wenn wir dagegen auf die Wirkungen des Krieges blicken, die uns heute schon vor Augen liegen und die unserer Nachprüfung zugänglich sind, so werden wir uns leicht überzeugen, daß diesem Kriege jedes revolutionäre Moment fehlt. Man denke nur an die Folgen des Krieges für die Verfassungen und Regierungsformen der parlamentarisch regierten Staaten, wo durch eine einfache Abstimmung und durch Beschluß der parlamentarischen Mehrheit, ohne daß das Volk um seine Meinung befragt und ohne daß ihm Gelegenheit gegeben wurde, durch Neuwahlen seine Ansicht zu äußern, die gesamte gesetzgebende Macht vom Parlament auf die Regierung übertragen wurde, die nunmehr alle Garantien der persönlichen Freiheit, die durch so schwere Kämpfe und Opfer erungen werden mußten, mit einem Federstrich vernichten kann. Man nennt diesen Krieg revolutionär! Soll man etwa einen revolutionären Faktor in der Rückkehr der Völker zum Massenwahl erblicken, oder liegt das Revolutionäre gar darin, daß die Macht von einer regierenden Familie auf eine andere übergeht, daß die Völker gezwungen werden, sich unter den Willen des Siegers zu beugen, weil ihm das Schicksal den Sieg in die Hand spielte? Und noch weniger wird man geneigt sein, dem Umstand eine revolutionäre Bedeutung beizumessen, daß eine größere oder kleinere Zahl von Menschen, die ein bestimmtes Gebiet bewohnen, mit einem Schlage unter die Vormachtigkeit einer anderen Menschengruppe gelangt, die auf das von jenen bewohnte Land Anspruch erhebt. In England gibt es Leute, die ganz ernstlich und ehrlich an den revolutionären Sinn dieses Krieges glauben; einer unter diesen, und sicherlich nicht der Geringste, ist J. V. G. Wells. Diese Leute meinen, der gegenwärtige Krieg werde der letzte Krieg sein und alle weiteren Kriege überflüssig machen, da mit ihm das Vertrauen seinen Gipfel erreicht habe und weitere Steigerung nicht mehr möglich sei. Das hätte man jedoch, so fährt Al Night fort, allenfalls noch zu Beginn des Krieges glauben können; damals hätten die Völker das Waffenhandwerk noch gehaßt und sich gegen den Militarismus gestraut. Allein, es ließe sich nicht verkennen, daß das jetzt anders geworden sei und daß sich bei den leitenden Ententepolitikern eine Sinnänderung vollzogen habe. Heute dächten sie bereits anders über das Recht des Stärkeren und über den Wert der militärischen Ueberlegenheit als in den ersten Tagen des Krieges.

Auch der Kampf gegen den deutschen Imperialismus, die Zerschlagung der germanischen Weltmachtträume seien keine revolutionären Akte! Das ergebe sich schon daraus, daß gerade dieser Krieg den Imperialismus der anderen Staaten gestärkt und den Chauvinismus der Völker zu neuem Leben erweckt habe.

Dieser Krieg, in dem die italienische Sozialdemokratie keiner der streitenden Parteien den Sieg wünscht, und zwar nicht aus Sympathie oder Antipathie für die eine oder andere Seite, sondern wegen der Gefahr, die der Kultur von einem siegreichen Napoleonismus nicht weniger als von einem siegreichen Preuxentum drohe, — dieser Krieg könne nur ein Ergebnis zeitigen: die Entwicklung neuer Eiferfühlungen, neuer Rivalitäten und neuer Konflikte unter den Verbänden von heute. Ist das etwa revolutionär? Revolutionär ist nur das, was aus einer neuen Kraft in der sozialen Dynamik entspringt; revolutionär ist das durch die schöpferische Kraft des Geistes vorbereitete Fortschreiten zu neuen Formen des Lebens. Dieser Krieg dagegen ist das denkbar konserverbiste Ereignis, das die Geschichte verzeichnen wird. Es ist wohl möglich, daß er die Ursache für neue revolutionäre Tatsachen,

für eine neue revolutionäre Entwicklung werden kann und einer solchen den Weg bereiten wird, aber es ist völlig ausgeschlossen, daß dies in den Absichten und Wünschen derer lag, die den Krieg entfesselten. Darum würden sie auch kein Verdienst an diesen Ereignissen und Wirkungen haben, die die Sozialisten aufs lebhafteste wünschen müßten. Der Krieg sei konserverbist für Deutschland, das durch ihn sein Staatsgefüge noch fester begründet und seine ohnehin schon gewaltige militärische Uebermacht noch steigern wollte, und er sei es in demselben Maße für England und die anderen Staaten.

Es sei ein Krieg, der mehr mit politischen als mit militärischen Niederlagen enden und uns nach seinem Abschluß einen politischen Zustand bescheren werde, der noch schlimmer sein werde als der Krieg selbst. Denn wie auch der Krieg ausgehen möge, es werde doch alles beim alten bleiben, nur der Militarismus werde erlärzt aus ihm hervorgehen; ein ewig miltärischer, händel-süchtiger, auf neue Eroberungen, neuen Kriegszug und neue Siege bedachter Militarismus. Die angeblich revolutionären Ziele würden in diesem Kriege von der Bourgeoisie nur vorgeschützt, um mit Hilfe der ehemaligen Revolutionäre die wenigen ehrlichen Demokraten und die apolitische Masse zu blenden. Daher bedeute die Teilnahme eines Dissolati an der Regierung in Italien keineswegs, daß das Bürgertum auf einen Teil seiner Macht zugunsten der Masse verzichte, sondern nur, daß der Reformismus seine Forderungen fallen gelassen habe. Wenn also die Bourgeoisie, die in keinem Punkte nachgegeben habe, sondern vielmehr unter dem Schutze des Belagerungsstandes ihr Ausbeutungsgeschäft noch rücksichtsloser betriebe, so folge daraus, daß nicht der revolutionäre Charakter des Krieges die Reformisten und Republikaner benoten habe, an der Macht teilzunehmen, sondern vielmehr der völlige Verzicht auf ihre Grundsätze und ihre ehemaligen Ideale.

Holländische Rüstungen.

Der Weltkrieg, von dem manche Leute glauben, daß er den schlagenden Beweis für den Wahnsinn des Wettlaufens erbracht habe, zeitigt zunächst den Erfolg, daß die neutralen Staaten mit unerhörter Emsigkeit zu rüsten beginnen. Das große amerikanische Rüstungsprogramm, das vom Repräsentantenhaus und dem Senat angenommen worden ist, kennen wir. Nun aber beginnt auch Holland. „Het Volk“, das Organ der holländischen Sozialdemokratie, weist darauf hin, daß die Staatsfinanzen nach den Mitteilungen des Finanzministers sehr schlecht ständen. Trotzdem gelte derselbe Finanzminister, der Stein und Bein klagte, dem Marineminister 17 628 250 Gulden für den Bau neuer Schiffe zu, von denen 7 883 900 für Indien und 6 709 350 für Niederland sein sollen.

Bisher sei es üblich gewesen, nicht mehr als 4 Millionen Gulden pro Jahr für den Flottenbau zu verlangen — also eine kolossale Erhöhung. Es wird verlangt der Bau von einem Kreuzer (2. Rate) 8 Millionen, drei Unterseeboote (2. Rate) 3 Millionen; drei Unterseeboote für Niederland (1. Rate) 600 000 Gulden, einem Minenkreuzer (1. Rate) 200 000 Gulden; zwei Kreuzer (3. Rate) 6 620 000 Gulden; vier Unterseeboote (3. Rate) 3 067 800 Gulden, vier Torpedoboote (3. Rate) 1 000 000 Gulden, zwei Unterseeboote 97 500 Gulden, neben noch einigen „Kleinigkeiten“ im Gesamtbetrag von 17 023 250 Gulden.

Der Minister beruft sich bei der Anforderung von den 17 1/2 Millionen auf den jetzt wütenden Weltkrieg. Und „Het Volk“ erinnert daran, wie falsch die Behauptung gewesen sei, „wer den Frieden wolle, müsse sich für den Krieg vorbereiten.“ Gerade die von allen Seiten verstärkten Rüstungen haben mit zur Entfesselung des Krieges beigetragen.

Bärdet Holland noch mit in den Krieg hineingezogen zu werden, daß es plötzlich seine Rüstungen mit solchem Eifer betreibt? Oder rüht es sich zur Teilnahme an dem neuen Krieg, der im fernsten Osten droht?

Die Unruhen in Niederländisch-Indien.

Amsterdam, 28. September. (W. Z. V.) Nach einer Blättermeldung aus Batavia sind in der Stadt Djambi ruhig, das umliegende Land wird abpartouilliert. Die holländischen zerstoren immer wieder die telegraphischen Verbindungen.

Eine neue Arbeiterpartei in Neu-Seeland.

In Neu-Seeland ist durch Verschmelzung der United Federation of Labour (Vereinigte Arbeiter-Assoziation), der Sozialdemokratischen Partei und des Labour Representation-Committee (Arbeiter-Vertretungskomitee) eine neue „Arbeiter-Partei“ gegründet worden. Es ist beschlossene worden, Arbeiter-Vertretungskomitees zu gründen, die die verschiedenen gewerkschaftlichen und Parteigruppen umfassen sollen, die die Konstitution der Partei unterzeichnen.

Das Programm der neugegründeten Partei lautet nach der „Justice“ folgendermaßen:

Die Sozialisierung der Produktionsmittel, der Verteilungs- und Austauschmittel ist das Endziel der Partei.

Die Gegenwartsforderungen der Partei schließen ein: Proportionale Vertretung, Initiative, Referendum, volle bürgerliche Rechte für alle öffentlichen Angestellten, die Abschaffung der politischen Rechtslosigkeit der Frauen.

Alle vorhandenen Kronländer seien dem Nationalbesitz hinzugefügt werden.

Bärdier sollen absolutes Recht zum Anbau haben.

Eine Staatsbank mit dem alleinigen Recht der Notenausgabe soll gegründet werden; die Schifffahrt soll verstaatlicht werden.

Staatskontrolle über alle Zweige der Verjährung, sowie die Entwicklung der bestehenden staatlichen Fabriken, Farmen und Industrien werden verlangt.

Unentgeltlicher, weltlicher und zwangswelcher Unterricht vom Kindergarten bis zur Universität mit gleichen Schulbüchern, die von der Regierung gedruckt und unentgeltlich abgegeben werden sollen, gehören ebenfalls zu den Gegenwartsforderungen.

Sodann: erhöhte Besteuerung des unbedienten Einkommens, und Monopole zum Zweck der Erleichterung der gegenwärtigen Lasten aus dem Familieneinkommen. Erhöhte Besteuerung des unbedienten Landes, erhöhte und abgestufte Besteuerung des Einkommens mit einer gleichzeitigen Ermäßigung der indirekten Besteuerung.

Der erste Kongreß der neuen Arbeiter-Partei soll im Juli nächsten Jahres in Wellington stattfinden.

Kleine Kriegsnachrichten.

Kopenhagen, 27. September. (W. Z. V.) „Verlingske Tidende“ meldet: Heute abend hat sich Viskonten Gerard insofern eines Telegramms, das ihm heute vom Washingtoner Staatsdepartement zugegangen ist, entschlossen, seine Gemahlin auf der Reise nach Amerika zu begleiten. Die Reise erfolgt morgen, Donnerstag mittag, mit dem Dampfer „Frederik VIII“. Ueber die Dauer seiner Reise ist nichts bekannt.

Letzte Nachrichten.

Kronrat in Athen.

Amsterdam, 28. September. (W. Z. V.) Dem Londoner „Telegraph“ wird aus Athen über den gestrigen Kronrat gemeldet, daß daran der König, der Ministerpräsident, der Minister des Äußeren, General Roschupnos und alle Generale teilgenommen hätten. Ueber die Verhandlungen ist nichts veröffentlicht worden.

Beschlagnahme Post.

Kopenhagen, 28. September. (W. Z. V.) Die dänische Generalpostdirektion gibt bekannt: Vom Dampfer „Ceres“, der sich in regelmäßiger Inlandsfahrt auf der Fahrt Kopenhagen—Island befand, wurde in Veith, wo der Dampfer zur Untersuchung eingeholt wurde, die gesamte Paletpost beschlagnahmt. Ferner wurde vom dänischen Amerikadampfer „Hellig Olaf“ auf der Reise von Kopenhagen nach New York in Kirkwa II die gesamte Brief- und Paletpost beschlagnahmt.

Gewerkschaftliches.

Weibliche und jugendliche Arbeitskraft.

Überall sind die Lohnverhältnisse schlechter, als die Redereien der Einseitigen für weitere Preiserhöhungen der Öffentlichkeit vorzutäuschen suchen. Bei weitem nicht auf gleicher Höhe mit der Verteuerung des notwendigen Bedarfs an Nahrungsmitteln stehen im allgemeinen die Löhne für Arbeiterinnen. Das gilt auch für die im Bergbau beschäftigten weiblichen Arbeitskräfte, obwohl die Tätigkeit auf den Gruben als sehr gesundheitschädlich gilt und erhebliche körperliche Anstrengungen erfordert, die wiederum eine gute Ernährung bedingen. Wie überall, so hat auch im preussischen Bergbau die Zahl der Arbeiterinnen erheblich zugenommen, nämlich von etwa 6000 im Jahre 1913 auf beinahe 30 000 in diesem Jahre. Auf den Gruben des Oberbergamtsbezirks Dortmund wurden vor dem Kriege überhaupt keine Frauen und Mädchen beschäftigt, im II. Vierteljahr 1916 zählte man hier jedoch beinahe 8000. Der amtlich ermittelte Tagesdurchschnittsverdienst der Arbeiterinnen auf den Ruhrgruben betrug im ersten Viertel 1916 — 2,90 M., im zweiten Vierteljahr 1916 — 3,13 M. Das ist keine genügende Entlohnung für schwere Arbeit und sie reicht nicht aus, einen Menschen, geschweige denn vielleicht auch noch Kinder ordentlich ernähren zu können und sie steht in schroffem Gegensatz zu den großen Ueberschüssen der Werke. Noch viel trauriger liegen die Lohnverhältnisse für die Arbeiterinnen in Oberschlesien, wo von der Gesamtbelegschaft, in Höhe von 106 944 Personen, 11,7 Proz., gleich 12 400 Belegschaftsangehörige, Frauen und Mädchen sind. Wegen den Durchschnitt des Jahres 1913 ist hier der Tageslohn für das zweite Vierteljahr 1916 zwar um 53 Pf. gestiegen, aber er machte darum doch nur sage und schreibe 1,82 M. aus. Mit solchem Einkommen sind nicht einmal die Kosten einer einfachen Ernährung zu bestreiten. Diese Arbeiterinnen wollen außerdem wohnen, müssen sich kleiden, sie haben schließlich auch noch andere Bedürfnisse und sie sollen Steuern bezahlen. Wie ist es möglich, daß sie alles bestreiten, was das Leben außer der Ernährung erfordert, ohne zu hungern? Sehr dürftig im Vergleich zu den fetten Lebensmittelpreisen und Unternehmerngewinnen nehmen sich weiter die an jugendliche unter 16 Jahren gezahlten Löhne aus. Im Ruhrrevier betrug der Tagesdurchschnittslohn der Jugendlichen im zweiten Vierteljahr 1916 2,09 M., in Oberschlesien 1,76 M., trotz der angeblich großen Lohnerhöhung. Auch die Zahl der beschäftigten Jugendlichen ist stark gestiegen, gegen 1914 im Oberbergamtsbezirk Dortmund von 3,8 Proz. der Gesamtbelegschaft auf 7,7 Proz., in Oberschlesien von 5,4 Proz. auf 8 Proz. Aus dem starken Anwachsen des Anteils der jugendlichen und weiblichen Arbeitskräfte an der gesamten Belegschaft ergibt sich ohne weiteres, daß diese Kräfte übermäßig übernommen haben, die früher vor männlichen Erwachsenen geleistet wurden. Aber für die gleiche Arbeit zahlt man den Arbeiterinnen und Jugendlichen nicht den gleichen Lohn. Wie erheblich die Unterschiede sind, läßt die folgende Zusammenstellung erkennen. Wir bringen darum die Durchschnittslöhne der am niedrigsten entlohten Gruppe der erwachsenen männlichen Arbeiter, nämlich der über Lage beschäftigten Vergleiche in Beziehung zu den für Arbeiterinnen und Jugendliche bezahlten Tagelöhnen. In Oberschlesien betrug der Tagesdurchschnittsverdienst im ersten Halbjahr 1916:

für Hebertagelöhner . . .	4,09 M.
Arbeiterinnen . . .	1,76
Jugendliche . . .	1,72

Das Grubenkapital spart an Löhnen, indem es die früher von höher entlohten Arbeitern geleisteten Verrichtungen nun in beträchtlichem Umfange von viel schlechter bezahlten Arbeiterinnen und Jugendlichen ausführen läßt. Aber man fährt über große Lohnsteigerungen, die zu weiteren Preissteigerungen herhalten sollen.

Berlin und Umgegend.

Aus dem Kriegsausbruch für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Der Schlosser Sch. von der Firma B. will aufhören, weil er bei der gegenwärtigen Arbeitszeit (es werden zurzeit keine Ueberstunden mehr gemacht) mit seinem Verdienst von 1,60 M. pro Stunde nicht auskommen kann. Die Firma ist bereit, sobald wie möglich B. wieder Ueberstunden machen zu lassen. Im übrigen wird die Ausstellung eines Kriegsscheins verweigert.

Der Schlosser F. von der Firma P. in Fürstenwalde will seinen Kriegsschein aus folgenden Gründen: In der Abteilung des Werkes, in der er beschäftigt war, war ihm der Verdienst zu gering, und verabredete er mit dem Meister der Abteilung, daß er zu einer anderen Abteilung versetzt werde. Der Meister war einverstanden, nahm ihm sein Werkzeug ab und erledigte auch alle anderen Formalitäten, so daß er als aus der Abteilung entlassen betrachtet werden konnte. In der neuen Abteilung konnte sich F. aber mit dem Meister über den Verdienst nicht verständigen, weshalb F. zunächst einmal einen Passierschein forderte, um den Betrieb während der Arbeitszeit verlassen zu können. Der Meister der neuen Abteilung erklärte jedoch, er wäre noch gar nicht bei ihm beschäftigt, und könne er ihm deshalb auch keinen Passierschein ausstellen. F. begab sich zu seinem alten Meister, doch erklärte ihm dieser, da F. nicht mehr bei ihm beschäftigt sei, könne er auch keinen Passierschein bekommen. Der Kriegsausbruch stellte sich gegenüber dieser Sachlage auf den Standpunkt, daß F. bei seinem alten Meister aufgebürt habe und das Arbeits-

verhältnis gelöst sei. Bei dem zweiten Meister aber war noch kein Arbeitsvertrag zustande gekommen. Infolgedessen war in dem Moment von einer Beschäftigung bei der Firma überhaupt nicht die Rede, sodah die Firma nicht berechtigt war, den Kriegsschein zu verweigern, wie sie es später getan hat. Nach dieser Feststellung gelang trotzdem noch eine Verständigung auf der Grundlage, daß der Schlosser F. in einer Abteilung, in der auch seiner Auffassung nach genügend verdient wird, eingestellt werden soll.

Der Former B. von der Firma A. will aufhören, weil ihm in einem anderen Betriebe besser bezahlte Arbeit angeboten worden ist. Da bei B. der Verdienst als ein in der gegenwärtigen Zeit normaler bezeichnet werden kann, wird die Ausstellung des Kriegsscheins verweigert.

82 Maschinenarbeiter der Firma B. wollen den Kriegsschein wegen zu geringen Verdienstes. Der Kriegsausbruch erkennt die Verechtigung der Forderung nach mehr Lohn an und empfiehlt nach dem er dies grundsätzlich erklärt, neue Verhandlungen im Betrieb.

Mehrere Einrichter der Firma B. wollen eine Regelung ihrer Lohnverhältnisse. Bis jetzt war es so, daß sie ein Fixum pro Stunde und außerdem 8 Proz. der Lohnsumme bekamen, die die Frauen an den von ihnen eingerichteten Maschinen verdienen. Diese 8 Proz. wurden aber nicht vom Verdienst der Frauen abgezogen, sondern zahlte die Firma. Innerhalb empfanden es die Einrichter als eine unwürdige Art der Lohnzahlung und verlangten eine Änderung. Dem ist entsprochen worden. Die Firma wird in Zukunft einen festen Stundenlohn, der dem Durchschnittsverdienst der letzten 6 Wochen entspricht, zahlen.

28 Einrichter der Firma D. L. B. wollen ihren Kriegsschein, weil ihnen eine Zulage verweigert wird. Die Firma sagt eine Zulage zu, und empfiehlt der Kriegsausbruch, im Betrieb nochmals zu verhandeln.

Deutsches Reich.

Mangelhafte Fürsorge für die oberfränkischen Hausweber.

Seit etwa Jahresfrist wurden Reich, Staat, Gemeinden und Textilarbeiterverbände dafür, daß den durch den Krieg arbeitslos gewordenen Textilarbeitern und Arbeiterinnen eine Unterstützung gewährt wird. Die große Deffentlichkeit ist vielleicht der Meinung, daß diese Frage nun endgültig geregelt sei; das ist keineswegs der Fall. Den Hauswebern in Oberfranken, die schon vor dem Kriege zu den Allerärmsten gehörten, wird heute bei völliger Arbeitslosigkeit keine oder eine vollkommen unzureichende Unterstützung gezahlt.

Für das Bezirksamt Münchberg wurde ab 1. März 1916 eine Unterstützung durchgeführt, die aber alles zu wünschen übrig läßt. Die Unterstützung selbst darf nur 80 Proz. der früher verdienten Löhne betragen. Die niedrigen Löhne der oberfränkischen Hausweber sind bekannt; wird dann noch der während der Kriegszeit ganz erheblich gesunkene Geldwert berücksichtigt, so ist es erklärlich, daß diese Art Unterstützung auch nicht im geringsten den berechtigten Ansprüchen genügt.

Nachdem für den Bezirk Münchberg die Unterstützung geregelt (?) war, versuchte die Kreisregierung nach demselben Muster die Unterstützung auch für die Bezirke Hof (Land), Naila und Stadtheinrich durchzuführen. Nach langen Verhandlungen und einer Reihe Beschwerden der notleidenden Hausweber gelang es für Hof (Land) und Naila, die Unterstützung nach dem mangelhaften Münchberger Muster durchzuführen. Anders aber in Stadtheinrich! Der dortige Bezirksamtsmann (entspricht im Preussischen dem Landrat) weigerte sich ganz entschieden, die Unterstützung durchzuführen, nicht etwa weil sie mangelhaft und zu niedrig ist, sondern weil er überhaupt jede Unterstützung für überflüssig hält. Dem bisherigen Drängen der Hausweber kam er nur in der Weise entgegen, daß an hilfsbedürftige Hausweber resp. an deren Familienangehörige pro Tag und Kopf 20 Pf. Unterstützung gewährt werden soll, aber nur dann, wenn alle arbeitsfähigen Personen der Familien sich anderweit, auch auswärts, Arbeit verschafft haben, und nur soweit, als deren Verdienst zur Unterhaltung der Familie nicht ausreicht. Sonst bleibt der Hausweber von der Unterstützung ausgeschlossen. Die Unterstützung wirkt nun im günstigsten Falle so, daß eine sechsöpfige Familie — der Hausweber selbst erhält nichts — pro Tag 1 M. Unterstützung erhalten würde. Wie unzureichend das ist, illustrieren am besten die Einkommensverhältnisse der Hausweber im Stadtheinricher Bezirk. In der Zeit vom 18. August bis 9. September 1916, also in vier Wochen, hatten 47 Hausweber 818,81 M. Einkommen. Von diesen 47 Webern verdienten 8 auch nicht einen Pfennig, bekamen aber auch nicht die geringste Unterstützung; die übrigen Einkommen bewegten sich in der Höhe von 6 bis 40 M. Im Durchschnitt entfiel auf den Einzelnen eine Einnahme von wöchentlich 4,85 M. Viele der Hausweber sind bereits seit zehn und noch mehr Wochen arbeitslos, ohne daß ihnen in der geringsten Weise geholfen worden wäre.

Wir richten an die königlich bayerische Regierung die Frage: Woran liegt es, daß, obgleich dem Stadtheinricher Bezirk ein höherer Staatszuschuß gewährt worden ist, die Hausweber dort keine Unterstützung bekommen?

Ausland.

Solidaritätsstreik in Rotterdam.

Gestern früh ist beim Rotterdamischen Lloyd ein Streik ausgebrochen, an dem sich ungefähr zweihundert Arbeiter beteiligten, und zwar infolge eines Wortwechsels zwischen einem Aufsichtler und einem Arbeiter, der zu Fälschungen und zur Suspendierung des Arbeiters für acht Tage geführt hatte.

Von den Petersburger Gewerkschaften.

Nach jahrelanger Unterbrechung ist, wie die Internationale Gewerkschafts-Korrespondenz" mitteilt, den Petersburger Buchdruckern nunmehr die nachgesuchte Genehmigung zur Gründung einer gewerkschaftlichen Organisation erteilt worden. — Die von den Petersburger Metallarbeitern eingereichte Satzung einer zu gründenden Gewerkschaft wurde von der Aufsichtsbehörde aus formalen Gründen nicht genehmigt.

Aus Industrie und Handel.

Verbot der Eisenausfuhr.

Amtlich. Berlin, 28. September. (W. L. B.) Durch Bekanntmachung des Reichsministers vom 28. September 1916 ist die Ausfuhr und Durchfuhr von Eisen, Eisenlegierungen und den daraus hergestellten Waren (Nr. 777 bis 843 des Posttarifs) verboten worden. Die von diesem Verbot neu betroffenen Waren werden ohne Spezialbewilligung zur Ausfuhr und Durchfuhr zugelassen, wenn sie bis zum 7. Oktober d. J. einschließlich zum Verland gebracht worden sind. Der gesteigerte Bedarf an Eisen- und Stahlerzeugnissen hat eine stärkere Ueberswachung der Eisenausfuhr durch Erweiterung des Verbots notwendig gemacht. Das Verbot bezweckt keineswegs eine völlige Ausfuhrperre. Es soll nur die Unterlagen für die Ueberswachung und die Ausübung unserer für das neutrale Ausland besonders wertvollen Eisenausfuhr verstärken.

Die Erträge in der Textilgewerbe.

Die Abschlässe der Aktiengesellschaften, die im ersten Halbjahr 1916 aus dem Textilgewerbe veröffentlicht worden sind, brachten im Durchschnitt eine sehr erhebliche Steigerung der Gewinnziffern. Die Abschlässe beziehen sich überwiegend auf das Jahr 1915, das in der ersten Hälfte noch ganz unter der Einwirkung der hochgehenden Kriegskonjunktur stand, während allerdings im zweiten Halbjahr der Beschäftigungsgrad schon eine empfindliche Verringerung erfuhr. Aus den Gewinnziffern ist freilich diese abflauende Periode noch nicht zu ersehen. Die Erträge waren vielmehr so hoch, daß man das Jahr 1915 für das im Textilgewerbe verwebende Unternehmungskapital als sehr günstig bezeichnen muß. Im ganzen liegen bis Ende Juni 1916 die Abschlässe von 217 Aktiengesellschaften des Textilgewerbes vor. Diese 217 Gesellschaften verteilten sich mit ihrem Aktienkapital für 1914 und 1915 wie folgt:

	Zahl d. Ges.	Aktienkapital in 1000 Mark	
		1914	1915
Baumwollspinnereien	81	47 611	47 603
Baumwollwebereien	13	14 553	14 853
Baumwollspinnwebereien	31	64 865	63 210
Kammgarnspinnereien	26	68 890	68 890
Uebriqes Wollgewerbe	80	77 048	78 089
Leinen- und Jutegewerbe	22	41 472	41 472
Seidengewerbe	3	7 750	7 750
Sonstige Textilgewerbe	43	71 250	71 259
Färberei, Appretur	18	22 178	22 078

Insgesamt stellte sich für sämtliche Aktiengesellschaften das Aktienkapital auf 415,62 Millionen Mark im Jahre 1914 und auf 412,15 Millionen im Jahre 1915. Es ist also eine Abnahme von annähernd 3 1/2 Millionen Mark zu verzeichnen. Am stärksten war die Abnahme im übrigen Wollgewerbe, wo sie über zwei Millionen Mark beträgt. Der Reingewinnüberschuß stellte sich für sämtliche Gesellschaften im Jahre 1915 auf nicht weniger als 23,83 Proz. des berücksichtigten Aktienkapitals. Nur im Ledergewerbe, in der chemischen Industrie, in der Fett- und Lederarbeit, geht der Prozentfuß des Reingewinns über diese Höhe hinaus. Im Jahre 1914 hatte der Reingewinnüberschuß erst 14,72 Proz. des Aktienkapitals betragen. Auch die Uebereinnahmen waren mit 8,10 Proz. des Aktienkapitals sehr reichlich. Im Jahre zuvor betragen sie 6,91 Proz. Am höchsten waren sie im Wollgewerbe mit 11,88 Proz. und bei den Wollspinnereien mit 10,02 Proz. Am niedrigsten stellten sie sich bei den Kammgarnspinnereien mit 6,05 Proz. Durchweg war der Satz aber höher als im Jahre 1914. Nicht so ganz stark wie der Reingewinn ist die Dividende gestiegen. Sie hatte 1914 7,00 Proz. des Aktienkapitals betragen; im Jahre 1915 stellte sie sich reichlich 2 Proz. höher, nämlich auf 9,97 Proz. In sehr vielen Gewerben geht der Satz über diese Höhe hinaus. Daraus ist zu schließen, daß ein großer Teil des Reingewinns nicht ausgeschüttet, sondern zur inneren Verstärkung der Unternehmungen benutzt worden ist. Das geschah zum Teil in der Voraussetzung, daß die Gunst der Konjunktur einer starken Erhöhung weichen müsse. Wie sich im einzelnen bei den 217 Gesellschaften der Prozentfuß des Reingewinns und der Dividende, bezogen auf das jeweilige Aktienkapital, von 1914 auf 1915 betrug, das ergibt sich aus der nachstehenden Zusammenstellung:

	Reingewinn in Prozent des Aktienkapitals		Dividende in Prozent des Aktienkapitals	
	1914	1915	1914	1915
Baumwollspinnereien	12,85	21,77	7,58	9,68
Baumwollwebereien	16,23	30,49	7,29	11,00
Baumwollspinnwebereien	7,06	22,40	5,85	9,33
Kammgarnspinnereien	9,80	21,01	5,67	9,02
Uebriqes Wollgewerbe	20,90	27,16	9,61	10,30
Leinen- und Jutespinnerei	20,48	27,83	10,67	11,02
Seidengewerbe	12,04	16,45	7,29	11,65
Sonst. Textilgewerbe	20,21	27,85	9,20	11,71
Färberei, Appretur	6,56	10,07	2,91	8,78

Der neue Aufsichtsrat der Hamburg—Amerika-Linie.

In einer außerordentlichen Hauptversammlung der Hamburg—Amerikanischen Paketfahrt-Aktiengesellschaft (Hamburg—Amerika-Linie) wurde die beantragte Satzungsänderung vorgenommen und die Wahl von sieben Aufsichtsratsmitgliedern nach den Vorschlägen der Verwaltung einstimmig gutgeheißen. In den Aufsichtsrat wurden wiedergewählt: Freiherr v. Dhlendorff, Max Warburg in Hamburg, und neu gewählt: Senator Johann v. Berenberg-Göpler, Robert Kirsten in Hamburg, Dr. Arthur Salomonsohn, Arthur v. Gwinner in Berlin und Hugo Stinnes in Mülheim an der Ruhr.

Pariser Anleihe in New York.

Ruhn Loeb u. Co. haben der Stadt Paris den Betrag von 50 Millionen Dollar zu 6 Prozent Zinsen auf 5 Jahre geliehen.

Der siegreiche Frieden

ist das Ziel der Kriegsanleihe. Deshalb muß jeder zeichnen, soviel er kann. Das ist er seinem Vaterlande, seiner Familie und sich selbst schuldig.

Chronik des Weltkrieges.

29. September 1914.

Westlicher Kriegsschauplatz: Auf dem rechten Heeresflügel in Frankreich fanden unentschiedene Kämpfe statt.

Die im Angriff gegen die Maasforts stehende Armee schlug erneute französische Vorstöße aus Verdun und Toul zurück.

Die Belagerungsartillerie hat gegen einen Teil der Forts von Antwerpen das Feuer eröffnet. Ein Vorstoß belgischer Kräfte gegen die Einschließungslinie wurde zurückgewiesen.

Im Osten scheiterten russische Vorstöße, die über den Njemen gegen das Gouvernement Sumast erfolgten. Gegen die Festung Ossowiez trat schwere Artillerie in Kampf.

29. September 1915.

Westlicher Kriegsschauplatz: Die Durchbruchversuche der Engländer und Franzosen wurden mit Erbitterung fortgesetzt. Sie wurden teilweise durch heftige Gegenangriffe zurückgewiesen. Auch in der Champagne blieben alle feindlichen Durchbruchversuche erfolglos.

Ostlicher Kriegsschauplatz: Keine entscheidenden Ereignisse.

Politische Uebersicht.

Eine dringliche Anfrage im Reichstage.

Abgeordneter Simon (Soz.) hat im Reichstage folgende Anfrage eingebracht:

„Ist der Herr Reichskanzler bereit, die vom Reichstag einstimmig geforderte und vom Herrn Staatssekretär Dr. Helfferich in der Reichstagsitzung vom 7. Juni 1916 grundsätzlich zugesagte Kommission zur Prüfung von Verträgen über Kriegslieferungen umgehend zu berufen?“

Die Anfrage wird bei der Geschäftsfrage des Reichstages nicht vor Freitag nächster Woche auf die Tagesordnung des Reichstages gestellt werden können. Auf die Antwort darf man um so mehr gespannt sein, als es direkt auffallend ist, daß trotz der Zusage durch den Staatssekretär bis heute anscheinend in der Sache gar nichts unternommen wurde. Die Nachprüfung der Verträge ist um so notwendiger, als eine Unzahl von ihnen gegenwärtig noch laufen und das Reich alles Interesse daran hat, daß sehr sparsam gewirtschaftet wird.

Der Seniorenkonvent des Reichstages

trotz gestern Bestimmungen über die geschäftlichen Dispositionen in nächster Zeit. Es wurde vom Präsidenten die Anregung gegeben, nach der Rede des Reichskanzlers eine Beratung der Plenarsitzungen vorzunehmen, Kommissionsitzungen stattfinden zu lassen, dort erst nähere Informationen entgegenzunehmen und daraufhin die Besprechung der auswärtigen Angelegenheiten zu beginnen.

Von den Sozialdemokraten wurde hervorgehoben, daß es wünschenswert sei, sofort nach der Reichskanzlerrede die Besprechungen zu beginnen. Der Seniorenkonvent konnte sich darauf nicht einigen. Die Dispositionen, die die Mehrheit im Auge hat, werden dann ergeben, daß inwischen Kommissionsitzungen bis nächsten Mittwoch, und am Donnerstag, 5. Oktober, erst die nächste Plenarsitzung stattfindet. Von anderer Seite wurde dargelegt, daß alle Anregungen, die den Uebergang der Kriegs- in die Friedenswirtschaft betreffen, einer Kommission übergeben werden möchten; dem wurde zugestimmt.

Die Wünsche der „Afritaner“.

Der Verein Westafrikanischer Kaufleute hat dem Reichstage eine Eingabe zugehen lassen. In der er angemessene Entschädigung fordert für die Verluste, die durch den Krieg in den westafrikanischen Schutzgebieten Deutschlands eingetreten sind. Sie geben sich der Hoffnung hin, daß sie nicht nur nach dem Muster Ostpreußens entschädigt werden, sondern daß ihnen auch gleich nach Friedensschluß Abzahlungszahlungen in Höhe von mindestens einem Drittel der festgestellten Summe gewährt werden möchten, um ihnen den Wiederaufbau ihrer Unternehmungen zu ermöglichen.

Der Reichstag wird diese Eingabe und Eingaben ähnlicher Art genau zu prüfen haben.

Eine Kampfanzeige der Lübecker an England.

Dem Beispiele Hamburgs folgend, haben sich nunmehr auch in Lübeck eine Anzahl Vereinsvorstände zusammengefunden, um einen Aufruf zum Kampf gegen England in die Welt zu setzen. Die Sätze: „Die Schonung Englands bedeutet ewigen Krieg! Der Sieg über England aber ist der Frieden der Welt!“ lassen den Ton erkennen, auf den dieser Aufruf gestimmt ist. Die unterzeichneten Vereinsvorstände, zu denen übrigens neben dem Allduitschen Verband und dem Bund der Landwirte auch die Vorstände der liberalen Volkspartei, der katholischen Arbeiter- und Angestelltenvereine, der nationalen Handlungsgehilfenverbände, des Evangelischen Bundes usw. gehören, glauben wohl, Gott weiß wie patriotisch gehandelt zu haben, indem sie auch ihr Scherflein zum Resolutionenkrieg beitragen, dessen objektives Ergebnis, neben der Unterstützung innerpolitischer Treibe-reien, nur die Aufpeitschung der öffentlichen Meinung der westlichen Länder gegen Deutschland sein kann.

„Jakobinerlogik.“

Unter dieser Ueberschrift kommt die „Magdeburgische Zeitung“ in ihrer Mittwochnummer auf eine Münchener Versammlung zu sprechen, die schon mehrmals Gegenstand geheimnisvoller Andeutungen und geiziger Auseinandersetzungen zwischen diesem Blatt und der „Deutschen Tageszeitung“ gewesen ist. Jetzt schreibt das Blatt im Anschluß an die Affäre Cohnmann-Valentin:

„Auch uns liegen „Protokolle“ vor — aber wir haben sie nicht zu einer politischen Aktion benutzt, obwohl wir keinen Vertrauensbruch damit begangen hätten —, und daraus wissen wir, daß zu gewissen öffentlichen und geheimen Versammlungen, wie z. B. eine in München (im Hotel Union) am 30. Juli dieses Jahres stattgefunden hat, Einladungen an Anhänger aller bürgerlichen Parteien ergangen waren, und daß dort Norddeutsche das große Wort geführt haben. Was sagt nun z. B. die „Deutsche Tageszeitung“, die sich über Verleumdungen des Großadmirals von Tirpitz mit Recht so sehr erregt, zu der Münchener Versammlung, über die ihr doch einer ihrer Mitarbeiter, der dabei eine hervorragende Rolle spielte, berichtet haben wird? In jener Versammlung ist gegen den Reichskanzler derartig gehetzt und verleumdet worden, daß endlich aus der Versammlung heraus der Zwischenruf fiel, man müsse ihn über den Haufen schießen! Worauf der betreffende Redner meinte, soweit gehe er nicht, er gönne ihm ein langes Leben, aber er solle es in Dohensinow zubringen und nicht in der Wilhelmstraße. Es war übrigens dieselbe Versammlung, die auf diese und andere Neben hin beschloß, um Rettung aus der Not das Haus Wittels-

bach anzuflehen und zu dem Zweck eine Deputation an den König von Bayern zu schicken.“

Nach diesen Angaben zu urteilen, ist die hier gekennzeichnete Versammlung wohl dieselbe, zu der Graf Ledebour als Referent eingeladen war. Der Zwischenruf, der den Redner zu seiner wohlwollenden Bemerkung über den Reichskanzler veranlaßte, sagt über den Geisteszustand gewisser jetzt frondierenden „Staatsberathenden“ genug. Es bedeutet aber eine Schmähung des geschichtlichen Andenkens der Jakobiner, der tapferen Kämpfer der großen französischen Revolution, wenn man sie nun mit den schußfertigen Rebellen aus dem allduitsch-konservativen Lager auch nur im entferntesten in Beziehung bringt. Das haben die Robespierre, Danton und Marat denn doch nicht verdient.

Kommunalfreieinnige Sozialpolitik.

In Königsberg i. Pr. beantragten die sozialdemokratischen Stadtverordneten, den Magistrat zu ersuchen, angesichts der ungeheuerlichen Teuerung, die es zahlreichen Familien unmöglich macht, ihre Kinder gefälligst in die Schule zu schicken, in den städtischen Volksschulen für die Dauer des Krieges an alle Schüler täglich mindestens einmal warmes Essen verabreichen zu lassen.

Der Antrag wurde abgelehnt, im Hinblick auf die geeigneten und ausreichenden Maßnahmen, die der Magistrat bereits getroffen hätte. Diese Maßnahmen bestanden darin, daß im Vorjahre von 25 000 Schulkindern einige hundert gespeist worden sind und daß dafür etwa 4000 M. ausgegeben worden sind. Dabei sind diese Mittel nicht etwa von der Stadt, sondern von privater Seite aufgebracht worden. Der Magistrat hat diese Maßnahmen als genügend angesehen, obwohl ihm dargelegt wurde, daß die Not in weiten Kreisen groß sei und sich im kommenden Winter noch mehr verschärfen würde. Im Anschluß hatte ein bürgerlicher Stadtverordneter auf die Not des Mittelstandes hingewiesen, der „geduldi hunger“. Tropaladem wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt.

Der Uebergang zur mitteleuropäischen Zeit.

Amlich, Berlin, 28. September. (B. L. B.) In der Nacht vom 30. September auf den 1. Oktober tritt die mitteleuropäische Zeit wieder an die Stelle der Sommerzeit. Die Zurückstellung der öffentlichen Uhren erfolgt um 1 Uhr nachts (Sommerzeit). Die Stunde von 12 bis 1 Uhr erscheint also in dieser Nacht zweimal. Nach einem Beschluß der kürzlich in Stuttgart abgehaltenen Jahrsplan-Konferenz der deutschen Eisenbahnverwaltungen hat das Reichsamt des Innern die bundesstaatlichen Regierungen ersucht, die erste dieser Stunden, die noch in die Sommerzeit fällt und zum 30. September gehört, in allen öffentlichen Verordnungen und im Geschäftsgange aller Behörden mit dem Buchstaben A (12A, 12A 1 Min. . . usw. bis 12A 59 Min.), die zweite, die bereits in die mitteleuropäische Zeit fällt und zum 1. Oktober gehört, mit dem Buchstaben B (12B, 12B 1 Min. usw. bis 12B 59 Min.) zu bezeichnen. Durch diese Regelung werden Störungen im öffentlichen Verkehr sowie Zweifel und Mißverständnisse im Rechtsleben und im öffentlichen Dienste ausgeschlossen.

Das tägliche Brot.

Höchstpreise für Konserven.

Im „Reichsanzeiger“ vom Donnerstag werden Höchstpreise für die Fabrikation und den Kleinhandel für Spargelkonserven, Erbsen-konserven und Konserven aus gemischtem Gemüse zur Kenntnis gebracht. Die Fabrikationspreise betragen für die 1/2 Normaldose von 900 Kubikzentimeter Rauminhalt für Spargel in den verschiedensten Qualitäten 1,20 bis 2,65 M., für Gemüse 0,80 bis 1,70 M. Die Preise der größeren und kleineren Packungen sind dementsprechend. Die Fabriken sind angehalten, nachzulieferen, um festzustellen, ob sie nicht billiger zu liefern imstande sind.

Die Höchstpreise im Kleinhandel werden in folgender Weise festgesetzt: Es wird zunächst ein Verkaufsatz von 5 Pf. für die 1/2 Normaldose von 900 Kubikzentimeter Rauminhalt als Vergütung für Fracht, Kollgeld, Kosten der Abfüllung, der Verpackung u. dgl. aufgeschlagen. Der Kleinhandelshöchstpreis ist bei Konsumgemüsen um 20 Proz. bei Luxusgemüsen um 30 Proz. höher als die sich hierdurch ergebende Summe. Unter der Voraussetzung, daß die Fabrikationspreise die obengenannten Höchstpreise sind, betragen hiernach die Kleinhandelspreise für die 1/2 Normaldose von 900 Kubikzentimeter Rauminhalt für Spargel 1,60 M. bis 3,51 M., für Gemüse 1,02 M. bis 2,15 M. Die Benennungen der Konserven und die Beschaffenheit des Inhalts sind durch die seit Jahren geltenden Geschäftsbedingungen der Obst- und Gemüse-fabrikantenbranche im Inlandverkehr festgelegt. Abdruck der Geschäftsbedingungen sind gegen Erstattung der Selbstkosten von der Gemüsekonserven-Kriegsgesellschaft m. b. H. in Braunschweig zu beziehen.

Befährliches Spielzeug.

Man schreibt uns:

Die Spiele der Kinder mit Gewehr, Säbel und anderen Werkzeugen des Soldaten, die im Frieden in einem starken Abkommen begriffen waren, sind durch den Ausbruch des Krieges neu belebt worden.

Es gibt Leute, die darin den Ausbruch des kriegerischen Sinnes, der den Deutschen angeboren sein soll, zu erblicken vermögen. Leider ist es nicht möglich, die Ursachen, die den Kindern zu bestimmten Spielen Veranlassung geben, in jedem einzelnen Falle zu ergründen. Nur auf diese Weise könnte man zu einer einwandfreien Feststellung der wahren Beweggründe gelangen. Immerhin läßt die Kenntnis der kindlichen Psyche, die ja auch nur die Summe der Beobachtungen und Erfahrungen darstellt, allgemeine Schlussfolgerungen über die Triebkräfte der kindlichen Tätigkeit zu. Danach wird diese am stärksten angeregt und die Entwicklung des Kindes am tiefsten beeinflusst durch das Mischen und das Weiseln. Diese Erkenntnis findet täglich ihre handgreifliche Bestätigung. Und am deutlichsten tritt sie zutage in der Zeit mächtiger Ereignisse. Erinnern wir uns nur der Dinge, deren wir in den ersten Kriegswochen Zeuge waren: des täglichen Rosenaukmarschs der Soldaten mit Musik, Gelang und Hurrarufen, der fortwährenden Dinstellung der Sinne auf die kriegerischen Vorgänge und der allgemeinen Stimmung. Wie sehr wurde jeder einzelne davon berührt. Im wieviel stärker mühten aber diese Eindrücke auf das kindliche Gemüt wirken. Was wunderte, daß das rein Militärische, das alle Sinnen und Gedanken der Kinder vollständig mit Beschlag belegte, ihren Träumen des Nachts Inhalt gab und den Gegenstand für ihr Spiel lieferte. Mit dem Schwinden dieser Eindrücke sind denn auch die Kriegsspiele der Jugend mehr und mehr abgeklaut.

Unverantwortlich ist es, daß sie immer wieder entgegen den kindlichen Reigungen von Erwachsenen künstlich zu beleben gesucht werden. Dazu dienen neben der geistigen Beeinflussung böhrenheimlich Kriegswerkzeuge wie Soldatenausrüstungen, Gewehre, Säbel, Knallpistolen und ähnliche Instrumente. Ist es schon an sich zu verwerten, den natürlichen Entwicklungstrieb der Jugend in die Richtung der Verführung zu drängen, so ist es doppelt und dreifach verwerflich, sich dabei Mittel zu bedienen, die für die

Kinder selbst und für die Allgemeinheit eine große Gefahr heraus-bekommen. Wie oft hat die Tagespresse von bedauerlichen Opfern der Kriegsspiele berichtet! Kürzlich hat erst wieder ein solcher tragischer Fall das Reichsgericht beschäftigt. Der Vater eines Knaben, dem ein Spielkamerad ein Auge ausgehauen hatte, erhob gegen den Vater des kindlichen treiflicheren Schützen Anspruch auf Schadenersatz. Die Klage wurde abgewiesen, da der unglückliche Knabe mit ausdrücklichem Wissen seiner Mutter an den Kriegsspielen teilgenommen hatte. In der Begründung des Urteils fällt vor allem ein Satz auf, der eine eingehende Beachtung verdient. Es heißt da von Eltern, deren Söhne derartiges Spielzeug besitzen, sei unbedingt zu fordern, daß sie diese in der Handhabung des Spielzeugs unterweisen, über die Gefahren belehren und zur Vorsicht ermahnen. Sie täten aber wohl auch gut, meint das Reichsgericht, den Kindern auf das strengste zu verbieten, dieses Spielzeug anderen Kameraden auch nur auf kurze Zeit zu überlassen.

Was hier von den Eltern verlangt wird, ist einfach unmöglich. Es mag dahingestellt sein, ob die Eltern immer in der Lage sind, ihre Kinder in der Handhabung der Schusswaffen zu unterrichten. Unmöglich ist es jedenfalls, von einem Kinde zu verlangen, das Spielzeug keinem anderen Fremden während des Spiels zu überlassen. Das läßt schon der kollektive Charakter des Spiels nicht zu, und kein Kind würde sich — glücklicherweise! — dazu verstehen können. Damit wird aber nur aufs eindringlichste die Gemeingefährlichkeit derartiger Spielzeuge ins Bewußtsein gerückt, und es entsteht die Frage, ob denn nicht das Allgemeininteresse verlangen darf, derartige Dinge den Kindern überhaupt nicht in die Hand zu geben. Wir sind gewiß nicht Freunde von Polizeiverboten und Paragrafen. Das allgemeine Wohl muß aber stets über die ängstliche Freiheit des Verbrechers gestellt werden. Wir meinen also, die Anfertigung und der Verkauf von Kriegsgewehr für Kinder, wie Gewehre und Säbel, müßten ganz allgemein gesetzlich verboten werden. Keinem verstandigen Menschen wird es einfallen, Gifte oder Streichhölzer Kindern in die Hände zu geben. Da derartige Dinge aber gesellschaftlich notwendig sind, ist das Bemühen der Erzieher darauf gerichtet, die Jugend vor ihnen zu bewahren. Gewehre, Pistolen und Säbel, eigens für den Gebrauch von Kindern hergestellt, besitzen indessen keinen gesellschaftlichen Wert. Die Sorge, die Kinder davor zu behüten, kann also den Eltern mit Verantwortlichkeitsgefühl durch ein Verbot derartiger Dinge abgenommen werden. Auch die Ausübung des Verbots würde auf keine Schwierigkeiten stoßen, da der Charakter dieser Gegenstände augenscheinlich ist. Das aber ein solches Verbot auf die Erziehung der Jugend nur einen günstigen Einfluß ausüben kann, leuchtet ohne weiteres ein. Die freiverwendenden Produktivkräfte könnten sich der Schaffung von Spielgeräten zuwenden, die die geistige Entwicklung der Kinder in der Richtung positiver Tätigkeit fördern. Eltern und Erzieher, denen das leibliche und geistige Wohl der Jugend am Herzen liegt, sollten sich darum zusammenfinden zu der gemeinsamen Forderung, die Herstellung von Kriegsgewehr für Kinder gesetzlich zu verbieten.

Aus Groß-Berlin.

Die Krankenhausverteuerung.

Kriegsfürsorge für die Konfektionsarbeiter.

In der Berliner Stadtverordneten-Versammlung kam es gestern bei der Beratung des Magistratsantrages auf Erhöhung der Krankenhauspflegekosten zu einem Redegefecht, das den Gegensatz zwischen Freisinn und Sozialdemokratie scharf hervortreten ließ. Die Freisinnigen haben grundsätzlich gegen die geplante Verteuerung der Krankenhauspflege nichts einzuwenden; den grundsätzlichen Widerspruch gegen diese Maßregel überließen sie den Sozialdemokraten. Als antisozial wurde von dem Redner der sozialdemokratischen Fraktion, unserem Genossen Wehl, dieser Plan gekennzeichnet, als ein Attentat gegen die gesundheitlichen Interessen der Stadt Berlin. Stadtkämmerer Böß glaubte, den Vorwurf abtun zu können mit der stolzen Erklärung, daß im Punkt des sozialen Fortschritts der Magistrat sich von den Sozialdemokraten nicht übertreffen lasse. Mit noch geringerem Erfolg als der Kämmerer versuchten nachher noch zwei andere Magistratsmitglieder, Stadtrat Strahmann und Stadtrat Selberg, den Magistratsantrag zu verteidigen. Der Magistrat fand aber einen eifrigen Helfer in dem Stadtverordneten Galland, der für die Fraktion der Linken sprach. Herr Galland stellte mit rüchhaltiger Offenheit die Forderung auf, daß auch im Krankenhauswesen der Grundsatz „Leistung und Gegenleistung“ gelten müsse. Von ihm abzurücken, bemühte sich der Redner der freien Fraktion, Stadtv. Dühring. Aber im übrigen will auch er samt seinen Freunden den Verteuerungsplan mitmachen. Hauptächlich deshalb, weil der Magistrat die Aus-führung schon für Oktober fordert, stimmten die Freisinnigen nicht sofort zu. Die Vorlage wurde noch einem Ausschuß überwiesen.

Wie bereits für die Textilarbeiter wird jetzt auch für die Konfektionsarbeiter eine besondere Kriegsfürsorge nötig. Die Beschlagnahme der Stoffe und die Einschränkung des Verbrauchs hat viele von ihnen arbeitslos gemacht, so daß die Gemeinde eingreifen muß. Zu der Vorlage des Magistrats brachte Genosse Ritter eine Reihe Wünsche vor. Ein Ausschuß wird die Vorlage prüfen.

Auf der Ausgabestelle für Bezugsscheine.

Zu all den unangenehmen Begleitererscheinungen, die der Krieg mit sich gebracht hat, gehört die, daß man heute nicht mehr nach Belieben Kleidungsstücke und sonstige Web- oder Strickartikel kaufen kann, sondern erst die behördliche Erlaubnis dazu haben muß. Nur bei manchen Gegenständen wie Kleider usw., für die ein bestimmter Preis festgesetzt ist, fällt diese Verpflichtung weg. Sonst aber muß man nach einer der Ausgabestellen, die in den verschiedensten Stadtteilen errichtet sind, wofür ein Verrechnungsschein zum Einkauf ausgestellt wird — oder auch nicht!

In den Stunden von 5 bis 7 nachmittags ist denn auch in diesen Ausgabestellen, die in öffentlichen Gebäuden untergebracht sind, ein reges Kommen und Gehen zu verzeichnen. Besonders in den Arbeitervierteln haben viele Bedarf an Kleidungsstücken und dergleichen, und es sind meist Frauen, die den Weg dahin unternehmen, denn die Männer sind im Felde oder auf Arbeit. Oft können aber auch selbst die Frauen nicht kommen und schicken ihre größeren Kinder.

Um die Zeit, da die Scheine ausgegeben werden, liegt schon die Dämmerung über den Räumen und die Gaslampen werfen ihren Schein über Beamte und Publikum. Es ist da selbst gar nicht so einfach mit der Abfertigung, man muß eine Menge Fragen über sich ergehen lassen, die mitunter

fließt in das häusliche Leben hineinleuchten. Hauptächlich wird gefragt, ob man schon mal dagewesen sei, und den Abgefertigten wird noch besonders eingepreßt, daß sie, wenn sie wieder einmal kommen sollten, sagen müßten, daß bereits eine Karte von ihnen daliege. Wie der Vater heißt mit Vor- und Familiennamen, wie der Betreffende heißt, dem das zu Kaufende zukommen soll. Wie alt der Letztere ist und dergleichen Fragen mehr, die alle gewissenhaft beantwortet werden müssen.

Da ist ein Mann, der hat einen Zettel nicht ausgefüllt. „Ja, Sie müssen selbst ausfüllen und schreiben, was sie wollen, wir machen das nicht.“ wird ihm bedeutet.

„Der soll'n Weibchen riechen,“ brummt der Mann und geht zur Seite, um zu schreiben.

Eine Frau will einen Meter schwarzen Stoff haben. Nach Erledigung der Formalitäten geht sie ab.

Eine andere braucht einen großen und zwei kleine Ärmel. Auch dies wird gemacht.

Hier ist ein Mädchen, das braucht ein Schürchentuch, dann kommt ein Vater mit seinem Kinde.

„Sie gehören nicht zu uns. Sie müssen nach dem A-Plan.“

„Versuchte Rennerlei, wohin soll ich denn noch laufen um den Zeug?“

„Ja, wir können nichts dafür.“ sagt die Dame, „Nr. 23 gehört nicht mehr zu unserer Stelle.“

Fünf Meter Stoff erhält eine Frau zugesprochen, die nächste zwei Paar Strümpfe.

„Lebt der Vater noch? Es geht alles auf den Vater.“

wird einem Jungen gefragt.

„Bettwäsche und eine Schürze wollen Sie? Da hätten Sie zwei Scheine ausstellen müssen. Oder kaufen Sie's in einem Geschäft?“

Die Frau kauft's in einem Geschäft und kann gehen. Eine andere will eine Wirtschaftsschürze für „ihre Grete“.

„Wie alt ist Ihre Grete?“

„Sechzehn Jahre.“

Die sechzehnjährige Grete bekommt ihre Schürze. Ein gelähmter Mann braucht auch etwas.

„Sie müssen den Schein ausfüllen.“

„Ich kann nicht schreiben.“

„Ja, wir können's Ihnen auch nicht machen, dazu haben wir keine Zeit.“

Bruntmend humpelt der Mann hinaus.

„Wer ist das Kind?“ wird eine alte Frau gefragt.

„Es ist mein Enkelkind.“

„Wo wohnen denn die Eltern?“

„In der F-Straße.“

„Dann müssen die Eltern den Schein besorgen, Sie können das nicht.“

Eine Dame will für ein fremdes Kind ein Geschenk kaufen.

„Das geht nicht, die Eltern müssen kaufen.“

„Es soll doch dem Kind geschenkt werden.“

„Jetzt darf man überhaupt nichts schenken.“

„Es ist ja schon gekauft und soll bloß umgetauscht werden.“

„Sie durften doch gar nichts kaufen ohne Bezugsschein.“

„Es war schon vor Eintritt der Verfügung. Das Kind soll's doch als Geschenk bekommen.“

„In der jetzigen Zeit soll überhaupt nichts geschenkt werden.“

„Unglaublich!“ sagt die Dame und geht zur Tür hinaus.

Für ihre Tochter will eine Mutter etwas haben.

„Das kann jeder sagen.“

„Ja war auf der Polizei und hab' mir Auskunft geholt.“

„Ach, die Polizei, die ist auch nicht orientiert, die wissen nichts.“

„Na, wo soll man denn hingehen?“

„Hierher hätten Sie kommen müssen.“

„So viel Zeit hat man doch nicht immer.“

Andere kommen und ein jeder hat Wünsche. Der Winter steht vor der Tür, da muß so manches beschafft werden, ob man will oder nicht. Man behilft sich ja schon, so lange, wie es geht, aber endlich geht's doch nicht mehr, dann geht man selbst — nach der Ausgabestelle für Bezugsscheine, und wenn man einen hat, kann man kaufen, sofern das Geld da ist. Aber jeder hat den dringenden Wunsch, daß bald einmal wieder Zeiten kommen mögen, wo man ohne Erlaubnis Geld ausgeben kann!

Die Schwierigkeiten der Bezugsscheinerlangung.

Der Weg zum Kleiderbezugsschein ist so durch Hindernisse erschwert, daß aus Edeu vor ihm mancher — das ist wenigstens die Meinung der Geschäftsinhaber — auf Ankauf des nicht unbedingt nötigen lieber noch verzichtet. Dem Zweck einer „Erledigung“ der Web-, Wirl- und Strickwaren würde diese freiwillige Verbrauchsbeschränkung allerdings dienen, aber unter den Erschwerungen der Bezugsscheinerlangung müssen auch alle die leiden, die wirklich nur bei dringendstem Bedürfnis kaufen.

Wie man einen Kleiderbezugsschein erlangt, das ist immer noch nicht hinreichend bekannt, so daß nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die in den Ausfertigungsstellen tätigen Personen manche unnötige Schereitien haben. In Berlin, wo die Verwirrung in viele Ausfertigungsstellen die Sache noch schwieriger macht, sollte der Magistrat von Zeit zu Zeit die Veröffentlichung der für die Bezugsscheinerlangung erlassenen Vorschriften wiederholen. Auch empfiehlt es sich, aus den Vorschriften das Wichtigste in kurzer und klarer Fassung auf Plakaten anzugeben, die vor den Eingängen der Ausfertigungsstellen und vielleicht auch der Polizeibureaus auszuhängen wären.

Für den Beteiligten bedeutet es eine Erschwerung und Zeitverlust, wenn jemand der Ausfertigungsstelle einen Antrag auf Erteilung eines Bezugsscheins überreicht und nun erst erfährt, daß er einen von seinem Polizeibureau ausgestellten besonderen Wohnungsausweis beifügen muß. Die polizeiliche Bescheinigung, daß man da und da wohnt, muß zu akzeptiert besorgt werden, ehe man die Ausfertigungsstelle aufsucht. Die Polizei erteilt den Wohnungsausweis kostenlos und unentgeltlich, doch ist zu beachten, daß sie bei Zweifel über die Persönlichkeit des Antragstellers von ihm noch eine Legitimation verlangen kann. Diesen Ausweis übergibt man der in Betracht kommenden Bezugsschein-Ausfertigungsstelle zusammen mit dem ersten Antrag auf Erteilung eines Bezugsscheins, und der Ausweis bleibt dann bei ihr in Verwahrung, so daß später für neue Anträge auf Bezugsscheinerlangung kein neuer Wohnungsausweis besorgt zu werden braucht, falls man nicht inzwischen die Wohnung gewechselt hat. Für den Antrag auf Ausfertigung eines Bezugsscheins muß ein Formular benutzt werden. Der Antrag muß gestellt werden auf den Namen des Familienhauptes, auch dann, wenn den gewünschten Gegenstand ein anderes Familienmitglied braucht. Angzugeben ist, wer ihn braucht, und bei Kindern ist dem

Namen auch die Altersangabe beizufügen. Auf dem Bezugsschein-Formular fehlen diesbezügliche Hinweise, so daß diese Angaben oft unterbleiben und im Bureau der Ausfertigungsstelle erst noch allerlei Nachfragen und Zusätze nötig werden. Für Haushaltsmitglieder, die nicht zur Familie gehören, also für Diensthofen und sonstiges Hauspersonal, für Asternier und Schlafkutschken, für Beihilfene und Gehilfen, für Pensionäre, ferner für solche erwachsenen Personen, die ihren Lebensunterhalt selber bestreiten, ist der Bezugsschein auf den eigenen Namen auszufüllen. Wir geben diese bereits früher im „Vorwärts“ mitgeteilten Vorschriften hier nochmals wieder. Formulare für Anträge auf Bezugsscheinerlangung liegen in jeder Ausfertigungsstelle bereit, werden kostenlos abgegeben und können dort ausgefüllt werden, worauf meist — falls nicht noch eine besondere Prüfung nötig ist — die Unterstempelung sogleich erfolgt und der dadurch gültig gewordene Bezugsschein dem Antragsteller ausgehändigt wird.

Zu welcher Ausfertigungsstelle man geht, ist zu beachten, damit man nicht unnötige Wege machen muß. Die Liste der 23 Ausfertigungsstellen Berlins mit den dazu gehörigen Stadtbezirken wurde früher im „Vorwärts“ bekanntgegeben. Sehr lästig ist für diejenigen, die tagsüber ihrer Arbeit nachgehen müssen, die bei den Ausfertigungsstellen übliche Beschränkung der Bureauezeit auf die Stunden von 9—1 und von 5—7. Es gibt viele, denen es auch bis 7 Uhr nicht möglich ist, die Ausfertigungsstelle aufzusuchen. Man sollte die Bureauezeit an Wochentagen bis in die späteren Abendstunden ausdehnen und außerdem an Sonntagen in den Vormittagsstunden die Bureaus offen halten. Sehr zu wünschen ist, daß man die Ausfertigungsstellen vermehrt, so daß auf jede eine geringere Bevölkerungszahl entfällt. Das würde den Antragstellern eine Verfürgung der Wege bringen und den Zubrang zu den einzelnen Ausfertigungsstellen verringern. Uebrigens sei, wie schon früher im „Vorwärts“, nochmals gesagt, daß in Berlin der Magistrat auch die freien Gewerkschaften ermächtigt hat, Anträge ihrer Mitglieder entgegenzunehmen und die Notwendigkeit der Anschaffungen zu prüfen und zu bescheinigen.

Die Schwierigkeiten der Bezugsscheinerlangung könnten durch Ausfertigung der oben gemachten Vorschläge wesentlich gemildert werden.

Frauen in der städtischen Verwaltung.

Die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat einen Antrag gestellt, nach dem der Magistrat um eine Vorlage ersucht werden soll, durch welche die Anzahl von Frauen in alle auf Grund des § 59 der Städteordnung eingesetzten Deputationen durch statutarische Anordnung bestimmt werden kann.

Dieser Antrag geht davon aus, daß die Frau im öffentlichen Leben sich genau so betätigen kann wie der Mann. Im Reich und im Staat ist der Frau die Mitwirkung im öffentlichen Leben zurzeit verweigert. Das ist ein Unrecht, das so bald wie möglich beseitigt werden muß. Im kommunalen Leben hat die Frau in begrenztem Maße ein Mitwirkungsrecht. Wir haben Frauen in den Armen-, Waisen- und Schulkommissionen und wir haben auch bereits in den Spitzen dieser Verwaltungen Frauen, in der Armenverwaltung und in der Waisenverwaltung.

Es liegt somit gar kein Anlaß vor, Frauen nicht auch in alle anderen Deputationen aufzunehmen. Der § 59 der Städteordnung gibt die Möglichkeit durch Schaffung besonderer Bestimmungen. Umstritten ist nur die Frage, ob die Frau beschließende oder beratende Stimme erhalten soll. In der Armenverwaltung haben die beiden weiblichen Mitglieder beschließende Stimme, während in der Waisenverwaltung die beiden Frauen nur beratende Stimme haben in Rücksicht darauf, daß der Waisenverwaltung die Ausführung der staatlichen — Fürsorgeerziehung übertragen ist.

Daß Frauen in den verschiedensten städtischen Verwaltungsdeputationen gut mitwirken können, hat der Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. anerkannt, indem er sich bereit erklärt hat, Frauen in die einzelnen Deputationen aufzunehmen, nur die Hoch- und Tiefbaudeputationen sind ausgenommen. Der sozialdemokratische Antrag dürfte in einer der nächsten Stadtverordnetenversammlungen zur Verhandlung gelangen.

Die Milchversorgung Groß-Berlins.

Die in der Milchverorgungsstelle Groß-Berlins zusammengeschlossenen Gemeinden haben sich dazu entschlossen, das Kriegsernährungsamt um nachdrückliche Maßnahmen zu bitten, durch welche die Milchzufuhr vom Lande aufrechterhalten wird. Die Milch-anlieferungen nach Groß-Berlin sind in letzter Zeit großen Schwankungen unterworfen gewesen, und zwar Schwankungen, die sich durchweg nach unten bewegen. Zu dieser Jahreszeit ist der Rückgang der Produktion eine Erscheinung, die durchaus natürliche Ursachen hat. Wenn sich jedoch die Milchlieferung der einzelnen Milchzeuger nicht um 20 bis 30 Proz. Progn., sondern um 60 bis 80 Proz., ja sogar bis 90 Proz. verringert, so hat dies mit dem natürlichen Produktionsrückgang nichts mehr zu tun. In der Tat gehen der Milchverorgungsstelle Groß-Berlins viele Mitteilungen zu, nach welchen die Milchzeuger ihre Milch zur Verbutterung zurückhalten oder die Milchlieferungen nach Groß-Berlin deswegen einstellen oder beschränken, weil sie in anderen Bedarfsbezirken höhere Preise erhalten. Zurzeit erhält Groß-Berlin allerdings noch genügend Milch, um die Kinder bis zu sechs Jahren und die Kranken mit Vollmilch zu versorgen. Bei solchen künstlichen Zurückhaltungen muß jedoch damit gerechnet werden, daß die Anlieferungen früher oder später unter diejenigen Mengen sinken, die zur Versorgung der Kinder und Kranken erforderlich sind. In der Eingabe an das Kriegsernährungsamt ist weiterhin eingehend dargelegt, daß eine ordnungsmäßige Milchversorgung der großstädtischen Bevölkerung nicht möglich ist, wenn nicht die Möglichkeit gegeben ist, je nach den städtischen Bedürfnissen diejenigen Milchhändler zu bestimmen, an welche der Landwirt zu liefern hat. Bisher hat die Reichsstelle für Speisefette diesem Wunsch nur hinsichtlich der am 1. Oktober 1916 zu erneuernden Milchpachtverträge stattgegeben, sich im übrigen aber ablehnend verhalten. Die Schwierigkeiten, die sich im Berliner Milchhandel in letzter Zeit herausgebildet haben, sind zum nicht geringen Teil hierauf zurückzuführen.

Die Fettwochenmenge für die Woche vom 2. bis 8. Oktober beträgt 90 Gramm Butter; Margarine wird in dieser Woche nicht ausgegeben. Der Kleinhandelspreis für Butter 1. Qualität beträgt 48 Pf. für 90 Gramm.

Der Zuckerbezug für den Monat Oktober ist in Berlin derart geregelt, daß auf den Abschnitt XVIII der Berliner Zuckerkarte in der Zeit vom 2. bis zum 20. Oktober 500 Gramm Zucker, auf den Abschnitt XIX vom 21. bis zum 31. Oktober 250 Gramm Zucker entnommen werden können.

Kleinhandelspreise für frische Seefische bester Qualität für den 29. September 1916.

Schellfische, Klein (bis $\frac{1}{2}$ Pfund) 1,18 M., mittel (von $\frac{1}{4}$ bis 1 Pfund) 1,25 M., großmittel (von 1 bis $1\frac{1}{2}$ Pfund) 1,38 M., große (von $1\frac{1}{2}$ Pfund und mehr) 1,57 M.; Kabeljau, Klein (bis $1\frac{1}{2}$ Pfund) 1,00 M., mittel (von $1\frac{1}{2}$ bis 4 Pfund) 1,18 M., große (von 4 Pfund und mehr) 1,28 M., ohne Kopf (im Abschnitt) 1,38 M.; Schollen, Kleine (bis zu $\frac{1}{2}$ Pfund) 0,88 M.

Mißstände im Handel.

Amlich, Berlin, 28. September. (W. L. D.) Es sind Klagen darüber laut geworden, daß in einzelnen Geschäften die gleichen Waren zu verschiedenen Preisen angeboten werden, und zwar so, daß sie entweder zu billigerem Preise gegen Bezugsschein oder zu höherem Preise ohne Bezugsschein erhältlich sind. Dem Publikum wird so gar häufig zugeredet, den höheren Preis zu bezahlen, um die Unbequemlichkeit des Bezugsscheins zu vermeiden. Derartige Mißbräuche sind in hohem Maße bedauerlich; sie vergrößern die Zahl der Gegner der sogenannten Freiliste überhaupt und führen zur gänzlichen Beseitigung der Freiliste. Die beteiligte Handelswelt hat also ein besonderes Interesse an der Abstellung solcher Mißstände. Die auf solche Weise Geschädigten haben aber das Recht, wegen Minderung des bezahlten unangemessenen Kaufpreises das bei der Handelskammer bestehende Schiedsgericht anzurufen und Strafanzeige zu erstatten.

Die „Leichenkammer“.

Jeder kennt den zierlichen gläsernen Aufbau im veränderten Rahmen, der in Tausenden von kleinen Restaurationslokalen auf der Schänke, mitunter auch als Vorkasse im Schaufenster thronet. Nicht jedem ist sein Spitzname „Leichenkammer“ bekannt. Woher diese eigenartige, vom Berliner Witz geprägte Bezeichnung? In jenem verlockenden Aufbau stehen — ach nein — standen alle die schönen säuerlichen Sachen, die eine „Vierleiche“ am späten Abend zur schmerzlosen Magenoperation oder am frühen Vormittag zum Katerfrühstück reizen sollen, in Reich und Glied aufmarschiert. Rostmöpfe, saure und gebratene Heringe, Delfardinen und Reunauge, Kartoffel- und Peringsalat und vieles andere, was den in solchen schweren Stunden des grauen Glends großen Magen einigermaßen verjähnen kann, war da für billiges Geld zu haben. Und auch Leute, die nicht des Guten zuviel genossen hatten, was ja bei Kriegsdünst und Wasserhähnen kaum mehr möglich ist, zeigten eine große Vorliebe für den paprizierten Inhalt der „Leichenkammer“. Daneben hatte man die Auswahl in reellere Zugaben zum Brot. Viele Gastwirte, die ihr Publikum kannten, legten großen Wert darauf, daß der Glaskasten stets reich gefüllt war mit Eiern, allerlei Käsejorten, unter denen die „Goldbleiste“ nie fehlen durfte, und — ach, mein Magen hopft vor Begehrtheit — mit leibhaftigen Würsten, sogar „Knobländern“ und mit jener „juten Jabe Gottes“, die wir noch vom Hörensagen als Gänsebraten kennen. Lang, lang ist's her! Rutscher, Handwerker, Fensterputzer, Hausdiener, Poeten, die in der Kneipe Raft machen müssen, holen ihre kahlen „Polzen“ hervor und schauen sich verlangend nach dem Rubrot um. In der Leichenkammer liegen als größte Delikatesse zwei ganze gefochte Ei-Gehens. Da liegen sie angestaunt schon seit ein paar Tagen. Das Stück kostet nur 45 Pfennige. Die Frau Birnin hat selbst fast ebenso viel zahlen müssen und will doch wenigstens etwas verdienen. Ree, das können Rutscher und Gleichgestellte sich zum Frühstück nicht leisten. Käse ist überhaupt nicht zu erbliden. Von Wurst schweigt des Sängers Bescheidenheit schon ganz. Allenfalls ist ein Zippel sogenannter Leberwurst vorhanden, die einem zerfleimerten, vielgebrauchten Schauerlappen verzweifelt ähnlich sieht. Wo ran an die Harunge! O weh, ein einziger Alliputaner vom Geschlecht der Bratheringe kostet 35 Pfennige. Aber man schluckt ihn, weil der Magen vom ewigen Kriegsbrotkaue gar so schief hängt, greift seufzend in die Tasche und hofft auf bessere Zeiten.

Oben auf dem Glaskasten stehen ein paar Töpfe mit Zimmergrün. Wie zur Trauer lassen sie ihre langen Blattstengel über das leere Gehäuse fallen. Wenn die Leichenkammer wieder gefüllt ist mit allem, was ein ehrlich hungriger Arbeitermagen begehrt und verdient, soll sie endlich bekränzt werden wie der Preisochse auf der Mastvieh-ausstellung.

Verkehrverbesserung auf der Schöneberger Untergrundbahn.

Die Schöneberger Tiefbau- und Verkehrsdeputation hat beschlossen, mit Beginn des Winterhalbjahres den 5-Minuten-Verkehr auf der Schöneberger Untergrundbahn bis 10 Uhr vormittags auszubehnen. Die Verkehrsverbesserung tritt mit dem 2. Oktober 1916 in Kraft.

Auskunft über deutsche Zivilpersonen in Rumänien.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ teilt mit: Anträge auf Auskünfte über den Verbleib und das Ergehen von Personen, die sich zur Zeit des Eintritts Rumäniens in den Krieg noch in Rumänien befunden haben, sind bei der Zentralauskunftsstelle für Auswanderer, Berlin W, Karlsbad 9/10, anzubringen. Etwasige Erlassensprüche für Schäden, die deutschen Zivilpersonen in Rumänien an ihrem Eigentum oder an Leib und Leben durch Gewalttätigkeiten der Bevölkerung oder der Behörden zugefügt worden sind, sind bei dem Reichskommissar zur Erörterung von Gewalttätigkeiten gegen deutsche Zivilpersonen in Feindesland, Berlin W 85, Potsdamer Straße 88 III, geltend zu machen.

Pakete für Kriegsgefangene.

Man sollte meinen, daß jeder, der einen Angehörigen in einem Kriegsgefangenenlager der feindlichen Länder hat und ihm Sendungen zufommen lassen will, um sein Los etwas zu erleichtern, von selbst darauf achtet, daß die dem Gefangenen zugehenden Sachen gut verpackt und die Pakete mit einer Adresse versehen werden, die jeden Irrtum bei der Beförderung und Verstellung ausschließt. Leider ist dies nicht immer der Fall. Häufig müssen Pakete wieder an die Absender zurückgegeben werden, weil die Adressen nicht genau oder nicht deutlich genug angegeben sind, und oft ereignet es sich auch, daß Pakete unterwegs aufgehen und daß es dann nicht möglich ist, den Inhalt wieder zusammenzufügen und seiner Bestimmung zuzuführen. Bei der Riesearbeit, die die ungeheuren Mengen der täglich an Kriegsgefangene gefandten Pakete der Post und der Seeresleitung verursachen, ist es dringend erforderlich, alles fest und sicher zu verpacken und die Adressen so zu schreiben, daß sie leicht lesbar sind und jeden Irrtum oder Zweifel bei der Verstellung ausschließen. Das sollte jeder, der Sendungen an Kriegsgefangene schickt, sich zur Regel machen.

Wo bleiben die Arbeiter in der Rechtsprechung?

Für die dritte diesjährige Schwurgerichtsperiode am Potsdamer Landgericht, die am 16. Oktober beginnt, wurden folgende Geschworene ausgelost: 1. Fabrikbesitzer Jacques Ruh-Rowawes, 2. Ziegeleibesitzer Ernst Reumann-Deeg a. S., 3. Kunsthistoriker Dr. phil. Paul Deiland-Potsdam, 4. Professor Richard Zeitschel-Potsdam, 5. Stadtrat Hans Widmer-Potsdam, 6. Oberpostassistent Labinsk-Potsdam, 7. Landschaftsmaler Otto Progen-Wannsee, 8. Fabrikdirektor Emil Klipping-Rathenow, 9. Fabrikbesitzer Ernst Schröder-Rathenow, 10. Geh. Rechnungsrat Wilhelm Borckard-Potsdam, 11. Rentier Karl Spelling-Wannsee, 12. Oberamtmann Willi Vorthold-Dahme, 13. Kaufmann Karl Voentz-Ludenwalde, 14. Metallwarenfabrikant Hugo Kreuter-Ludenwalde.

15. Rechnungsrat Koebe-Potsdam, 16. Rechnungsrat Hägler-Potsdam, 17. Brauereibes. u. Stadtrat Franz Kamm-Potsdam, 18. Kaufmann, Fabrikbes. u. Stadtrat Paul Urban-Potsdam, 19. Fabrikbesitzer Richard Sebelin-Wannsee, 20. Geh. Rechnungsdirektor Wilhelm Deter-Potsdam, 21. Steinfegermeister Ernst Böhm-Potsdam, 22. Hofgärtner Friedrich Kunert-Sandow, 23. Missionsdirektor Dr. phil. Johann Lepsius-Potsdam, 24. Gutsbesitzer Paul Carthaus-Rittergut Riege, 25. Rentier Friedrich Krüger-Dorf Jüna, 26. Fabrikant Gustav Danuske-Dom. Brandenburg, 27. Buchdruckereibesitzer Adolf Kletterhain-Brandenburg, 28. Kaufmann Wilhelm Hummel-Plau a. S., 29. Kürschnermeister Karl Hartwich-Dahme, 30. Fleischermeister Hermann Burghardt-Jüterbog. Den Vorsitz wird Landgerichtsdirektor Geh. Justizrat Warshawitz führen. Bis jetzt gelangen drei Strafsachen zur Verhandlung.

Die Geschworenensliste zeigt, daß auch nicht ein Arbeiter sich unter den Geschworenen befindet, obwohl ihre Mitwirkung feinerzeit zugelassen worden ist.

Minister Breitenbach über die Landkolonien. Auf eine Eingabe des Bundes der Verkehrs- und Zweigverbände Groß-Berlins und der Mark hat Minister Breitenbach geantwortet, daß er im Einvernehmen mit den Ministern des Innern und für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, die in Betracht kommenden Behörden angewiesen habe, während der Kriegszeit von polizeilichen Maßnahmen gegen Landkolonisten wegen fehlender Anstellungsgenehmigung sowie aus bau- oder anderen polizeilichen Gründen nach Möglichkeit abzusehen.

Die beiden Raubmörder Otto und Richard Klaus wurden gestern vormittag von der Reichsanwaltschaft noch weiter verhört. Sie halten in keiner Beziehung mit der Wahrheit zurück. Alles, was sie bisher angaben, hat sich bei der Nachprüfung als richtig erwiesen. Ihre Tat stellt sich nach den Ermittlungen und nach ihrem eigenen Geständnis als vollendeter Raubmord dar. Die beiden Mörder werden unter dieser Anschuldigung noch heute nach dem zuständigen Amtsgerichtsfängnis gebracht werden. Bei der Obduktion sollen sie auch noch der Leiche der Ermordeten gegenüber gestellt werden.

An den Folgen einer Gasvergiftung gestorben. In den letzten Tagen unternahm das Dienstmädchen Therese Himmelsberger in der Küche ihrer Herrschaft in Rowawes einen Selbstmordversuch, indem sie einen Gasbehälter öffnete und Leuchtgas ausströmen ließ. Man brachte sie sofort, nachdem ihre Herrschaft auf den Gasgeruch aufmerksam wurde, ins Oberlin-Krankenhaus in Rowawes, wo sie mehrere Tage betäubungslos lag. Gestern starb sie nun an den Folgen der Gasvergiftung. Als Grund zur Tat wird Lebensüberdruß angenommen.

100 Mark Belohnung hat die Polizei auf die Ergreifung des Räubers ausgelegt, der am Mittwochmorgen in der Gräfstr. 90 den Heberfall auf die 70 Jahre alte Witwe Böhm verübte. Wie die Heberfalle behandelte, folgte ihr ein junger Mensch die Treppe hinauf bis an ihre Wohnung im vierten Stock. Nichts Gutes ahnend, wollte sie rasch ihre Tür aufschließen, als er sie fragte, wo die Familie Lehmann wohne. Bevor es ihr aber noch gelang zu öffnen, packte er sie auch schon und versuchte ihr die Tische zu entreißen. Die noch tätige Greisin hielt die Tische fest, kam aber zu Fall und stürzte den oberen Teil der Treppe hinab. Dabei zog sie sich einen Armbruch und Kopfverletzungen zu, so daß sie nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden mußte. Der Räuber, der jetzt die Flucht ergriff, erbeutete nichts. Er ist etwa 18 Jahre alt, 1,65-1,68 Meter groß und schlank, hat dunkelbraunes Haar und ein bartloses Gesicht und trug einen dunklen Jodentanzug, einen schwarzen steifen Hut und einen weichen Strohtrager. Aufgefallen ist er besonders dadurch, daß er einen Kneifer oder eine Brille trug.

Schwer verunglückt ist gestern im Straßengetriebe der 17-Jährige Postauskäufer Oswald Reng aus der Eilenacher Straße 64 zu Schöneberg. Der junge Mann glitt mit dem Zweirad vor dem Amtsministerium in der Leipziger Straße aus und geriet an einen Straßenbahnwagen, der ihn zu Boden schleuderte. Er erlitt einen Schädelbruch und Hautabrisse und mußte nach der Charité gebracht werden.

Das nächste Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet am Sonnabend, den 20. September in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 66/67, statt. Beginn des Konzerts 8 Uhr.

Einen Lehrlingsabend: „Säuglingspflege“ und „Säuglingsernährung“ veranstaltet wiederum der Vaterländische Frauenverein, Provinzialverein Berlin, im Bürgeraal des Berliner Rathauses. Vortragender: Herr Prof. Dr. Langstein, Direktor des Kaiserin-Auguste-Viktoria-Hauses zur Verhütung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich. Die Kurse finden statt am Dienstag, den 24. Oktober, Dienstag, den 31. Oktober, Dienstag, den 7. November und am Freitag, den 10. November, abends von 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr. Sie sind für Mitglieder des Vereins und Gäste und unentgeltlich. Einzahlungen, die für den ganzen Kursus gelten, sind gegen eine einmalige Einreichungsbüchse von 1 M. zur Deckung der Unkosten in der Geschäftsstelle des Vereins, Frobensstraße 1, erhältlich. Zusendung durch die Post erfolgt auf Wunsch gegen vorherige Einzahlung des Betrages.

Berliner Adressbuch 1917. Der Verlag des Berliner Adressbuchs hat soeben den Hauseigentümern und Verwaltern die Hauslisten für den Jahrgang 1917 zur Verteilung an die Haushaltungsvorstände ausgeben lassen. Es ist dringend geboten, daß die Haushaltungsvorstände die Listen persönlich ausfüllen, weil nur dadurch die genaue Schreibweise des Namens verbürgt wird und weil nur auf diese Weise die Wünsche der Eintretenden (Zufüge zur Veräußerung oder Ständesbezeichnung, Angabe der Sprachstunde usw.) zuverlässig erfüllt werden können. Die Abholung der Listen beginnt bereits am Montag, den 2. Oktober, wesshalb sofortiges Ausfüllen der Liste angezeigt erscheint. Es empfiehlt sich ferner, Vorbestellungen auf das Adressbuch gleichzeitig in die dafür vorgesehene Spalte der Hausliste einzutragen oder den Vorbestellern aus der Zeitungsanzeige des Berliner Adressbuchs in der heutigen Nummer ausgefüllt einzulassen, da mit Schluß des Vorbestelltermins — 31. Oktober — der um 2 M. höhere Ladenpreis in Kraft tritt.

Aus den Gemeinden.

Städtischer Gemüseverkauf der Parkverwaltung Charlottenburg.

Der Verkauf der von der städtischen Parkverwaltung in Charlottenburg gezogenen Gemüse in der Kaiser-Friedrich-Straße hat einen solchen Umfang angenommen, daß die Schaffung einer zweiten größeren Verkaufsstelle in der Kantstr. 140 notwendig geworden ist. Ihre Lage gibt auch den Bewohnern des Ostens von Charlottenburg Gelegenheit, auf bequemere Weise billiges gutes Gemüse einzukaufen. Händler, welche ihr Geschäft in Charlottenburg haben, erhalten dort ebenfalls und zwar mit einer Preisermäßigung Gemüse, wenn sie sich verpflichten, zu den von der Parkverwaltung festgesetzten Höchstpreisen zu verkaufen. Die Eröffnung findet am Donnerstag, den 28. d. Mts., vormittags 8 Uhr, statt. Der Verkauf erfolgt nur gegen Vorlegung der Charlottenburger Lebensmittellkarte. Die bisherige Verkaufsstelle in der Stadigärtnerei am Neuen Bärfendrummer Weg wird am gleichen Tage aufgehoben.

Aus dem Gemeindeparlament in Oberschöneweide.

In der am Dienstag stattgefundenen Sitzung der Gemeindevertretung wurden die von unseren Genossen gestellten Anträge zur

Lebensmittelversorgung, da der hierfür zuständige Deputierter Schöffe Kabeitz sich auf Reisen befindet, bis zur nächsten Sitzung vertagt. Es sollen dann u. a. auch die ebenfalls von unseren Genossen gestellten Anträge auf Schulverbesserung der Kinder verhandelt werden.

In die beiden Schulklassenzimmer für das Lyzeum und für das Realgymnasium wurde für den Schöffen Herrwig, dessen Wahlperiode abläuft, unser Genosse Burghardt gegen die Stimmen der ersten Klasse gewählt.

Zu Beginn der öffentlichen und am Schluß der geheimen Sitzung widmete der Bürgermeister dem an seiner letzten Sitzung teilnehmenden Herrn Hofmeister Kottmeier warme Worte der Anerkennung seiner Tätigkeit für die Gemeinde, über die allerdings manche Leute am Orte ihre eigene Meinung haben.

Die Kinder-Feststube Berlin-Treptow.

Riesholzstr. 405-407 ist vom 2. Oktober ab außer Mittwoch und Sonnabends auch Montags von 8-8 Uhr für alle Straßen- und Mädchen vom achten Jahre an unentgeltlich geöffnet. Mütter und Väter, die sich die Feststube ansehen wollen, sind an allen drei Tagen willkommen.

Soziales.

„Angriff“ auf einen prägelnden Arbeitgeber.

Ein Vater, mit dem eine Kündigungsfrist von vier Wochen vereinbart war, wurde ohne Kündigung entlassen, weil er seinen Chef Salomon, Inhaber der Firma Franke, täglich angegriffen haben sollte. Vor dem Gewerbegericht, wo der Entlassene Lohnzahlung für die Kündigungszeit forderte, wurde über den angeblichen Angriff auf den Chef folgendes festgestellt:

Ein im Betriebe tätiger 14-jähriger Laufbursche soll durch eine unwahre Angabe Veranlassung gegeben haben, daß einer der tüchtigsten Väter beabsichtigte, aufzukühen. Hierüber geriet der Chef so in Entrüstung, daß er den Laufburschen prägelte. Ein Zeuge gab an, es sei mit den Prügelein nicht so schlimm gewesen, denn der Junge könne nicht mehr als drei Ohrfeigen bekommen haben. Dagegen stellte der Kläger sowie der als Zeuge vernommene Laufbursche den Vorgang wesentlich anders dar. Hiernach hat der Chef dem Jungen etwa 20 bis 30 Schläge mit der Hand an den Kopf verabreicht. Der Junge rief in seiner Angst: „Mutter, Mutter“. Er rannte in dem Raum, wo sich die Prügelstube abspielte, hin und her, versoff von dem Chef, der fortwährend auf ihn einschlug. Schließlich mischte sich dann der Kläger mit einer handgreiflichen Friedensintervention ein. Er packte mit der einen Hand den Jungen, mit der anderen den Chef, so daß den einen nach rechts, den anderen nach links und endete damit den unangenehmen Auftritt. Das entschlossene Eingreifen zum Schutz des prägelten Jungen soll nun ein Angriff des Klägers auf den Chef gewesen sein und die Entlassung begründen. Das ist der Standpunkt des Beklagten. Das Gericht war aber nicht der Meinung, daß hier von einem tätlichen Angriff des Klägers auf seinen Chef geredet werden könne, und verurteilte den Beklagten, den Lohn für die Kündigungszeit zu zahlen.

Stadtverordnetenwahl und Belagerungszustand.

Die Stadtverordnetenwahlen in Dorstien fanden am 8. November 1916 statt. Sie hatte der Fühler Wipper angefochten. Er machte geltend, in die Wahlfreiheit sei dadurch eingegriffen worden, daß die Agitation zur fraglichen Wahl mit Rücksicht auf den Belagerungszustand unterlagert worden sei. Aus seinen weiteren Ausführungen ging hervor, daß er aus einer Unterredung mit dem Polizeikommissar ersehen konnte, daß die Genehmigung zur Veranstaltung öffentlicher Versammlungen und zur Flugblattverbreitung würde ihm nicht erteilt werden.

Nach Verwertung des Einspruchs des Klägers durch die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich der Bezirksausschuß zu Münster mit der Angelegenheit. Ihm lag eine Aussage des Polizeikommissars vor, die dahin ging: Er sei gefragt worden, ob öffentliche Versammlungen stattfinden und Flugblätter verbreitet werden dürften. Darauf habe er den Kläger auf die Bestimmungen der Bekanntmachung des kommandierenden Generals vom 27. November 1914 verwiesen, die den verhängten Belagerungszustand andeuten und im § 3 verschiedene Verbote auf Grund des § 9 b des Belagerungsgesetzes enthält. Nach der Ziffer 11 des § 3 ist verboten die Veranstaltung von Versammlungen, die nicht lediglich kultus-, künstlerischen, wissenschaftlichen oder gesellschaftlichen dienen, sofern sie nicht genehmigt werden. Ferner bestimmt Ziffer 17: „Der Druck und öffentliche Verkauf, sowie die sonstige Verbreitung von Flugzetteln und ähnlichen Veröffentlichungen ohne polizeiliche Erlaubnis, wenn sie auch nur teilweise einen militärischen oder politischen Inhalt haben, ist verboten.“ — Der Kommissar sagte weiter aus, er habe auf die Frage, ob die Verbreitung von Flugblättern genehmigt werden würde, erklärt: Darüber hätte der Bürgermeister zu entscheiden, dem der Inhalt des Flugblattes vorgelegt werden müßte. Hinzugefügt hätte er nur, gleichliche Verstöße würden nicht gebudet werden.

Der Bezirksausschuß in Münster wies darauf hin, daß die Klage ab. Er führte aus: Aus der amtlichen Auskunft geht hervor, daß der Beamte den Kläger auf seine Fragen nur über den Rechtszustand unter dem verhängten Belagerungszustand zutreffend belehrt habe. Die Belagerungszustand, die Bekanntmachung des kommandierenden Generals ausdrukt, bedeuten aber keine Beschränkung der Wahlfreiheit. Andererseits habe aber Kläger gar nicht erst den Versuch gemacht, die Genehmigung für eine Versammlung oder für die Verbreitung von Flugblättern nachzusuchen. Somit könne eine Beschränkung oder ein unzulässiger Eingriff in die Wahlfreiheit nicht angenommen werden.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte jetzt das Urteil als zutreffend, indem es die Berufung des Klägers verwarf.

Falsche Diagnose in Invaliditätssachen.

Arztliche Tüchtigkeit ist im Rentenverfahren Grundvoraussetzung. Wohin es kommen kann, wenn der sachverständige Gutachter sich in seinem Urteil grob verreißt, lehrt eine Verhandlung vor dem Potsdamer Oberverwaltungsamt.

Eine Arbeiterin Marie Vaid in Potsdam hatte im Jahre 1915 die Invalidenrente beantragt und sie mit verschiedenen Leiden begründet. Der Sachverständige untersuchte sie und fand nur einen Magenkatarrh und andere Beschwerden, die ihm die Erwerbsbeschränkung nur zu 50 Proz. bewiesen erschienen ließen. Die Versicherungsanstalt verweigerte nach dem Urteil ihres Arztes die Rente, bewilligte aber — eine Bauchbinde. Damit konnte aber die Kranke Frau nichts Rechtes anfangen und schließlich bewies es ihr Tod, daß es mit ihrem Leiden doch nicht so ungefährlich gestanden hatte. Im Leichenbefund wurde auch einwandfrei Leberkrebs festgestellt, und nun bestand kein Zweifel mehr, daß der mit der Bauchbinde behandelte Krebs schon damals vorhanden war, aber unbekannt worden ist. Das Reichsversicherungsamt stellte sich auf den Standpunkt, daß eine Rente nachträglich zu gewähren sei, wenn durch einen Irrtum des Arztes der Krankheitszustand erkannt worden ist. In diesem Falle rechne die Rente vom Tage des Antrages. Der Gerichtsarzt hatte keinen Zweifel, daß der angebliche Magenkatarrh ein Leberkrebs gewesen ist und die Frau daran gestorben ist. Nach seiner Begutachtung bewilligte das Oberverwaltungsamt dem Ehemann der V. als ihren Erben nachträglich die ihr zustehende Rente vom 20. Juni 1915 bis zu ihrem Todestage.

Gerichtszeitung.

Straßenbahnzusammenstoß.

Die zwei folgenschweren Zusammenstöße zwischen Straßenbahnwagen und Omnibus, die sich im Mai d. J. in der Nähe des Anhalter und Potsdamer Bahnhofes ereigneten, und bei denen jedesmal 10 bis 12 Personen erhebliche Verletzungen davontrugen, beschäftigte gestern das Schöffengericht Berlin-Mitte.

Der erste, erheblich schwerere, wurde dem Straßenbahnfahrer Hugo Rumpoldin, der zweite dagegen dem Omnibusfahrer Hermann Mein zur Last gelegt. Gegen sie beide lautete die Anklage auf Transportgefährdung und jahrlängige Körperverletzung. Als am 7. Mai d. J. ein Omnibus der Linie 10 von der Anhalterstraße in die Königgräber Straße einbog, fuhr der vom Angeklagten Rumpoldin geleitete Straßenbahnwagen in voller Fahrt direkt in den Omnibus hinein. Er traf ihn so unglücklich in der Mitte zwischen den Rädern, daß der Omnibus in zwei Teile gespalten und auseinandergerissen wurde, da die Pferde mit dem Vorderteil davonrasten. Infolgedessen stürzten die zahlreichen Fahrgäste heraus und erlitten dabei mehr oder minder schwere Verletzungen, während der Fahrer des Omnibus im Vogen auf den Domus slog und bewußtlos liegen blieb. Er mußte dann in ein Krankenhaus gebracht werden. Nach den Ermittlungen soll die Schuld an diesem Unfall den Straßenbahnfahrer Rumpoldin treffen, der die am Anhalter Bahnhof gelegene Haltestelle in ziemlich hoher Fahrt überfahren, sein Warnungsgeläch mit der Klingel gegeben und nicht rechtzeitig gebremst habe. Er behauptete aber, daß er schon 175 Meter vor der Haltestelle sowohl die magnetische wie die Handbremse angezogen hätte. Jedoch ging das Gutachten der Sachverständigen dahin, daß dies unmöglich gewesen sein konnte. Das Gericht kam daher zu einem Schuldbild, der schuldigste jedoch, daß der Angeklagte ein nervöser Mensch ist, der offenbar in völliger Verwirrung gehandelt und wohl auch in der gegenwärtigen Zeit eine nicht sehr gründliche Ausbildung als Fahrer erhalten habe. Infolgedessen verurteilte es ihn nach dem Antrage des Staatsanwalts nur zu 50 Mark Geldstrafe.

Der zweite Zusammenstoß ereignete sich am 30. Mai in der Potsdamer Straße an der Ecke der Linkstraße. Als hier ein Omnibus der nach der Grobbergschenstraße fahrenden Linie in die Linkstraße einbiegen wollte, fuhr ihm ein von der Potsdamer Brücke herkommender Straßenbahnwagen genau das entgegen. Bei dem Zusammenstoß brach es ab, der Omnibus neigte sich stark zur Seite, so daß die Fahrgäste stark durcheinander geschleudert und dadurch in einer Anzahl von zehn Personen verletzt wurden. Die Schuld an diesem Unfall wurde dem Omnibusfahrer Mein zur Last gelegt, weil er in einem zu kurzen Vogen in die Linkstraße eingebogen sein sollte. Auf Grund des Sachverständigengutachtens kam das Gericht jedoch zu der Ansicht, daß hier eine Häufung von unglücklichen Zufälligkeiten vorlag und erkannte demgemäß auf Freisprechung.

Was ist Drahtlampe.

Der Prozeß zwischen den Firmen Julius Pintsch und Siemens u. Halske über die Bezeichnung „Drahtlampe“ ist am Dienstag vor dem Reichsgericht verhandelt. Dies entschied in Uebereinstimmung mit den Vorinstanzen, daß die Firma Julius Pintsch ihre Lampen nicht Drahtlampen nennen darf.

Die Firma Siemens u. Halske benutzt für ihre elektrischen Glühlampen mittels eines patentierten Verfahrens durch Ziehen des Wolframmetalls hergestellte Fäden. Diese bezeichnet sie als Drahtfäden, die Lampe als Drahtlampe. Die Firma Julius Pintsch verwendet zu ihren Strahlendradlampen mittels eines Geheimverfahrens hergestellte Metallfäden, die aber nicht durch Ziehen hergestellt werden.

Dem Anspruch der Firma Siemens u. Halske ist nun rechtskräftig stattgegeben. Danach ist der Firma Pintsch verboten, ihre Lampen als Drahtlampen zu bezeichnen, auch muß sie zwei für sie eingetragene Waarenzeichen löschen lassen. Zur Begründung des Urteils führte das Reichsgericht an: nach der Feststellung des Kammergerichts werde in den beteiligten Verlebensurteilen unter „Draht“ etwas Besonderes verstanden, nämlich ein durch Ziehen gewonnenes Produkt, das sich durch besondere Zugfestigkeit bewährt hat. Wenn die Firma Julius Pintsch ihr Produkt nicht durch Ziehen gewirrt, so durfte sie es nach den in der Elektrizitätsindustrie vorliegenden besonderen Verhältnissen auch nicht als Draht bezeichnen.

Aus aller Welt.

Aus einem Theaterbericht.

Im „Berl. Lokal-Anzeiger“ lesen wir: Die „Hörter Zeitung“ bringt folgenden ergötzlichen Bericht über eine Vorstellung im Stadttheater: „Gespielt wurde im allgemeinen flott, den Glangpunkt des Stückes aber bildete zweifellos der dritte Akt. Doch die Unruhe im Saale war zeitweise recht störend. Bei dieser Gelegenheit mag daran erinnert werden, daß es heutzutage ein großer Fehler ist, wenn in Abendvorstellungen Kinder anwesend sind. Wurde doch von der Galerie fortwährend den unten stehenden Personen auf die Köpfe geschaut! Auch wurden Äpfel und Pflaumenreste hinuntergeworfen! Kinder und halbwüchsige Jugend gehören abends ins Bett und nicht ins Theater! Dazu sind Raumtischvorstellungen da.“ Das scheint ja ein netter Kunststempel zu sein.

Ein Hamsterlager ausgehoben. Ein Vieclager von nicht weniger als 16 000 Stück wurde von der Gendarmrie in einem Kabinenbau von Augsburg entdeckt. Ein Augsburger Konditor hatte sich dieses Vieclager eingeschafft. Bei der letzten Bestandsaufnahme hatte der Konditor nur 900 Eier angegeben. Infolge dieser Hamsterung war es verhältnismäßig nicht möglich, daß die Verteilungsstelle in Augsburg überhaupt Eier austreiben konnte. Die Gendarmrie hat das gesamte Vieclager beschlagnahmt.

Pilzvergiftung. In Pleschen (Bosien) ist die ganze aus fünf Köpfen bestehende Familie des Arbeiters Djialozzyt nach dem Genuß giftiger Pilze verstorben.

Zugzusammenstoß. Am Mittwoch früh stieß der Fünfsitzerzug aus Jauer auf der Artzungsstation Kohnstorf mit dem Vollenhain-Striegauer Personenzug zusammen. Die Maschinen stürzten beide aus den Gleisen. Besonders stark wurden die Wagen des Personenzuges beschädigt. Zwei Zugbeamte erlitten schwere Verletzungen.

Ein anderes Eisenbahnunglück fand laut „Echo de Paris“ bei Warzeille statt. Zwei Güterzüge stießen zusammen. Zwölf Waggons entgleisten. Das Unglück forderte drei Opfer.

Mit militärischen Ehren bekränzt. Nach einer Neutermeldung aus London sind 22 Mitglieder der Besatzung des am 24. September zerstörten deutschen Luftschiffes mit militärischen Ehren begnadigt worden; sechs Offiziere des Fliegerkorps trugen den Rang des Kommandanten.

Breiterkrankungen in Liverpool. In Liverpool sind fünf pestverdächtige Erkrankungen vorgekommen. Drei Patienten sind gestorben, bei zweien ist die Pest festgestellt worden.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Teillich der Ober vorwiegend heiter, weiter westlich größtenteils bewölkt, ohne erhebliche Niederschläge; in den Tagesstunden liberal mild.

Parteiveranstaltungen.

Wahlverein Schöneberg. Sonntag, den 1. Oktober, Familienausflug nach Schöneberger zum „Alten Freund“. Treffpunkt: Vormittag 10 Uhr am Bahnhof Oberstraße.
Montag, den 2. Oktober, abends 8 1/2 Uhr: Erweiterte Vorstandssitzung bei Reil, Werfberger Str. 4.
Dienstag, den 3. Oktober: Mitgliederversammlung Weinberg Str. 8 im Tunnel. Tagesordnung: Bericht von der Mitgliedsversammlung, Gewinne und Bericht von der Kreisversammlung. Mitgliedsbuch legitimiert. Vollständiges Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.

Jugendveranstaltungen.

Jugend-Bildungsverein Schöneberg. Unser neues Lokal ist ab heute bei Doeber, Schöneberg, Königsberg 42. Sonntag, den 1. Oktober, Fahrt nach Grünau-Müggelberge-Seddinsee. Gesamtkosten 60 Pf. Treffen früh 1/2 7 Uhr Kaiser-Wilhelm-Platz. Mittwoch, den 4. Oktober, abends 8 Uhr: Versammlung im Vereinslokal. Freitag, den 6. Oktober: Gemeinsamer Diskutierabend im Wilmersdorfer Jugendheim, Mannheimer Str. 62. Thema: Militärische Jugendberziehung. Anfang pünktlich 1/2 9 Uhr. Gäste und Freunde bei allen Veranstaltungen willkommen.

Märkische Spiel-Vereinigung. Bezirk Groß-Berlin. Am Sonntag, den 8. Oktober, finden folgende Spiele statt:
 Oberpre-Neußölln. Richte XVII. - Wilmersdorf 1. Noabst-Richte XVI. Belten-Richte III. Wilmersdorf 2. Belten 2. Richte XIII. - Neußölln 2. Spielbeginn 3 1/2 Uhr.

Arbeiter-Samariterbund. Kolonne Groß-Berlin. Lehrstunde haben nächste Woche abends 8 1/2 Uhr:
 1. bis 6. Wkt.: Montag, den 2. Oktober, Adenider Str. 62. Vortrag. Nach dem Vortrage praktische Verbandübungen. Gäste haben einmaltigen freien Zutritt.

Sonntag, den 1. Oktober: Familienausflug nach Hessepöndel. Treffpunkt vormittags 10 Uhr am Bahnhof Friedrichshagen. Gäste sind gern gesehen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten im 3. IV. Hofcafé, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Nachsatz und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementbeziehung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Besorgen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

S. N. 59. Wenn die Unterstützung bei der Krankenkasse abgelaufen ist und die Landesversicherungskasse ein vorübergehendes Heilverfahren ablehnt, so müßten eventuell Sie als Vater für den Unterhalt des Sohnes aufkommen, wenn der Sohn nicht arbeitsfähig ist. Wenn der Sohn aber mindestens 200 Invalidenmarken geleistet hat, so könnte er Antrag auf Invalidenrente beim Versicherungsamt einreichen. — **N. 42.** Sie brauchen nicht zur Rasterei. — **100. M. W. Reim.** — **Frída.** Wenn Sie zum ungeliebten Landsturm gehören, müssen Sie sich melden. — **P. 72.** Dienstverweigerungsfähig für die Infanterie. — **S. 2. 48.** 1. Sie können auf Richtscheidklärung der Ehe klagen. 2. Sie sind in diesem Falle zur Alimentation der Frau nicht verpflichtet. 3. Das läßt sich vorher nicht genau angeben; etwa 100 M. — **N. 78.** Die anderen Beiträge werden jedenfalls auch noch nachgemittelt. Sie sind aus dem Militärlohn noch nicht entlassen und können nachgemittelt werden. — **P. N. C. 112.** Einen Schadensersatz für die vom dem anderen Verein zurückgeschickten Billets können Sie vom Vorsitzenden des Vereins nicht verlangen. Das Vereinsgeld ist von dem Vorsitzenden, wenn der Verein die Rechtsfähigkeit besitzt, d. h. wenn er ein eingetragener Verein ist, durch Klage einzutreiben. — **N. N. 40.** 1. Die Anmeldung bei der Krankenkasse muß für diese Mitglieder erfolgen. 2. Auch Invalidenmarken müssen geleistet werden. 3. Auch bei der Berufsunfähigkeit muß die Anmeldung erfolgen. 4. Es liegt übrigens im eigenen Interesse der Genossenschaftsangehörigen, wenn ihre Versicherung gegen Krankheit und Invalidität besichert wird, da im anderen Falle bei eintretender Krankheit und Invalidität die Genossenschaft haftet. — **M. N. W. 5.** Der Besitzer des Aders ist berechtigt, Anzeige zu erstatten und Ihnen ein Strafmandat zuschicken zu lassen. Sie können gegen das Strafmandat nur Einspruch beim Amtsgericht erheben. Wir glauben aber, daß Sie damit wenig Erfolg haben werden. Das zukünftige Landratsamt für den Ort ist: Landratsamt für den Kreis Teltow, Berlin, Viktorienstraße 17/18. — **M. G. B. Dergleher;** Landsturm 1. Aufgebots. — **Neußölln 1916.** 1. Sie können deswegen ohne weiteres den Lehrvertrag lösen. 2. Reim. — **G. P. 16.** 1. Die Unterstützung kann in diesem Falle entzogen werden, da Bedürftigkeit als nicht vorliegend er-

achtet wird. 2. In den Hamburgischen Landesverein vom Roten Kreuz, Ausschuss für deutsche Kriegsgefangene, Ferdinandstraße 75 in Hamburg. 3. Zwickeln kann man überwintern, wenn man sie trocken und luftig aufbewahrt.

Eingegangene Druckschriften.

Freundschaft und Sexualität. Von Dr. Blaczel. 1,50 M. — **Moralität und Sexualität.** Von Prof. Dr. K. Eulenburg. 3,50 M., geb. 4,50 M. H. Marcus u. E. Bebers Verlag, Bonn. **Chemie im täglichen Leben.** Von Prof. Dr. Lassar-Cohn. Geb. 4,80 M. 2. Bdg. Leipzig. **Die Obnehofen.** Roman von B. Schulte vom Brühl. 1 M. — **Das Handels-U-Boot „Deutschland“** und sein Kapitän V. König. Von Dr. Otto Seddigen. 1 M. Verlag der Biling-Bücher, Leipzig. **Dem deutschen Volke.** Die Wahrung seines Vermögens und seines Gutes durch Selbsthilfe. 31 C. Verlag der Selbsthilfe des Volkes, Frankfurt a. M. **Bulgarien und Mitteleuropa.** Von J. Rammann. 1. R. G. Reimer, Berlin W 10. **Erinnerungen eines Zivilisten 1914-1916.** Verfaßt und herausgegeben von Dr. G. Jaques. 1,50 M. G. Koenig, München 45. **Wenn Sie kriegten!** Von B. Schmidtson. 40 Pf. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart. **Oesterreichischer Arbeiter-Kalender für das Jahr 1917.** Tafelformat. 1 Krone. — **Die Ausprüche der Soldaten und ihrer Hinterbliebenen.** Führer durch die österreichische Gefangenschaft. 40 Heller. J. Brand u. Co., Wien 6. **Ferdinand I., König der Bulgaren, sein Volk und sein Land.** Von V. Ritter von Neuhöfner. 1 M. J. G. Koenig, Leipzig. **Kriegsgefahr und Wiederherstellung.** Von Dr. E. Kuzida. 3 M. K. J. u. L. Hof-Verlagsbuchhandlung, Wien I. **Die wir unter Eisen Kreuz erworben.** Selbstverhältnisse nach persönlichen Berichten bearbeitet von J. Frän. von Dindlage-Lampe. Heft 14-16. Erscheint in 20 Heften zu je 50 Pf. Bong u. Co., Berlin W 57. **Feldbücherei: Alle neuen.** Von G. Freiherr von Dmpteda. — **Herzen in Schwede.** Von Raoul Ruersheimer. — **Geimat und Welt.** Von G. Rätzsch. — **Der arme Lukas.** Von B. Holzamer. Jeder Band 1 M. G. Koenig u. Co., Berlin, Anstr. 16. **Zur Wohnungsfrage.** Drei Druckschriften. Herausgegeben vom Schutzverband für deutschen Grundbesitz. 15 M., geb. 16,50 M. Gut-tammer u. Wählrecht, Berlin W 56.

Gänsestückenfleisch Pfund **3.00**
Junge Hühner .. Pfund **3.10**

A. Jandorf & Co
 Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen-Strasse Kottbuser Damm Wilmersdorfer Strasse

Lebensmittel
 Zusendung ausgeschlossen

Weisskohl	Pfund	7	Pf.
Kohlrüben	Pfund	8	Pf.
Mohrrüben	Pfund	15	Pf.
Märk. Rübchen	Pfund	28	Pf.
Salat	Kopf	10	Pf.
Grüne Gurken	Stück	15,25	Pf.
Kürbis	im Ganzen Pfund	11	im Ausschnitt Pfund
Zwiebeln	2 Pfund	35	Pf.

Sauerkohl	Pf.	20	Pf.
Malzgerste	Pf.	53	Pf.
Bücklinge	Stück	20	Pf.

Kochbirnen	Pfund	40	Pf.
Essbirnen	Pfund	45	Pf.
Tomaten	Pfund	38,60	Pf.
Kochäpfel	Pfund	20	Pf.
Gravensteineräpfel	Pfund	60	Pf.
Weintrauben	Pfund	75	Pf.
Radieschen	3 Bund	10	Pf.

Zink-Waschwannen	9.50 12.75 15.50
mit Wulst	15.50 18.50 22.50
Waschtöpfe	4.95 5.95 7.25 9.25
verzinkt, mit Sieb und Ring	6.75 7.75 8.50 9.50

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederbarnim. Bezirk Pankow.
Nachruf.
 Am 21. September, 4 Uhr, ist unser Mitglied, der Genosse **Gustav Schewe** seinem Lungenscheiden erlegen. Wir werden sein Andenken in Ehren halten. 245/20 Die Bezirksleitung.

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands. Zahlstelle Berlin.
 Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Steinmetz **Gustav Vogel** am Dienstag, den 26. September 1916 gestorben ist. Die Beerdigung findet heute Freitag, den 29. September 1916, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes, Neußölln, Mariendorfer Weg, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Allen Parteigenossen und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere innigstgeliebte Tochter und Schwester **Hildegard** in der Nacht zum Mittwoch infolge Herzlähmung sanft entschlafen ist. Die tiefbetrübten Eltern **G. Neubert und Frau** sowie Brüder **Willy und Erich.** Die Beerdigung findet am Montag, den 2. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Kloster-Kirchhofes, Müller-Edle Seeferstraße, aus statt.

Das Recht während des Krieges
 Preis 40 Pf.
 Ein Buch, das Auskunft gibt über Familienunterstützung, Wöchnerinnenunterstützung, Kaufverträge, Miete, Abzahlungs-geschäfte, Arbeitsver-trag, Familienrecht, Arbeiterversicherung, An-gestelltenversicherung, Zahlungsfristen u. v. a. Fragen, die das Rechts-verhältnis betreffen
Buchhandlung Vorwärts 17 Berlin, Lindenstr. 3

Deutscher Holzarbeiter-Verband
 Verwaltung Berlin.
 Tel.-Amt Moritzplatz 10023, 3578. Bureau: Rungelstraße 30.

Heute Freitag, den 29. September, abends 8 1/2 Uhr: **Sitzung der Ortsverwaltung.**

Branchen-Versammlungen:
Riftenmacher.
 Montag, den 2. Oktober 1916, abends 8 Uhr, in den Andreas-Festhallen, Andreasstr. 21. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlung wegen der 25 % Teuerungszulage.

Korbmacher.
 Dienstag, den 3. Oktober 1916, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause (Saal 1), Engelfufer 15. Tagesordnung: 1. Bericht des Obmanns über die gegenwärtigen Verhältnisse in unserem Beruf. 2. Branchenangelegenheiten.

Klavierarbeiter.
 Montag, den 2. Oktober 1916, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause (Saal 3), Engelfufer 15. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Erlangung einer Teuerungszulage. 2. Bericht der Kommission. 3. Sonstige Branchenangelegenheiten. 91/12 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Mechaniker **Georg Kohl** am 26. September im Lazarett gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Freitag, den 29. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Heiligens-Grabenfriedhof aus nach dem Militär-Friedhof in der Müller-straße statt. Siehe Beileidigung erwartet 123/10 Die Ortsverwaltung.

Zum Sterbetage unseres lieben Bruders und un-bergehligen Sohnes **Artur Bürger** vom Grenadier-Regiment Nr. 12, gefallen am 29. September 1915. Geliebter Bruder und Sohn! Wir können's ja nicht lassen, daß Du nicht kehrt zu uns zurück. Du wolltest doch noch gern die Heimat wiedersehen, Du hastest aber nicht mal in der Garnison das Glück. So schick' denn wohl in fremder Erde, Geliebter Bruder, so jung mußt Du schon von uns gehen, Du bist erlöst von diesem Jammertale. Nun werden wir Dich niemals wiedersehen. Der Abschied war für uns sehr schwer, Der Platz an unserm Tisch bleibt ewig leer. Gewidmet in schmerzlicher Erinnerung von Deinen Brüdern **Fritz und Hans** und Deiner Dich nie vergessenden Mutter **Witwe Wanda Bürger.** Berlin-Rieberschönweide.

Nachruf.
 Zum Todestage meines lieben Mannes, des Wehrmannes **Karl Springer** Grenadier-Regt. 12, 6. Batt., 4. Komp. gefallen im großen Köferringen am 20. September 1915. **Fr. Anna Springer** als Wittin **Hugo Hildebrandt** (s. J. im Fache) nebst Familie. Zu früh hat Dich der Tod ertast, Das Schicksal traf uns schwer; Wenn auch die Zeit die Wunden heilt, Vergessen, ach, nein, nimmermehr.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Friseur **Hermann Kuberl** im 42. Lebensjahre nach kurzen, schweren Leiden sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 2. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in der Seeferstraße aus statt. 181/05 Die trauernden Hinterbliebenen.

Widow and Beischriften
 Jeder Art liefert die Buchhandl. Vorwärts. Bestellungen sowie die Beilagsbeiträge ein entgegen.

Gegründet 1876

 Versand nach allen Plätzen Deutschlands.

Möbelfabrik Rob. Seelisch
 BERLIN O 112, Rigaer Str. 71-73a
 empfiehlt gute preiswerte Möbel noch zu billigen Preisen.
154 Musterräume.
 Lagerräume: 6696 q-Meter groß.
 Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet. Illustrierte Kataloge Nr. 13 gratis und franko!

Der Reichskanzler über die Kriegslage.

Reichstag.

63. Sitzung. Donnerstag, den 28. September 1916, nachmittags 3 1/2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Der Reichskanzler und alle Staatssekretäre.

Haus und Tribünen sind überfüllt. In der Diplomatenloge die Volkshörer und Gesandten von Oesterreich-Ungarn, Türkei, Griechenland und Bulgarien.

Präsident Raemisch eröffnet die Sitzung mit einem kurzen Überblick über die derzeitige Lage.

Der Präsident gedenkt dann des Ablebens der Abg. Dr. Dertel und Dr. Giese, deren Andenken das Haus durch Erheben von den eigenen ehrt. Er schließt mit dem Wunsch, daß Abg. Schulenburg, der verwundet ist, bald genesen möge.

Das Gouvernementsgericht Thorn beantragt die Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abg. geordneten Dr. Lieblnacht wegen Vergehens gegen die §§ 110 und 120 des Strafgesetzbuches. Der Antrag wird der Geschäftsordnungscommission überwiesen.

Die Rede des Reichskanzlers.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt das Wort

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg:

Wenn zwischen Italien und Deutschland auch tatsächlich Kriegszustand herrscht, so war eine förmliche Kriegserklärung nicht erfolgt. Offenbar scheute Italien vor den verhängnisvollen Folgen zurück, die seine wirtschaftlichen Beziehungen zu uns nach dem Krieg erlitten müßten. Auch wünschte man in Rom die Initiative uns zuzuschicken. Wir hatten keinen Anlaß, das Spiel Italiens zu spielen. Daß unsere Taktik richtig war, zeigten die ununterbrochenen Anstrengungen der Entente, Italien zur Kriegserklärung zu bewegen. Ueber ein Jahr lang hielt es stand, aber am Ende haben die Daumenschrauben, die England mit der gleichen Rücksichtslosigkeit wie bei den Neutralen, so bei seinen Verbündeten ansetzt, zu stark gepreßt. Italien ist in seiner Kriegsführung von englischer Koble und englischem Gelde abhängig. So hat es uns schließlich den Krieg erklärt. Englische Zwecke sicherlich waren es, die den Ausschlag gegeben haben, wenn auch die italienischen Volkspannungen mitgewirkt haben mögen. Befanulich wünscht Italien auf dem Balkan Ausdehnung seines Einflusses auf Gebiete, die zur Interessensphäre Oesterreichs gehören. Um nicht ganz ausgeschlossen zu werden, erließen ihm die Teilnahme an der Sarajewo-Expedition erwünscht, und diese wiederum mußte zu erneuten Zusammenstößen zwischen italienischen und deutschen Truppen in Mozodonec führen. So entstand die Kriegserklärung an uns.

Gleichzeitig hat sich Rumänien unseren Gegnern angeschlossen. Unsere Beziehungen zu Rumänien vor dem Kriege beruhten auf einem Bündnisvertrage, der zunächst nur zwischen Rumänien und Oesterreich-Ungarn abgeschlossen, durch den Zutritt Deutschlands und Italiens aber dann erweitert worden war. Die Vertragschließenden verpflichteten sich zu gegenseitiger Waffenhilfe im Falle eines unprovokierten Angriffs von dritter Seite. Als der Krieg ausbrach, war König Carol mit aller Energie für den Anschluß an die Centralmächte. Als eine Verletzung des Bündnisvertrages erschien dem verstorbenen König der Einwand, daß Rumänien von der Oesterreich-ungarischen Demarche (Schritt) in Serbien nicht benachrichtigt und über sie nicht befragt worden sei. Aber in dem entscheidenden Kabinettsrat drang der bejahrte König mit seiner Meinung gegen eine Regierung nicht durch, deren Ministerpräsident von Anfang an über alle Verträge hinweg mit der Entente sympathisierte. Kurze Zeit darauf starb der König an den Folgen der seelischen Erregung, die ihm das Bewußtsein bereitet hatte, daß Rumänien seine Bundesgenossen verraten würde. Die rumänische Politik Bratiana ging darauf aus, sich auf Kosten der im Weltkrieg liegenden Parteien zu bereichern, ohne große eigene Opfer.

Es galt nur rechtzeitig zu erkennen, auf welche Seite sich die Wagschale des Krieges endgültig neigen werde, und den Augenblick des Anschlusses nicht zu verpassen. Schon im ersten Kriegsjahre, vermuthlich nach dem Fall von Venedig, schloß Bratiana hinter dem Rücken seines Souveräns einen Neutralitätsvertrag mit Rußland. Nach dem Fall von Brzemsyl aber schien ihm die Zeit gekommen, sich mit unseren Gegnern über den Judaslohn zu verständigen. Die Verhandlungen schlugen indes fehl. Rußland wünschte seinen eigenen ungeheuren Länderbesitz durch die Bulowina zu vergrößern, auf das Banat hatte aber Serbien sein Auge geworfen, während Rumänien nicht nur die Bulowina, sondern auch die Oesterreich-ungarischen Gebiete bis zur Theiß für sich haben wollte. So kam es nicht zum Abschluß, aber die rumänische Neutralität nahm immer mehr die Form einer einseitigen Begünstigung der Entente an. So bedurfte es unseres sehr energischen Druckes, um die Freigabe des von uns aufgelauften Getreides zu erwirken. Nach dem Durchbruch bei Gorlice wurde Herr Bratiana zweifelhaft, ob er auf das richtige Pferd gesetzt habe. Die Verhandlungen mit der Entente gerieten ins Stocken. Immer bestimmte ja die allgemeine Kriegslage die rumänische Politik. Als dann aber die große russische Offensive dieses Frühjahr kam und dann die Angriffe an der Somme einsetzten, glaubte Herr Bratiana, den Zusammenbruch der Centralmächte vor sich zu sehen. Nun war er entschlossen, sich an dem vermeintlichen Leidenrand zu beteiligen. Auf der anderen Seite hatte die Entente für ihre Verhandlungen mit Bratiana freiere Hand als vorher. Serbien war befreit, seine Annektionswünsche kamen nicht mehr in Betracht. Um so freier konnte man sich Rumänien gegenüber zeigen. Mitte August wurde Herr Bratiana mit unseren Gegnern handelsfertig. Den Zeitpunkt des Anschlusses bebielt er sich vor, er machte ihn von gewissen Voraussetzungen militärischer Art abhängig. Der König hatte uns bis dahin versichert, daß er neutral bleiben werde. Am 5. Februar d. J. hatte der hiesige rumänische Gesandte auf Befehl seines Königs die formelle Erklärung abgegeben, daß der König entschlossen sei, die Neutralität Rumäniens aufrecht zu erhalten, und daß seine Regierung dies auch durchzuführen könne. (Hört! hört!) Gleichzeitig erklärte Herr Bratiana unserem Gesandten, daß er sich dieser Erklärung seines Königs vollkommen anschließe. (Hört! hört!) Wir konnten uns dadurch nicht täuschen lassen. Ueber die Verhandlungen Bratiana im August dieses Jahres waren wir fortlaufend unterrichtet. Beständig haben wir den König auf die geheimen Wankenshaken seines Ministers hingewiesen. Das gleiche haben wir mit den politischen Faktoren Rumäniens getan, die entschlossen gegen den Krieg wirtten. Der König erklärte, er glaube nicht, daß sich sein Minister an die Entente gebunden habe oder binde. Noch sechs Tage vor der Kriegserklärung erklärte der König unserem Gesandten, er wisse, daß die große Majorität Rumäniens den Krieg nicht wolle. (Hört! hört!) Und an demselben Tage versicherte der König einem persönlichen Vertrauten, daß er die Vorbildungsbefehle nicht unterschreiben werde. (Erneutes lebhaftes Hört! hört!) Am 20. August, also am Tage vor der Kriegserklärung, erklärte der König nach dem Oesterreich-ungarischen Vertreter, daß er den Krieg nicht wolle. (Hört! hört!) Als Kuriosum erwähne ich, daß Bratiana am demselben 20. August dem Grafen Czernin versichert hat, er sei entschlossen, die Neutralität Rumäniens aufrechtzuerhalten, der Kronrat am nächsten Tage werde die Wahrheit seiner Worte beweisen. (Hört! hört! und stürmisches Gelächter.) Uebrigens war die Entente

noch am 23. August sich selbst nicht darüber im Klaren, wenn Rumänien den Krieg erklären wolle. Wir wußten das aus zuverlässiger Quelle. Dann haben sich die Ereignisse überfüllt. Nach Nachrichten, die ich für zuverlässig halten möchte, stellte Rußland kürzlich das Ultimatum, es drohte über die ungeschützte rumänische Grenze einzurücken, falls Rumänien nicht bis zum 28. August den Krieg erklärt habe. Ob dieses Ultimatum ein mit Bratiana abgekartetes Spiel war, um den König mit fortzureißen, lasse ich dahingestellt. Herr Briand hat in einer seiner letzten Reden die Schönheit und Höhe des Vorgehens Rumäniens gerühmt. (Gelächter.) Politische Zustände, unter denen denen Minister- und Königsworte nicht mehr gelten, lassen auf die Freiheit, Gerechtigkeit und Zivilisation, für die die Entente kämpfen will, ein etwas fragwürdiges Licht fallen. Von der Einschätzung der allgemeinen Kriegslage hat Rumänien keine Hauptpolitik abhängig gemacht. Nun, es wird sich ebenso militärisch verrechnen, wie es sich gemeinschaftlich mit der Entente politisch bereits verrechnet hat. Man rechnete ja zuvörderst auf den Abfall der Türkei und Bulgariens. Aber die Türkei und Bulgarien sind nicht Rumänien und Italien. (Lebhafter Beifall.) Unverrückbar steht ihre Bundesstreue, sie hat auf den Schlachtfeldern der Dobrudscha glänzende Siege gefeiert. (Beifall.)

Harte Kämpfe toben in Ost und West und Süd. Anfang Juli hat die große Offensive der Engländer und Franzosen an der Somme eingesetzt, jetzt sollte die Front der verhassten Deutschen durchbrochen, Frankreich und Belgien befreit und der Krieg nach Deutschland hineingetragen werden. Wohl haben die Franzosen und Engländer Vorteile erstritten, wohl sind unsere ersten Linien um einige Kilometer zurückgedrückt, auch schwere Verluste an Menschen und Material haben wir zu beklagen, bei einer in so großem gewaltigen Maßstabe angelegten Offensive ist das unvermeidbar. Aber der Durchbruch im großen Stille, die Aufrollung unserer Stellung ist nicht gescheit. (Beifall.) Ungebrochen steht unsere Front da. Ein Ende der Kämpfe an der Somme ist noch nicht abzusehen, sie werden noch manches Opfer kosten — aber durch kommen sie nicht. (Lebhafter Beifall.) Dafür trägt unsere Führung, dafür bürgt die unergiebliche, beispiellose Tapferkeit der Truppen aller deutschen Stämme. (Beifall.)

Auch im Osten tobt der Kampf weiter. Nachdem die große Offensive des Generals Brusilow zum Stehen gebracht war, haben schwere russische Angriffe westlich von Luck, an der Kojarowa und in den Karpaten eingesetzt. Unter blutigen Verlusten für die Russen sind sie zusammengebrochen. Auch hier wird Stand gehalten werden, dann dem untergeklärten Helldemut unserer Heere. (Beifall.)

Seit einem Jahr ist der neue große Balkanplan der Entente gereift, der den Vierbund sprengen, unsere Vereinigung mit dem Orient zerreißt soll, damit dann die vereinten Kräfte gegen Deutschland gerichtet werden können. — Seit fast einem Jahre wird als Vorbereitung dazu ein großes Heer in Saloniki erhalten. Der Verrat Rumäniens schloß die Kette. Und was ist erreicht? Die Lage unserer treuen und tapferen Verbündeten ist unerträglich. Oesterreich-Ungarn steht an der Ostfront zusammen mit uns bis nach Siebenbürgen, türkische Truppen kämpfen in Galizien, bulgarische, deutsche und türkische Truppen haben die Rumänen in der Dobrudscha geschlagen. Im ganzen also: an der Sommerfront einzelne Erfolge der Gegner, die aber die Gesamtlage nicht ändern. Im übrigen erfolgreiche Abwehr aller feindlichen Angriffe und damit Durchkreuzen der feindlichen Absichten. Auf dem Balkan Scheitern der feindlichen Pläne. (Beifall.)

So geht der ungeheure Krieg weiter. Immer neue Völker stürzen sich in das Blutbad. Zu welchem Ende? Die Kriegsziele, die unsere Gegner immer unerbittlicher verfolgen, dulden keine Mäßigung: Eroberungslust und Vernichtungswille! (Zustimmung.) Konstantinopel den Russen, Eilat-Verbringen den Franzosen, das Trentino und Kriest den Italienern und jetzt Siebenbürgen den Rumänen. Für uns war vom ersten Tage an der Krieg nichts anderes als Verteidigung unseres Rechtes auf Leben, Freiheit und Entwicklung. (Beifall.) Darum konnten wir als die ersten und die einzigen unsere Friedensbereitschaft erklären. Ich habe darüber am 9. Dezember d. J. und später wiederholt deutlich gesprochen. Asquith und Lord Robert Cecil schafften meine Worte nicht mit der Behauptung aus der Welt, wir hätten gar keine oder unerträgliche und erniedrigende Friedensbedingungen kundgegeben. Wir haben das Unferigere getan. Die können wir ein Friedensangebot machen, wenn unsere Gegner einen heute zu schließenden Frieden als Erniedrigung, Herausforderung, als eine Schmach gegen das Andenken der Toten bezeichnen, wenn manche den Krieg für utopische Kriegsziele führen. Die Eroberungslust ist es, die die Schuld trägt, daß die Verge der Toten sich täglich ärmern. (Lebhafter Zustimmung.)

Wir wollen Deutschland für alle Zeiten und gegen jeden Angriff schützen. Glaubt Herr Briand, daß die Gedanken, die unsere Gegner vor dem Kriege zusammenführten, französische Revanchepolitik, russische Eroberungslust, englischer Eintreisungs- und Weltbeherrschungsdrang, daß der Vernichtungswille und die Völkerverwundung den Boden für internationale Abmachungen bereiten? Meint Herr Briand, sein ideales Ziel — Schutz der Freiheit der Nationen gegen jeden Angriff — durch einen Vernichtungskrieg erreichen zu können, in welchem die Jugend Frankreichs auf den verwüsteten Schlachtfeldern an der Somme dahinstirbt?

Legitim ist wieder die War aufgewärmt worden, der Kaiser habe durch seinen Einfluß beim Jaren die freisittliche Entwicklung Rußlands gehindert. Diese Behauptung ist unwar, ist das strikte Gegenteil der Wahrheit. (Hört! hört!) Im übrigen: ob Rußland autokratisch oder konstitutionell sein will, ist Rußlands Sache. Ich vertrete nur deutsche Interessen, nur die Achtung vor dem deutschen Recht, vor den deutschen Interessen ist das, was wir im Frieden von den anderen Mächten verlangen, sie mögen unter diesem oder jenem Regime leben.

England hat bisher nicht gesagt, was es von den Kolonien sich zueignen will, aber die Briten lassen keinen Zweifel darüber, daß sie sich ein militärisch wertvolles, wirtschaftlich geschmiedetes, von aller Welt boykottiertes und zu dauerndem Elaktum verurteiltes Deutschland zu Füßen legen wollen. Wenn dann keine deutsche Konkurrenz mehr zu fürchten, wenn Frankreich verblutet ist, wenn alle Kriegsverbündeten England Fronddienste leisten und die europäischen Neutralen jeder schwarzen Liste partieren müssen, dann soll auch ein ohnmächtiges Deutschland den Traum einer englischen Weltbeherrschung nicht mehr führen. Für dieses Ziel kämpft England mit einem in seiner Weisheit unerhörten Aufreißungs, reißt es einen Bruch des Völkerrechts an den anderen. Darum ist England der selbstschädigste, harnäckigste, erbitterteste Feind. Ein Staatsmann, der sich heute, gegen diesen Feind jedes taugliche, den Krieg wirklich abkürzende Mittel zu benutzen, dieser Staatsmann verdiente, hängt zu werden. (Lebhafter, anhaltender Beifall und Gänbeln.) Sie mögen aus meinen Worten den Grad von Unwillen oder von Verachtung erkennen, den mir die immer wieder verbreitete Behauptung erweckt, als ob aus einer unbegreiflichen Schonung, aus veralteter Verständigungsneigung oder gar aus dunklen Gerüchten, die das Licht des Tages scheuen, gegen jeden Feind nicht jedes irgendwie gebrauchsfähige Mittel angewendet würde.

Als wir im August 1914 gegungen wurden, das Schwert zu

ziehen, da loberte brennende, oft beschwiegene Liebe zum Vaterlande in allen Herzen auf, kampfesmutig und siegesbewußt. Heute nach zwei Jahren des Kampfes und Ringens, des Duldens und Sterbens, wissen wir genauer als je zuvor, daß es für uns nur eine Parole gibt: Durchhalten und siegen! Und wir werden siegen. (Lebhaftes Bravo!) Unsere Lebensmittel haben gereicht, die neue gute Ernte stellt alles viel sicherer. Reichlich ist es trotzdem nicht. Ich kenne die Schwächen und Mängel der Organisation und hoffe auf Ihre Verbesserungsvorschläge. Ich teile die tiefe Trauer um die Gefallenen und um die Verstümmelten, ich neige mich vor dem Heldensinn der Frauen und Männer, ohne Unterschied von Rang und Klasse, die die Opfer tragen einzig in der heiligen Liebe zu dem Lande, das all ihr Eigen umschließt, das in Arbeit und Kampf erworben ist. Höher noch und größer ist der Todesmut unserer Söhne und Brüder draußen. Vor ihrem beispiellosen Heldensinn muß unser Leid verstümmen, kein Wort der Klage darf an ihr Ohr dringen können, nur heißer Dank aus der Heimat soll ihr Gefährte im Trommelfeuer sein. (Lebhafter Beifall.)

Bei unserer Kriegsanleihe hat das deutsche Volk Gelegenheit, wiederum zu beweisen, daß es zu allen Opfern fähig ist, und fest an unseren Sieg glaubt. Ich weiß, daß jeder Deutsche, der sein Vaterland liebt, es als seine Ehrenpflicht ansieht, durch die Hergabe aller verfügbaren Mittel das Kommen des Sieges zu beschleunigen. Die Röhre auf einander gebissen, aber die Herzen und die Hände weit auf, so wollen wir hinter unseren Feldgrauen stehen, ein Mann und ein Volk. (Lebhafter Beifall.)

Dieser Kriegsbrand hat uns gezeigt, auf wie festem, unzerstörbarem Fundament unser Haus gebaut worden ist. Was anderes befähigte uns denn, diesen Kampf siegreich zu bestehen als die Liebe zu dem Lande der Väter, als die unverlorene Kraft, die im Urgrund des Volkes lebt, aus dem sie in ewiger Erneuerung emporkommt! Nicht von dem, was uns diese Feuerprobe bestehen läßt, können wir im Frieden vermissen. Innermehlsche Arbeit war stets unser Glück und soll es auch weiter sein. Die gewaltigen Aufgaben auf allen Gebieten des staatlichen und sozialen, des wirtschaftlichen und politischen Lebens bedürfen zu ihrer Lösung aller Kräfte, die in unserem Volke leben. Eine Staatsnotwendigkeit, die sich gegen alle Demmungen durchsetzen wird, ist es, die Kräfte, die da sind, die zu schaffen, zu wirken verlangen, für das Ganze zu nützen. (Bravo.) Freie Bahn für alle Tüchtigen. (Lebhafter Beifall links.) Das ist die Lösung. Die Regierung wird diese Lösung vorurteilsfrei durchführen. Dann wird unser Reich festgelegt, weil jeder Stein und jeder Balken mit trägt und mit trägt, einer gesunden Zukunft entgegengehen. Dann werden die Starben aus allen Ständen gern und freudig teilnehmen an den Werken des Friedens wie jetzt am blutigen Kampf. (Lebhafter Beifall im Hause und auf den Tribünen.)

Abg. Spahn (Z.)

beantragt, die nächste Sitzung zu Donnerstag, den 5. Oktober, festzusetzen und dann mit der Besprechung der Rede des Reichskanzlers zu beginnen.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Angeichts der gefommen politischen Lage hätten meine Freunde den dringenden Wunsch gehabt, sofort im Anschluß an die Rede des Herrn Reichskanzlers in eine Debatte über diese Rede einzutreten. Dieser Wunsch wird jedem begreiflich erscheinen, der weiß, wie groß die Anteilnahme des gesamten Volkes an allen politischen und wirtschaftlichen Fragen zurzeit ist. Nachdem aber eine Reihe Parteien dieses Hauses den Wunsch ausgesprochen haben, daß einige der Fragen, die wir hier erörtern werden, zunächst in der Budgetkommission besprochen werden sollen, in der auch bestimmte Auskünfte gegeben werden sollen über eine ganze Anzahl anderer Fragen, die sehr wichtig erscheinen, hat meine Fraktion einstimmig beschlossen, dem Wunsche der Parteien nicht entgegenzusetzen zu wollen. Wir werden also dafür stimmen, daß die Debatte am Donnerstag kommender Woche einsetzt.

Abg. Ledebour (Soz. Vrbg.):

Wir halten es für notwendig, daß das Haus sofort morgen in die Erörterungen der vom Reichskanzler vorgebrachten Fragen eintritt. Im Volke wird man es nicht verstehen, daß wenn der Deutsche Reichstag nach einer Pause in dieser außerordentlichen Zeit zusammentritt, er sich jetzt nach einer einleitenden Rede des Reichskanzlers wiederum auf längere Zeit vertagt, anstatt sofort in die Beantwortung der vom Reichskanzler dargelegten Ausführungen einzutreten. Sind wir denn etwa in Deutschland minderbefähigt, so große und wichtige Angelegenheiten im Reichstag zu erörtern, als in Ungarn (Sehr gut! bei der Soz. Vrbg.), wo von allen Seiten des Hauses in der ausgiebigsten Weise sofort die wichtigsten Fragen im Meinungsaustausch mit der Regierung erörtert worden sind. Wenn jetzt davon Abstand genommen werden soll, sofort in die Erörterung einzutreten, so kann das nur die Wirkung haben, daß die Politik der Reichsregierung und der maßgebenden Parteien dieses Hauses vom Volke noch ungenügender beurteilt wird, als das sowieso infolge der Ereignisse geschehen ist. Wir halten es für dringend notwendig, daß der Reichstag seine Ansicht kundgibt, denn das ist seine Verpflichtung gegenüber dem Volke. (Zuruf: Laut er auch!) Wenn die Reichsregierung glaubt, jetzt nicht in eine solche Erörterung eintreten zu können, hätte der Reichskanzler seine Rede ja in einer Zeit halten können, in der auch seiner Ueberzeugung nach ein voller Meinungsaustausch im Parlament möglich war. Wenn jetzt allein eine derartige Rede ins Land hinausgeht, die ich natürlich nicht sachlich kritisieren will, so kann dadurch nur der Glaube erweckt werden, das waren Verlegenheitsworte, und man ist nicht in der Lage, jetzt das zu sagen, was notwendig ist. (Sehr richtig! bei der Soz. Vrbg.) Im Auftrage meiner Parteigenossen beantrage ich deshalb, daß der Reichstag sich auf morgen vertagt und die Erörterung der vom Reichskanzler angelegten Fragen auf die Tagesordnung setzt. (Bravo! bei der Soz. Arbeitsgemeinschaft.)

Abg. Baffermann (natl.):

Der Antrag Spahn entspricht nicht einem Wunsche der Regierung, sondern den praktischen Erwägungen und den Beratungen des Vorkommensausschusses. Auch der Hinweis auf den ungarischen Reichstag trifft nicht zu, denn es ist nicht davon die Rede, daß hier eine eingehende Beratung über die auswärtige Politik unterbleiben soll. Es sollen nur eine ganze Anzahl Fragen der auswärtigen Politik zunächst im Ausschuss eingehend besprochen werden, zumal solche darunter sind, die nur in vertraulicher Beratung erledigt werden können. Wir halten es für richtiger, im Besitze des gesamten Materials zu sein, ehe wir im Plenum des Reichstags Stellung nehmen. Ich bin überzeugt, daß unser Volk diese aus praktischen Erwägungen hervorgegangene Behandlung der Dinge durchaus verstehen und billigen wird. (Beifall.)

Zur Unterstützung des Antrags Ledebour erheben sich nur die Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, diese Unterstützung reicht nicht aus, der Antrag Spahn wird hierauf gegen die Stimmen der Arbeitsgemeinschaft angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 5. Oktober, 12 Uhr; Besprechung der heutigen Kanzlerrede. Schluß 4 1/2 Uhr.

Eine Richtigstellung.

In dem Bericht über die Parteikonferenz, der im „Vorwärts“ vom 27. September abgedruckt ist, wird mitgeteilt, Cohen-Meusch habe dort ein Zitat aus einem Artikel verlesen, den ich am 27. November 1914 in der „Neuen Zeit“ veröffentlichte. Das Zitat lautet in der Wiedergabe des Protokolls:

„Bei einem Kriege sehe zwar kein Interesse des Proletariats direkt auf dem Spiel, aber die Bedingungen seiner Entwicklung können doch durch den Sieg der eigenen Regierung gefördert werden. Darum müsse das Proletariat Partei ergreifen und es werde durch den Krieg in die unangenehme Lage gebracht, derselben Regierung die Mittel zur Kriegsführung zu bewilligen, der man im Frieden jeden Mann und jeden Groschen verweigert.“

Ich kann augenblicklich nicht feststellen, in welcher Form Cohen das Zitat vorgelesen hat. Auf jeden Fall habe ich es nicht in der vorliegenden Form abgefaßt. Aus einzelnen von mir vorliegenden Sätzen und Worten, die über drei Seiten verstreut sind, ist im Bericht ein Ragout zusammengelocht worden, für das ich die Autorschaft entschieden ablehnen muß, da es im Gegensatz zu meiner wirklichen Auffassung steht. Im heutigen „Vorwärts“ (28. September) bringt der Berichterstatter eine Verichtigung, die die größte Entstellung nur wiederholt und damit unterstreicht. Da muß ich die wirkliche Richtigstellung schon selbst vornehmen.

Nach dem Zitat möchte man glauben, ich hätte am 27. November 1914 die Pflicht der Kreditbewilligung ausgesprochen. In Wirklichkeit habe ich gerade damals vor der Fraktion entschieden die Ablehnung der Kredite vertreten, während ich am 3. August noch Stimmenthaltung für das Zweidmähigkeit hielt.

In dem Artikel, dem das Zitat entstammt, betitelt die „Internationale und der Krieg“, untersuche ich auch gar nicht die Frage, ob von uns die Kriegskredite zu bewilligen seien, sondern die davon ganz verschiedene Frage, ob internationale Sozialisten in einem Kriege überhaupt Partei ergreifen dürfen und unter welchen Bedingungen diese „nicht immer politisch unerläßliche, aber psychologisch unvermeidliche Parteinahme“ mit der Internationalität vereinbar sei.

Ich suchte das an Beispielen aus der Parteigeschichte seit 1854 zu erläutern. Im Laufe dieser Unterredung äußerte ich die Sätze, die in dem Bericht über das von Cohen vorgelesene Zitat zusammengestellt sind. Ich wies darauf hin, daß die Kriege allerdings von den Regierungen geführt würden.

Aber an der Art des Ausgangs des Krieges ist trotzdem das Proletariat interessiert. Direkt steht dabei wohl kein proletarisches Interesse auf dem Spiel, aber indirekt können die Bedingungen seiner Entwicklung und seines Kampfes durch den Sieg der einen Regierung gefördert, den der anderen geschmälert werden.“

Dieser Satz ist in dem Bericht in der Weise wiedergegeben, daß er nicht statt von dem Sieg der einen Regierung von dem der eigenen reden läßt. Die „Verichtigung“ wiederholt diese Entstellung.

Wie sehr dadurch der Sinn meines Gedankenganges verkehrt wird, geht schon daraus hervor, daß ich in seiner Fortführung die Parteinahme erläuterte, die im Kriege geübt wird, und zeigte, daß die Denkwiese, die sich von vornherein auf die Seite der eigenen Regierung stelle, die des Nationalismus sei.

Für den internationalen Sozialisten liege hier dagegen ein Problem vor, das er zu lösen habe durch „das Abwägen aller für das internationale Proletariat möglichen Konsequenzen des Kriegsausganges“.

Nach dieser Feststellung ging ich zur Erörterung der Schwierigkeiten des Problems über und bezeichnete als eine derselben die „unangenehme Situation“, in die die Sozialdemokratie dadurch versetzt werde, daß sie, sobald sie Partei für einen der kriegsführenden Staaten nehme, damit auf Seite einer Regierung trete.

Ist diese Regierung die eigene, dann heißt es, ihr die Mittel zur Kriegsführung bewilligen, derselben Regierung, der man im Frieden jeden Mann und jeden Groschen verweigert.“

Das ist der zweite meiner Sätze, die in dem Bericht zitiert werden. Er ist dort in direkten Zusammenhang gebracht mit dem entstellten Satz von der Förderung des Sieges der „eigenen“ Regierung, von dem ich drei Seiten trennen. Die Verkehrung meines Gedankenganges wird durch dieses Verfahren auf die Spitze getrieben. Was ich als Schwierigkeit bezeichne, erhält nun den Charakter einer inneren Notwendigkeit; was ich als Konsequenz eines einzelnen unter verschiedenen möglichen Fällen anführe, wird dadurch in eine allgemeine Forderung verwandelt.

Man sieht, welch gräßlicher Wirrwarr mit meinen Worten in dem Bericht angerichtet wurde. Es war nicht einfach, den Nationalismus zu entwirren, aber ich fühle mich verpflichtet, die umständliche Prozedur vorzunehmen, weil sonst die Masse der Parteigenossen den Eindruck erhalten müßte, ich wäre in den ersten Monaten des Krieges dem Internationalismus abtrünnig geworden.

Wie wenig das der Fall war, mögen noch folgende Sätze aus dem zitierten Artikel bezeugen:

„Kein Zweifel, es kann eine Parteinahme im Krieg geben, die mit der Internationalität vereinbar ist. Aber zum Glück gilt das nicht von jeder Parteinahme. Entscheidend sind die Motive, aus denen man Partei ergreift.“

„Wer sich von dem Sage leiten läßt: „Right or wrong, my country“ — mag mein Staat recht oder unrecht haben, ich sehe auf jeden Fall zu ihm — der stellt sich damit sicher außerhalb der Internationale, wenn er jemals darin gestanden haben sollte.“

„Anders steht die Sache, wenn man bei der Parteinahme ausgeht nicht von Interesse des Staates, sondern von dem der Gesamtheit des Proletariats und sich fragt: wessen Sieg bietet für den Fortschritt unserer Sache nicht nur im eigenen Staat, sondern in der Welt bessere Aussichten? Wie immer die Antwort lautet mag, sie wird nie die Grundsätze der Internationalität verletzen, die davon ausgeht, daß die Interessen des Proletariats eines Landes solidarisch sind mit denen des Proletariats der anderen Länder.“

Das ist es, was ich am 27. November 1914 entwidete. Das ist mein Standpunkt auch heute.
28. September. R. Rantsky.

Die Parteipresse zur Reichskonferenz.

„Chemnitzer Volksstimme“.

Eine Belagerung des unheilvollen Widerkampfes, der, je länger der Krieg dauert, die ebendies so staltliche, achtunggebietende deutsche sozialdemokratische Partei desto mehr in ihren Grundfesten erschütterte, haben eine Anzahl Optimisten erhofft, die sich mit schönem, redlichem Eifer seit Monaten für eine Verständigung einsetzten. Wer inmitten des Zwistes stand, mußte sich darüber klar sein, daß eine Aussprache unmöglich zur Beendigung des Streites führen könnte, weil die Differenzen viel zu tief gehen. Wenn Debatten über die Streitfragen, die zur Spaltung der Reichstagsfraktion führten und dann den Kampf in den Organisationen zur Folge hatten, einen Ausgleich ermöglichten, wäre es erst gar nicht zum Kampf gekommen, denn Worte sind in den Sitzungen der Reichstagsfraktion, im

Parteiausschuß und auch in der Presse — trotz aller Hemmungen durch Zensur und Belagerungszustand — genug gewechselt worden... Als ausgeschlossen kann es schon jetzt gelten, daß ein Parteitag die bisherige völlige Geschlossenheit der deutschen Sozialdemokratie aufrechterhalten könnte. Mit den Spartakus-Leuten, der Gruppe „Internationale“, ist eine Verständigung für die Zukunft ausgeschlossen. Aber diese Seite hat auch, trotz des Spektakels, den sie verursachte, zahlenmäßig keine Bedeutung. Sie beherbergt nur einige Zehntelabende in Zeltow-Beesow und wenige andere Bezirke. Dagegen erklärte die neue Fraktion Arbeitsgemeinschaft und ihr Anhang zurzeit, daß sie sich der Entscheidung eines Parteitages unterwerfen würde. Wie weit dabei die Hoffnung wirkt, die Mehrheit des Parteitages gewinnen zu können, kann dahingestellt bleiben. Wir halten uns an das Wort und zweifeln nicht daran, daß mindestens der größte Teil der Opposition im Rahmen der Parteioorganisation verbleiben würde, wenn der Parteitag gegen sie entschiede. Daher mußte die schleunigste Einderung eines Parteitages erwünscht erscheinen, um zu versuchen, die weitere Parteierziehung zu bannen... Geschadet hat die Reichskonferenz auf keinen Fall, auch wenn zur Herbeiführung der alten Einigkeit und Geschlossenheit praktisch nichts getan werden konnte. Eine Minderung in den Meinungsverschiedenheiten konnte nicht herbeigeführt werden. Zwei Richtungen ringen auch in Zukunft um das Übergewicht in der Partei weiter. Die organisatorische Einheit bleibt, soweit voraussehen ist, bewahrt; der Kampf der Meinungen wird aber seinen Fortgang nehmen. Dabei wird es wahrscheinlich leider auch in Zukunft nicht ohne Zusammenstöße abgehen. Mögen die Differenzen so ausgetragen werden, daß dabei die Interessen des Proletariats, die auf dem Spiele stehen, nicht noch eine weitere Schädigung erfahren.“

„Dresdener Volkszeitung“.

Die Wiederherstellung der Fraktionseinheit ist durch die Reichskonferenz nicht erzielt worden. Es bleibt bei der Abspaltung, es bleibt damit auch bei den Schwierigkeiten innerhalb der Organisation im Lande. Vielleicht aber wird die offene und gründliche Ausdrucksache auf der Reichskonferenz wenigstens den einen Ertrag für die Organisationen bringen, daß die Methode der persönlichen Verdächtigungen und Schmähungen ein Ende nimmt und die Achtung vor der Meinung des anderen wiederkehrt.

Wie sich im übrigen das Schicksal der Partei infolge der Fraktionspaltung weiter gestalten wird, das wird in erster Reihe von dem weiteren Verlaufe der Weltverhältnisse abhängen. Wir teilen den Wunsch, mit dem der Vorsitzende, Genosse Ebert, die Reichskonferenz schloß, daß alle Parteigenossen bemüht sein mögen, die Einheit und Geschlossenheit der Partei zu wahren. Denn Einheit und Geschlossenheit sind eine unbedingte Notwendigkeit, wenn die deutsche Arbeiterklasse den großen und schweren Aufgaben gewachsen sein soll, die noch im Kriege und ebenso nach Wiedertreten des Friedens an sie herantreten werden.

„Magdeburger Volksstimme“.

Die Frage, ob die Reichskonferenz der sozialdemokratischen Partei die Spaltung oder Einigung bringe, kann nach dem Ausgang der Verhandlungen auch jetzt noch nicht mit Sicherheit beantwortet werden. Zwar hat der Parteivorstand, Genosse Ebert, am Schluß erklärt, die Unterschiede der Auffassungen wären nicht so groß, als daß die Einigkeit unmöglich wäre. Aber nicht auf die Ansicht des Vorstandes kommt es an, sondern auf die Meinung jenes Teiles der Partei, der die Konferenz überhaupt erst nötig gemacht hatte. Und da ist von besonderer Wichtigkeit zu lesen, daß das Zentralorgan der Parteiminderheit, der Berliner „Vorwärts“, in seinen Schlussbetrachtungen über die Konferenz offen auspricht, die Opposition sei „ein so starker, wohlorganisierter Teil der Partei“, daß der Krieg gegen sie die Abspaltung des besten härtesten Elements der Partei bedeute.

In diesen Worten ist die Unhaltbarkeit der Lage deutlich gekennzeichnet, wie sie sich auch nach der Konferenz gestalten wird. Doch Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind in einer Partei, die ihre Anhänger nach Millionen zählt und deren eingeschriebene Mitglieder sich vor dem Krieg auf über eine Million bezifferten, ist etwas so Ratselhaftes, daß das Gegenteil geradezu ungesund wäre. Meinungsverschiedenheiten und Streit um sie sind gewissermaßen das Lebenselement einer demokratischen Partei. Was aber seit den sechziger Jahren glücklich überwunden war und uns nachgehört nur als etwas Historisches, nicht aber als etwas in der Zukunft Denkbares erschien, ist während des Krieges peinliche Gegenwart geworden: Ein Teil der Partei sondert sich ab, nicht von der Organisation der Gesamtpartei, wohl aber in der Aktion nach außen; nicht aus dem Vereinsleben, wohl aber durch Handlungen im Parlament, in einer Zeit, da die strengste Geschlossenheit so notwendig war wie noch nie zuvor... Wenn wir trotzdem die Hoffnung nicht aufgeben, daß nicht nur in der Organisation, sondern auch im Handeln die Einheit wiederhergestellt werden könne, so trauen wir mehr auf die Wucht der von außen auf uns wirkenden Tatsachen, als auf die Einsicht der im Parteistreit berrannten Kampfsphäre.“

„Frankfurter Volksstimme“.

Es war ein Kampf um das Verständnis der deutschen Arbeiterklasse für vaterländische Dinge — das gab der nunmehr nach dreitägiger Redeschlacht beendeten sozialdemokratischen Reichskonferenz das Gepräge. Und wenn man sich als Mitglied der Parteimehrheit alle Nähe gibt, zeitlich und räumlich Distanz zum Ergebnis zu gewinnen und nicht vornehm und eingenommen zu urteilen — man müßte die Wahrheit beugen, wenn man nicht froh verstanden wolle, daß die große Mehrheit der Arbeiterdelegierten sich auf die Seite der Mehrheit und der vaterländischen Auffassung gestellt hat. Es ist entschieden, soweit es sich jetzt unter dem Kriegszustand überhaupt auf organisatorischem Wege entscheiden läßt: die politisch denkenden und sozialistischen Arbeiter Deutschlands stehen nach wie vor hinter ihrem bedrohten Vaterlande und dem Bestreben, alle übrigen Rücksichten, auch die auf ihre eigene Lage, diesem Hauptzweck unterzuordnen. Das ist das Ergebnis der sozialdemokratischen Reichskonferenz.“

„Leipziger Volkszeitung“.

Was die Reichskonferenz sein sollte nach dem Wunsche des Parteivorstandes und der Fraktionsmehrheit, das lag auf der Hand. Sie sollte als geschmeiendes Strafgericht über die „Parteierzürer“ hereinbrechen, sollte durch die Wucht eines zwar nicht rechtlich, aber doch moralisch verpflichtenden Urteilspruchs einer gemäßigten Mehrheit die „Einheit der Partei“ wiederherstellen, die Einheit auf der Grundlage der Politik des 4. August. Die Konferenz sollte eine Manifestation der überwältigenden Stärke der Anhänger des Parteivorstandes und der Fraktionsmehrheit, der Dummheit der Opposition sein. Aber es ist anders gekommen. Wesentlich anders gekommen. Erhöhen Hauptes und gehobenen Sinnes, erstarkt an Hoffnung und Willen hat die Opposition am Sonnabend den Reichstagsbau verlassen. Hinter ihr lag ein Schlachtfeld, auf dem sie räumlich bestanden, und vor ihr liegt ein Feld offen zu kraftvollem Wirken. Das „keine Häuflein“ der „Quertreiber“ und „Quertreiber“, das die Männer des 4. August erst mit überlegenem Hohn, dann mit Erbitterung und Gewalt niederzuhalten versuchten, hat seine Lebenskraft und seine Werbekraft erwiesen. Die Reichskonferenz, die ihr die moralische Stäupung bringen sollte, ward die Stätte ihres moralischen Triumphes... Wenn wir deshalb ein ganz besonders bedauern, so ist es dies, daß die Parteigenossenschaft Deutschlands nicht Augen- und Ohrenzeuge dieses Kampfes sein konnte, daß ihr nachträglich auch durch die Presse kein getreues Spiegelbild der Verhandlungen gegeben werden kann. Von den während der Tagung veröffentlichten Skizzen der Verhandlungen, die nur das Gerüppe geben, ganz abgesehen — auch der ausführlichere Bericht, der in der Presse noch erscheinen wird, ist ein Torso und muß es bleiben. Nicht nur in dem Sinne, daß wegen der notgedrungenen Kürzung der Reden ihre Wiedergabe den unmittelbaren Eindruck nicht erreichen kann, sondern auch in dem viel schlimmeren Sinne, daß gerade die besten Ausführungen der Redner der Opposition besonders schwer verstümmelt

werden mußten, weil eben das, was sie zur Stütze ihrer Behauptungen anzuführen hatten, unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen nicht öffentlich vorgetragen werden kann... Trotdem hat die Opposition an der Konferenz teilgenommen und sie hat, wie der Erfolg lehrt, recht getan. Eine aufstrebende Richtung, die um ihr Dasein kämpft, die Mehrheit werden will, muß jede Gelegenheit, für ihre Anschauungen zu kämpfen, benutzen, muß sich auf jedem Kampfplatz stellen. Das Ergebnis der Konferenz ist eine Stärkung der Opposition, ein engerer Zusammenhalt ihrer Glieder, eine Fäulung bisher isolierter Körper, eine innere Kräftigung der Opposition und fortschreitende Klärung in der Partei überhaupt. Schwankende sind gefestigt, Unentschiedene der Entscheidung zugeführt worden. Und daß die Opposition bei diesem Klärungsprozeß, dieser Scheidung der Geister nicht ungünstig abgesehen, davon sind wir überzeugt.

Dazu aber kommt der Eindruck des Auftretens der Opposition auf die Rechte und ihre Instanzen. Die Stärke der Vertretung der Linken, die Entschiedenheit und Entschlossenheit ihres Auftretens werden den Parteivorstand und seine Anhänger davon überzeugt haben, daß ein Fortfahren in der herausfordernden Gewaltpolitik, wie sie der Vorstand bisher verschiedene Organisationen und Parteiorgane beliebt hat, nicht gefahrlos ist, daß sie dabei nicht einzelne unbedeutende Personen, deren Trennung von der Partei ihnen annehmbar wäre, gegen sich aufbringen, sondern starke Teile der Partei, deren Abspaltung, die Sprengung der Partei bedeuten würde. Wenn der Parteivorstand diese Lehre der Konferenz beherzigt, so ist die Hoffnung vorhanden, daß der organisatorische Rahmen der Partei erhalten bleiben kann, bis ein Parteitag frei und unbehindert sein Urteil aussprechen kann. Bis zweifelstfrei festgesetzt werden kann, wo die Mehrheit der Partei steht.

Daß die Opposition sich dem Ziele, diese Mehrheit zu werden, nähert, das hat die Konferenz erwiesen und sie wird, so dürfen wir hoffen, den Vormarsch zu diesem Ziel beschleunigen... Erfreulich war der Umstand, daß die Konferenz von einem Streit der verschiedensten Oppositionsrichtungen untereinander verschont blieb. Die Vertreter der Gruppe Internationale haben das Recht ihrer besonderen Stellung und der Kritik der Arbeitsgemeinschaft gewahrt, was wir, da wir das Recht der Kritik niemandem streitig machen, durchaus gerechtfertigt finden. Aber bei aller Schärfe ihrer grundsätzlichen Unterbrechung von der Arbeitsgemeinschaft haben sie den Satz betont: Getrennt marschieren, vereint schlagen! und sich verlegenden Ausfälle gegen die Arbeitsgemeinschaft enthalten. Wir begrüßen das im Interesse des uns und ihnen gemeinsamen Ziels und hoffen, daß auch außerhalb der Konferenz die Taktik, die wir immer bestritten haben, von der Gruppe Internationale angewandt wird. Daß eine nicht jämalt Basis zum gemeinsamen Wirken gegeben ist, beweist der Umstand, daß die Genossen Dunder, die Sprecherin der Gruppe Internationale, bei vielen und wesentlichen Stellen ihrer Ausführungen den starken Beifall der gesamten Opposition fand... Und der moralische Erfolg, den uns die Konferenz gebracht hat, soll uns nicht zur Lässigkeit verführen, sondern soll uns vielmehr anspornen, nun um so kräftiger zu wirken für die Gesundung der Partei. Das heißt zugleich arbeiten für jenes Ziel, das heute im Vordergrund unseres Denkens und Sehens steht, für das Ziel, die Völker Europas von blutiger Rastlosigkeit wieder zu betedender Kulturarbeit zurückzuführen. Daß nicht die Politik des 4. August, sondern die der Opposition die Hindernisse unterminiert, die diesem hohen Ziel entgegenstehen, das hat die Reichskonferenz aufs neue erhärtet, und in der klaren Herausarbeitung dieser Tatsache besteht einer der wesentlichsten moralischen Triumphe, die die Opposition in den drei bewegten Tagen davongetragen hat.“

„Bremer Bürgerzeitung“.

Mit dem üblichen Schlusswort ihres Vorsitzenden, das in ein Hoch auf die Sozialdemokratie bzw. die Internationale ausklang, hat die sozialdemokratische Reichskonferenz am Sonnabendabend ihren Abschluß gefunden. Mit Recht konnte Ebert sagen, daß es — abgesehen von einem Zwischenfall, der fast allgemein scharf gerügt und nur von einigen Rationalisten vom Schlage Deines mit offenerer Freude erlitten wurde — schon weit erregter auf Parteitagungen bezogen sei als auf dieser Konferenz. Wer auch nur den Parteitagungen von Nürnberg und Magdeburg beigewohnt hat, muß dem zustimmen. Nicht, als ob ein hüben und drüben angehamelter starker Stoll sich immer hätte zurückdrängen lassen. Er brach oft genug und zuweilen sehr ungenügend hervor; äußerte sich aber doch fast nur ein einzigesmal als völliger Rangel an Selbstzucht. Es wäre aber falsch, daraus schließen zu wollen, daß die sachlichen Gegensätze zu minimal oder infolge der vorausgehenden Auseinandersetzungen in Presse und Versammlungen schon zu verblüht seien, um größere Erregung hervorzurufen, als sie sich gezeigt hat. Man war sich vielmehr der tiefgehenden Gegensätzlichkeit zu sehr bewußt, als daß man hätte noch hoffen können: man werde sich gegenseitig überzeugen. Einige Redner der Mehrheit, die vorgeben, mit solchen Hoffnungen zur Konferenz gekommen zu sein, mußten denn auch belennen, daß sie ihnen nunmehr geschwunden seien. Dabei können wir des Zweifels nicht Herr werden, daß die Teilnehmer der Konferenz sich beileibe nicht alle der Tiefe und Tragweite des Trennenden bewußt gewesen oder infolge der Reden geworden wären. Im Gegenteil. Wir haben erneut den Eindruck gewonnen, daß noch viel zu sehr verkannt wird, worin denn eigentlich das Trennende besteht, man sieht die Probleme, die es notwendig zu lösen gilt, noch nicht einmal; nichts natürlich deshalb, daß man weit davon entfernt ist, klipp und klar sagen zu können, wie sie zu lösen sind. Die Verhandlungen der Konferenz möchten wir vielmehr ein Hinwegräumen von Hindernissen nennen, die den Weg zur Erkenntnis der wichtigen Aufgaben der Sozialdemokratie in Gegenwart und Zukunft bisher versperrten. Diese Arbeit ist so gründlich geleistet worden, daß für vernünftige, denkende Menschen nur wenig zu tun mehr übrig bleibt. Und darin erblicken wir das bedeutsamste Resultat der Konferenz... An dem, was wir als wichtigstes Resultat der Konferenz ansehen, findet auch seine Korrektur, was Genosse Ebert weiter in seinem Schlusswort sagte, nämlich: er, der den Verhandlungen mit größter Aufmerksamkeit gefolgt sei, könne nicht zu dem Schluß kommen, daß trotz der sachlichen Gegensätze ein gemeinsames Arbeiten in der Partei nicht möglich sei. Es sei möglich, sofern nur der gute Wille dazu vorhanden wäre. Mit vollem Recht hat Genosse Haage die Mehrheit daran erinnert, daß die materialistische Geschichtsauffassung nicht fatalistisch ist; daß sie vielmehr dem menschlichen Willen eine große Bedeutung in der Geschichte beimißt. Man lese nach, was Kauteley in seinem Büchlein: „Der Weg zur Macht“ darüber geschrieben hat. Gerade weil wir die Kraft des menschlichen Willens weder über- noch unterschätzen, halten wir es für falsch, vom sogenannten „guten Willen“ etwas zu erwarten, was er nicht leisten kann... Diese Wahrheit besteht aber darin, daß die Verhandlungen der Konferenz uns klar und unerträglich vor ein Entweder-Oder gestellt haben. Entweder wir treiben die Politik des 4. August und gelangen dahin, wo die Stolz, Denzsch, Quessel, Peus, Heine, Schippel, Legien, Haensch bereits stehen, oder wir belämpfen sie mit der größten Hartnäckigkeit und Unerbittlichkeit, selbst auf die Gefahr hin (die in unseren Augen wirklich nicht die größte Gefahr ist), nicht mit ihnen, sondern nur noch mit den Gruppen von der äußersten Linken in der Partei „gemeinsam arbeiten“ zu können... Wir müßten uns sehr irren, wenn die besten Köpfe der Mehrheit nicht erkannt haben sollten, was Ebert im Schlusswort natürlich nicht sagte, was aber wirklich auf der Konferenz mit unverfälschter Deutlichkeit sich gezeigt hat: Die Opposition marschiert. Die früher dreist über das Häuflein von Quertreibern spotteten, sind verstummt; die jetzt noch nicht mehr sehen wollen oder können, sind Ignoranten oder Kurzsichtige. Die Opposition ist stark, und die Konferenz hat nicht nur deutlicher (als es sonst in Erscheinung trat) erkennen lassen, wie stark sie ist, sie hat sie zu ihrem Teile auch bedeutend gestärkt... Die Opposition kann zufriedener auf die Konferenz zurück-

bliden, als sie sie beschickt hat. Keine bessere Gelegenheit konnte ihr geboten werden, als diese, ihre Anhänger zu zählen, und kein besserer Anlaß konnte ihr gegeben werden, ihre Kräfte zu mehren und fester zusammenzuschließen. Schluß mit dem Kleinlichen und Nebenfächlichen, das Grundfächliche im Kampfe herausgehoben, zeitgemäß vertieft und erweitert und die Zukunft wird ihr gehören."

"Frankische Tagespost".

Der Verlauf der Reichskonferenz war weit weniger schlecht, als man gefürchtet hatte, er war weit besser, als man es gehofft hatte. Freilich, er war nicht gut, nicht befriedigend, aber er war ebenso wenig so schlecht, wie man es befürchtet hatte. Natürlich ist die Partei aus der Reichskonferenz nicht als eine Einheit und Geschlossenheit hervorgegangen. Aber der Zusammenhang der Partei ist nicht gelodert worden. . . .

Es ist niemand auf der Konferenz niedergezungen worden, es konnte keine der großen Richtungen in der Partei niedergezungen werden, weil nicht die eine, die die Mehrheit der Konferenz zum Ausdruck brachte, von übertragender Stärke und weil nicht die andere, die als Minderheit aufzutreten mußte, von unerheblicher Schwäche war. Die Minderheit, gewiß nicht in sich einig, war stärker, als man es vermutete. Daß die Mehrheit aber auch nicht einem geschlosseneren Kräfte gleich, weiß jeder Parteigenosse und ist durch mancherlei Erklärungen festgestellt worden. Wenn aber die einen die anderen nicht niederringen können, wenn die deutsche Sozialdemokratie nicht bestehen kann aus einem Teil der Reichskonferenz, sondern nur aus dem Ganzen, dann ist eben das wichtigste Ergebnis, daß sie zusammenhalten müssen, daß sie zusammenwirken müssen, daß sie sich gegenseitig dulden und ertragen müssen, bis das, was sie trennt, der Vergangenheit angehört und bis das, was einigt, von allen als ausschlaggebend betrachtet werden muß. . . .

Eine Partei, die Millionen zählt, kann in einer Zeit tiefer Zerissenheit der Geister und Gemüter nicht zu einer Einheit gezwungen werden. Alle möglichen Temperamente, Stimmungen, Charaktere, Lebensauffassungen finden sich in unserer Partei, das ist so natürlich, daß wir erkaufen sein müssen, wenn es anders wäre. Es war aber nie anders. Gleich nach der Einigung der Partei gab es 1878 auf dem Parteitag einen die höchste Aufregung verursachenden Konflikt zwischen Frohme und Bebel. Unvergessen sind die Differenzen zwischen Bebel und Grillenberger, zwischen Auer und Reibnecht, zwischen Schönlan und Schippel, zwischen Kautsky und Bernstein. Hundert bekannte Namen, die in der Parteigeschichte vereint sind, könnten wir nennen, die durch ihre streitbare Haltung die Partei aufs Tiefste erregt haben. In dem Sinne, wie manche es wünschen, daß nur eine Meinung herrsche, war die Partei niemals über einen Stamm geschlossen. Freilich, nach außen war sie immer einig, aber man vermesse nun auch nicht, daß die Wucht dieses Krieges mit keiner Frage verglichen werden kann, die früher Verschiedenheit der Meinungen in der Partei hervorgerufen hat. Man darf nur Gewaltiges mit Gewaltigem vergleichen, und dieser Krieg ist das Gewaltigste, was wir erlebt haben und was die Sozialdemokratie aller Länder erlebt hat, seitdem es eine Sozialdemokratie gibt. Gerade deshalb verlangen alle Vergleiche und alle Beziehungen mit früheren Perioden der Parteigeschichte, gerade darum sollten wir duldsam sein und nach der Reichskonferenz gutmachen, was so viele vor ihr gesündigt hatten. Vergessen wir auch nicht, daß das Gewesene uns immer in hellerem Licht erscheint, als die Leiden, die wir selbst ertragen müssen. . . .

Am Parteivorstand und Parlamentariern, aber nicht minder an der Parteipresse und an den Organisationen, aber auch an jedem einzelnen Parteigenossen und an jeder einzelnen Parteigenossin liegt es, daß aus der Berliner Reichskonferenz Segen und Kraft, Hoffnungsfreudigkeit und Selbstbewußtsein in der ganzen Partei ihre Wiederaufsteigerung finde."

"Karlshofener Volksfreund".

Die Einheit der Partei ist, so wie die Dinge sich infolge des Krieges entwickelt haben, ein Phantom. Die Gegensätze sind zu groß, als daß sie noch überbrückt werden könnten. Darüber kann es nach den Verhandlungen der Reichskonferenz gar keinen Zweifel mehr geben. Eine Parteieinheit, die nur künstlich zusammengehalten werden kann und die eine staatspolitische Politik der Sozialdemokratie unmöglich macht, ist ein Umding. Es hat gar keinen Sinn, sich über die Feststellung der Tatsache, daß eine Spaltung der Sozialdemokratie zur politischen und geschichtlichen Notwendigkeit geworden ist, zu entrüsten. Es gibt weder bei der Mehrheit noch bei der Minderheit auch nur einen ehrlichen Menschen, der die Parteispaltung wünscht. Unsere Wünsche sind aber für die von der Sozialdemokratie zu treffenden Entscheidung nicht maßgebend, sondern die durch die innere Entwicklung der Partei hervorgerufenen objektiven Tatsachen. Der Streit um die Bewilligung der Kriegskredite bildet nur die Fortsetzung der Kämpfe, die seit Jahrzehnten in der sozialdemokratischen Partei ausgefochten werden. Es ist das letzte Stadium in der Entwicklung der Sozialdemokratie von der politischen Seite zur politischen Partei. Daß es innerhalb der Mehrheit noch Leute gibt, die für diese Tatsache kein Verständnis haben, kann und darf für die Mehrheit kein Grund sein, der notwendig gewordenen Entscheidung noch länger auszuweichen. Es ist die denkbar schlechteste Taktik, dem sogenannten "Sumpf", d. h. jenen Parteigenossen, die weder auf dem Boden der Mehrheit noch auf dem der Minderheit stehen, die Entscheidung über die politische Zukunft der Partei und des deutschen Volkes zu überlassen. Wenn die Partei die Krise glücklich überwinden und nicht in Trümmer zerfallen will, dann muß die Mehrheit sich dazu entschließen — ehe es für sie zu spät ist — eine klare Entscheidung über ihre künftige Stellung zum Staat zu treffen.

Im Ernst kann doch kein vernünftiger Mensch damit rechnen, daß die Männer, die auf dem Boden der Politik des 4. August stehen, müßig in der Regel das Budget ablehnen, daß sie den Fragen des Heeres, Marine, Kolonial-, Wirtschafts- u. s. w. Politik dieselbe Haltung einnehmen, welche die Sozialdemokratie vor dem 4. August 1914 eingenommen hat. Diese politische Reorientierung der Sozialdemokratie kann aber nicht bis nach dem Kriege verschoben werden, denn sie ist die unentbehrliche Voraussetzung für eine Neugestaltung der politischen Verhältnisse im Reich wie in den Einzelstaaten. . . .

Die Reichskonferenz ist an diesem Kernpunkt des ganzen Problems vorbeigegangen. Immerhin hatte sie das Ergebnis, daß für die Politik des 4. August eine sichere und starke Mehrheit vorhanden ist. Ein Ausweichen vor den Konsequenzen der Politik des 4. August gibt es nicht. Hier heißt es einfach: Vorwärts oder zurück."

"Braunschwäger Volksfreund".

Die Reichskonferenz ist ausgelassen, wie wir es erwarteten haben. Sie ergab eine Aussprache ohne Einigung über die strittigen Fragen. So viel aber hat die Reichskonferenz der "Mehrheit" beigegeben, daß der Hinauswurf der "Minderheit", wie es einige mehr komisch zu nehmende Ueberphantasten der "Mehrheit" schon lange forderten, von einer geradezu katastrophalen Wirkung für die Gesamtpartei werden würde. . . .

Diese "Mehrheit" hatte es auf der Konferenz sehr eilig mit ihrem Ueberfall auf die "Minderheit". Denn die Resolution David war nichts anderes als ein Ueberfall. Wir haben allerdings nichts anderes erwartet. Ein Sieg der "Mehrheit" aber ist die Annahme der Resolution wahrhaftig nicht. Schon das einfache Taktgefühl hätte verhindern müssen, daß der Konferenz, der doch keinerlei Rechte eines Parteitagess zuzustehen, Entscheidungen über die so wichtigen strittigen Fragen in der Partei unterbreitet wurden. Die Davidische Resolution aber enthält geradezu Erklärungen, über die heute weder David noch sonst ein Fraktionsmitglied der "Mehrheit" imstande ist, ein abschließendes Urteil abzugeben zu können. Will David etwa behaupten, daß ihm das ganze Material über den Kriegseinsatz und über die Kriegsvorfälle bekannt ist? Gebrauchtes sind sollte doch das Feuer scheuen. Wir denken an 70/71.

Die "Minderheit" war daher völlig im Recht, wenn sie der Reichskonferenz das Recht abspricht, Abstimmungen über so wichtige sachliche Fragen vornehmen zu können, die zumal nicht einmal gefällig sind und deren Klärung vollständig außerhalb des Machtbereiches der Konferenzteilnehmer liegt. . . .

Zu einer Spaltung der Partei hat die Konferenz nicht geführt, wie mancher erwartet haben mag; und das ist gut so. Was wir schon vorher gesagt haben, ist eingetroffen: Die Konferenz war zwecklos. Sie konnte keine Klärung schaffen, die erst möglich ist, wenn die Genossen aus dem Felde zurückgeführt und die Hindernisse beseitigt sind, die der freien Aussprache vor aller Offenheit entgegenstehen."

"Bergische Arbeiterstimme" (Solingen).

Die Parteieinheit wird erhalten bleiben! Das ist das wichtigste Ergebnis der Reichskonferenz. Wöher Wille, sie zu zerstören, war nicht vorhanden, wenigstens wagte er sich nicht hervor. Die Schlussklärung der Gruppe Internationale wandte sich zwar mit äußerster Schärfe gegen die Mehrheitsführer und enthielt das Bekenntnis, daß deren Haltung unbereitbar sei mit dem Grundcharakter der sozialdemokratischen Partei, aber das ist nicht allein die Auffassung dieser Gruppe, sondern eine Meinung, die bis zur Mitte der Partei reicht. Verleisterungsversuche hätten auf der Konferenz kaum Gegenliebe gefunden, von der ganzen Linken wären sie abgewiesen worden. Die außerordentlich scharf zugespielten Auseinandersetzungen haben unserer Meinung nach das geistige Ergebnis gehabt, daß die Minderheit künftig die Führung der Partei haben wird. Die Mehrheit muß die Zügel schleifen lassen, sie wird keine Klasse mehr in die Welt setzen dürfen, in denen die Minderheit als Kraftelement und Parteiverderber bezeichnet wird. . . .

Es gab auch häßliche Vorgänge, die wir mit kurzen Worten streifen wollen, bevor wir den sachlichen Verlauf der Reichskonferenz würdigen. Erwähnt sei ein tätzlicher Angriff des Genossen Timm (München) auf den Genossen Stadthagen, der die allerschärfste Mißbilligung der Konferenz erfuhr. Genosse Ober als Referent hatte einen Familienbrief, einen Verhafteten in Barmen betreffend, verlesen, dem eine fürchterliche Bestrafung droht. Ober wollte damit die Warnungen des Vorstandes gegenüber gewissen Handlungen rechtfertigen. Er zog daraus Folgerungen, die nicht den Auffassungen der Minderheit entsprachen, worauf der den Verhandlungen sehr aufmerksam folgende Stadthagen lächelte. Genosse Heine machte Bemerkungen gegen die Linke, woraus Timm schloß, daß Stadthagen über das Unglück des Barmer Genossen gelächelt habe, worauf er seinen tätzlichen Angriff auf Stadthagen unternahm. Timm entschuldigte sich vor der Konferenz, während Heine erklärte, er bedauere, daß ihm der Ausdruck "Lumpen" entfallen sei. Auf das stürmische Verlangen, seine Worte zurückzunehmen, erwiderte Heine: "Ich habe meinen Worten nichts hinzuzufügen." Mit einer scharfen Verurteilung durch den Vorstand lieh man Heine laufen. Zu den Fanatikern, die unerträglich sind und doch ertragen werden müssen, gehört eben auch dieser. . . .

Die Auffassung der Minderheit hat gewaltige Fortschritte gemacht. In allen Ländern ringt sich der Gedanke des Sozialismus durch. Die nationalpolitische Hochflut mag die sozialistischen Gewissen vorübergehend betäubt haben. Man hat auch auf der Reichskonferenz versucht, diejenigen lächerlich zu machen, die im Laufe des Krieges sich innerlich wiedergefunden haben. Der Spott darüber mag manchen Genossen, der heute noch äußerlich zur Mehrheit zählt, bei der Mehrheit festhalten, aber er wird sich nach dem Kriege zu uns gesellen. Je länger der Krieg dauert, desto größer wird diese Zahl werden."

Aus der Partei.

Konferenz der österreichischen Sozialdemokratie.

Die Parteibertretung und der Abgeordnetenklub der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich haben sich am 15. d. M. zu gemeinsamer Beratung versammelt, um die Berichte über die zur Durchführung der Beschlüsse der vorigen Reichskonferenz unternommenen Schritte entgegenzunehmen und zur gegenwärtigen Lage Beschluß zu fassen.

Der Parteivorstand erstattete Bericht über den augenblicklichen Stand und die voraussichtliche Befestigung der Volksernährung, über die Rechtsstellung und das Arbeitsverhältnis der in der Kriegsindustrie beschäftigten Arbeiter, über die Handhabung der Vorschriften über den Unterhaltbeitrag, über die Lage der Berg- und Hüttenarbeiter, der Eisenbahner u. s. w. An den Bericht schloß sich eine umfangreiche Debatte, in der die Ernährungsfrage und damit im Zusammenhang die Friedensaussichten den breitesten Raum einnahmen.

Leider geben die Berichte der österreichischen Parteipresse nur ein sehr unvollständiges Bild von dieser Debatte und den auf der Konferenz angenommenen Beschlüssen. Ueber die Ernährungsfrage wurde folgende Resolution angenommen:

Die ernsteste Verantwortung ist der Regierung durch die unbefriedigende Gestaltung der Volksernährung auferlegt. Sie trägt sie allein, sie hat Wert darauf gelegt, sie allein zu tragen. Auch im Ernährungswesen offenbaren sich die alten schweren Fehler der Organisation, unter denen wir seit jeher leiden. . . .

Um diese Uebel nur halbwegs zu überwinden, wird neuerdings die Errichtung eines Ministeriums für Volksernährung mit außerordentlichen Gewalt befördert, das die Produktion in die Richtung des dringendsten Bedarfs (Brot, Milch, Fett) lenkt, die Verteilung der Vorräte auf Zeit und Ort rechtzeitig bewerkstelligt, den Rekrutenausfall der Vermögenden eindämmt und die Gleichheit der Opfer wie des Gebrauches für die Volksgemeinschaft verwirklicht. Noch immer ist der Krieg für Erzeuger und Händler ein Anlaß zu Uebergewinnen, noch immer lebt ein Volksteil verhältnismäßig reichlich, während die Massen in Stadt und Land, die die schwere Kriegslast leisten, sich auf dürrigste ernähren. Die Aufgaben, die der Kriegswirtschaft gestellt sind, sind auch nicht annähernd erfüllt."

Eine weitere Resolution beauftragt den Parteivorstand, mit der Gewerkschaftskommission in Verbindung zu treten und gemeinsam mit ihr Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in der Kriegsindustrie zu fordern.

Konferenz der italienischen Sozialdemokratie.

Die parlamentarische Gruppe der italienischen Sozialdemokratie hielt am 17. u. 18. Sept. zu Bologna eine außerordentliche Sitzung ab, die der Beratung über die durch die letzten wichtigen Ereignisse geschaffenen Lage gewidmet war. Außer zahlreichen Abgeordneten der parlamentarischen Gruppe waren auch der italienische Parteivorstand und der "Avanti" auf dieser Konferenz durch mehrere Delegierte vertreten. Der erste Tag war ganz den Verhandlungen über die Fragen der äußeren und inneren Politik gewidmet. Am folgenden Tage nahm die Konferenz weiter Stellung zu den Problemen der wirtschaftlichen Politik zu der Zusammenkunft der sozialistischen Parteien der Entente-länder, zur Eisenbahnerfrage und der Befreiungsaktion zugunsten Carlo Treves. Die Berichte, die der "Avanti" über die Konferenz bringt, sind leider sehr unvollständig; bei der äußerst gespannten politischen Situation hat der Jenor diesmal besonders rücksichtslos in den Spalten des Parteiorgans gehaucht. Am meisten gelitten haben hierbei die Resolutionen, die nur in äußerst verstümmelter Fassung gebracht werden konnten. Im ganzen wurden vier Tagesordnungen eingebracht und angenommen; eine von Casalini, zwei von Treves über die internationale Frage und die Frage der inneren Politik und endlich eine Resolution von Mazzoni über die italienische Wirtschaftspolitik. Der erste Teil der Resolution Treves ist von der

Jensur gänzlich unterdrückt worden, der zweite lautet folgendermaßen:

Die parlamentarische Gruppe der italienischen Sozialdemokratie und der Parteivorstand setzen der bürgerlich-individualistischen Anschauung die sozialistische Auffassung von der Solidarität und dem Zusammenwirken auf Grund internationaler Freiheit in den ökonomischen und sozialen Beziehungen entgegen, auf denen die Freiheit der Staaten beruht, wie sie stets die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der menschlichen Gruppierungen auf Grund der natürlichen Volks-gemeinschaften verkünden wird, wobei durch freie Volksabstimmungen bei garantierter Neutralität die Punkte der Uebereinstimmung ebenso wie die äußersten Gegensätze zum Ausdruck gelangen müssen. Sie wird auch fernerhin stets das notwendige Zusammenwirken dieser Gruppen in Föderationen verlangen, die immer umfassender werden und den Krieg aus ihrer Mitte immer mehr austilgen werden, indem sie die Volksgemeinschaften verschiedenen Stammes, die auf demselben Boden zusammenleben, mit Hilfe fester Systeme der inneren Freiheit in brüderlicher Gemeinsamkeit vereinen und den Widerheiten die Möglichkeit geben werden zur wirksamen Verteidigung ihrer Sprache, ihrer Sitten, ihrer Religion u. s. w. an die Gesamtheit der Föderation, an der sie teilnehmen, gegen die übertriebenen unformierenden Tendenzen der vorherrschenden Bevölkerungsschichten zu appellieren.

Die Partei beschließt, im Lande wie im Parlament die Propaganda dieser Prinzipien zu organisieren und dauernd lebendig zu erhalten, sowie an ihrer Hand die Zeitereignisse und den Krieg kritisch zu beleuchten; sie appelliert dabei an alle sozialistischen Parteien, die auf dem Boden des Klassenstandpunktes verblieben sind, und fordert sie auf, die proletarischen Klassen Europas im gleichen Sinne über die Gemeinsamkeit ihrer Interessen gegenüber den sich widerstrebenden und kriegerischen Interessen der herrschenden Klassen aufzuklären.

Nach dieser Tagesordnung brachte Treves noch eine weitere über die innere Politik ein, die folgendermaßen lautet:

Die parlamentarische Gruppe der italienischen Sozialisten und der Parteivorstand weisen, da sie aus Mitteilungen und Berichten von Parteigenossen von der schwankenden Politik der Regierung Kenntnis erhalten haben, deren Haltung von Ort zu Ort, je nach dem Einfluß der Miquen, wechselt, die die lokalen Behörden beherrschen, auf die außerordentliche Langsamkeit hin, mit der die Regierung eine gerechte und billige Lösung der Frage der Internierten betreibt und protestieren gegen die andauernden Verfolgungen, denen die sozialistischen Kommunalverwaltungen ausgesetzt sind, die unter den phantastischen Gesetzesauslegungen leiden müssen, und den hysterischen Krämpfen der Jenur ausgeliefert sind, deren Aufhebung die Partei noch einmal dringend fordert.

Endlich wurde noch folgende Resolution über die italienische Wirtschaftspolitik angenommen:

Die Gruppe der italienischen Sozialisten und der Parteivorstand weisen in Erwägung, daß die Nachsicht gegen die Gültigkeit, die die Ueberdölig unbebaut lassen oder vernachlässigen, ein wahrhaftes Attentat gegen die Interessen der Arbeiterklassen und die allgemeinen Interessen des Landes darstellt, und bezugnehmend auf die schon formulierten Beschlüsse der maßgebenden technischen Organisationen auf die verwerfliche Gleichgültigkeit hin, die die Staatsautorität gegenüber den dringenden Fragen der Landwirtschaft an den Tag legt; eine Gleichgültigkeit, die den schärfsten Kontrast zu der energischen und unmissigen Aktion der anderen kriegsführenden Staaten bildet und fordern die Regierung auf, schnelle und durchgreifende Maßnahmen gegen das Brahliegen der Ländereien, womöglich bis zur Beschlagnahme des Bodens, zu ergreifen.

Stadtverordnetenversammlung.

20. Sitzung vom Donnerstag, den 28. September 1914.

Karlshofener Mischeit eröffnete die Sitzung. Stadtv. Krüger (Linke) hat das Mandat niedergelegt. Vor Eintritt in die Tagesordnung findet unter Vorsitz des Oberbürgermeisters eine gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten statt zur Vor-nahme der Wahl von acht Mitgliedern und acht Stellvertretern für den Steuerzuschuß der Gewerbesteuerklasse I des Veranlagungsbezirks Berlin für die Jahre 1917—1919.

Mit den Borentwürfen zum Neubau von Gemeinde-doppelschulen in der Christiania- und Grollstraße hat sich der eingesezte Ausschuss einverstanden erklärt, doch soll vor der Ausführung des Projekts Christianiastraße der Schulbau Grünthaler Str. 41 in die Wege geleitet und mit allen Kräften gefördert werden. In beiden Neubauten, sowie bei allen folgenden Schulbauten soll elektrische Beleuchtung vorgesehen werden. Ohne Diskussion beschließt die Versammlung nach den Ausschusshandlungen.

Kur- und Verpflegungskosten in den städtischen Krankenhäusern.

sollen vom 1. Oktober d. J. ab um 1 M. auf 4 bzw. 4,50 M. pro Tag erhöht werden.

Stadtv. Wehl (Soz.): Der Magistratsantrag, den wir heute beraten soll schon am 1. Oktober in Kraft treten. Gegen eine solche Ueberhöhung lege ich entschieden Protest ein. Aufs Schiedenssteige lege ich ferner Verwahrung dagegen ein, daß eine so antisoziale Vorlage gerade gegenwärtig an uns kommt. Unter den heutigen Verhältnissen sollten wir doch alle einig sein in der Vermeidung neuer Lasten für die breiten Massen der Bevölkerung. Der Magistrat hat es ja freilich auch fertig bekommen, das verschlechterte Gas dem Publikum erträglich zu verteuern; die Erzeugung darüber ist eine sehr lebhaft. Antisozial ist die heutige Vorlage, weil sie eine Versteuerung der Armen, der Kranken darstellt. Der Magistrat muß doch wissen, daß durch die unzulängliche Lebens-mittelversorgung eine Unernährung Platz gegriffen hat, die die Reigung zu Erkrankungen steigert. Die Vorlage muß in ihrer Wirkung die Gesundheitspflege aufs Äußerste erschweren. Jede Versteuerung der Krankenhauspflge bedeutet eine Gefährdung der öffentlichen Gesundheitspflege. Mit einer vernünftigen Krankenpflege ist eine solche Maßnahme unvereinbar. Was nützen der Bevölkerung die besten Krankenhäuser, wenn ihre Inanspruchnahme teurer wird? Der Stadtmedizinalrat wird doch dem Magistrat auseinandergesetzt haben, daß infolge der Versteuerung eine große Anzahl Kranker, besonders Schwerkranker, ein Krankenhaus nicht mehr auffuchen kann. Grundtätlich setzen wir auf dem Standpunkt der Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung. Die Krankenhäuser dienen öffentlichen Interessen, davon ist aber in der Vorlage nicht die Rede, die ist lediglich von sozialistischen Gesichtspunkten diktiert, sie stellt die Krankenhäuser in eine Linie mit städtischen Erwerbsanstalten. Der Kämmerer erklärt, es werden nicht einmal die Selbstkosten gedeckt. Das stimmt, aber daß ein solcher Gesichtspunkt überhaupt in den Vordergrund gestellt werden kann, ist ja eben das Antisoziale. Hier darf der Grundsatz von Leistung und Gegenleistung nicht maßgebend sein. Die Krankenhäuser sind Einrichtungen zum Wohle der Gesamtheit; die Allgemeinheit, die Gesellschaft hat das allerlebhafteste Interesse, daß die Kranken möglichst schnell wieder leistungsfähig, konsum- und steuerkräftig werden. Die Krankheitsleime, die aus den Häuten der Armen aufsteigen, machen schließlich auch vor den Palästen der Reichen nicht Halt. Die Krankenhäuser sind auch Stätten der medizinischen Forschung, ebenfalls im Interesse der Allgemeinheit. Wenn ein wirklicher Burgfriede jetzt herrschte, so würde ihn der Kämmerer mit plumper Hand niedergewerfen haben. Die "Selbstzahler", die fast ausschließlich dem Mittelstand angehören, den die Herren sonst, namentlich in Wahlzeiten, so sehr ins Herz geschlossen haben, kommen in der

Vorlage und ihrer Begründung sehr schlecht weg; sie haben danach keinen Anspruch auf besondere Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln. Die Krankenkassen haben bis in die letzten Tage hinein von der Absicht des Magistrats keine Blasse Ahnung gehabt; wäre es nicht seine Pflicht gewesen, sich vorher mit ihnen in Verbindung zu setzen? Die Kassen leugnen mit aller Entschiedenheit, daß sie mit den bisherigen Beiträgen bei einer Erhöhung der Kurkosten auskommen. Daß es ihnen gegenwärtig nicht gut geht, geht daraus hervor, daß von Tag zu Tag die Zahl der erwerbsunfähigen Kranken erheblich steigt. Die Kassen leiden auch darunter, daß die Kriegsbeschädigten sie in Anspruch nehmen. Als besondere patriotische Pflicht erkennt der Magistrat die Förderung des Nachwuchses an und will aus diesem Grunde die Sätze für Kinder bis zu vierzehn Jahren nicht erhöhen; auf dieses soziale Goldbrücken in der Vorlage tut sich der Magistrat offenbar viel zugute. Eine ebenso große patriotische Pflicht ist es aber auch, den Erwachsenen die Möglichkeit zu erleichtern, in die Krankenhäuser aufgenommen zu werden. Gänzlich verfehlt ist die Verufung auf andere Krankenhäuser, die mit der Erhöhung vorangegangen seien. Die Vorlage gehört in einen Ausschuss, damit wir und auch die Vertreter der Krankenkassen weiteres Material vorbringen können. Wir appellieren an Ihre hygienisches und moralisches Verantwortlichkeitsgefühl; wir unsererseits werden nichts unversucht lassen, um diese Vorlage abzuwehren, die ein Attentat gegen die gesundheitlichen Interessen der Stadt ist. Der Witz und die Empörung in der Bevölkerung muß sich durch eine solche volksfeindliche Maßnahme noch steigern! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kämmerer W. H.: Ich darf es mir erlauben, auf die persönlichen Lebensverhältnisse des Vorredners einzugehen. In der Aufzählung von sozialen Fortschritt läßt sich der Magistrat von Dr. Wehl nicht übertreffen. Ganz unrichtig ist es, daß die Krankenkassen mit kommunalen Erwerbsanstalten auf eine Stufe gestellt werden sollen; niemals ist davon die Rede gewesen, den ganzen Betrag der Selbstkosten zu verlangen. Eine Reihe von Vororten ist schon mit solchen Erhöhungen vorausgegangen; es gibt in Berlin auch private Krankenhäuser, die ganz bedeutende Unterbilanzen auf sich nehmen müssen, weil sie durch die zurückgebliebenen Versorgungsstätte der städtischen Krankenhäuser dazu gezwungen werden. Unsere Rechnung ist auf die Erfahrungen aus den Friedensjahren von 1914 basiert, die Preissteigerungen für Nahrungsmittel, Materialien usw. haben sich ganz konstant vollzogen. Die finanzielle Lage der Krankenkassen hat sich außerordentlich verbessert; zum Teil hatten sie schon vor dem Krieg gesicherte Finanzverhältnisse. Sind die Krankenkassen mit ihren Mitgliedern in Verbindung getreten, als sie ihre eigenen Beitragsätze erhöhten? Wir ist nichts davon bekannt. Der Mittelstand ist leider nur in ganz geringem Maße an der Krankenhausbenußung beteiligt.

Stadtv. Galland (Linke) ist mit Ausschuhberatung einverstanden und glaubt seinerseits nicht, daß die Erhöhung vor dem neuen Etatsjahr in Kraft gesetzt werden können. In wortreichen Ausführungen sucht Redner dann die Weisliche Behauptung zu entkräften, daß es sich um eine unsoziale Maßregel handle. Auch sehr zeitgemäß sei die Vorlage; gelte es doch, beigesteuerten Verrechnungen zu treffen, um die großen Kriegslasten der Kommune abzubürden. Die Erhöhung um 1 M. deckt nicht entfernt die Selbstkosten der Kommune. Der Mittelstand verstehe auch zu rechnen und werde die höheren Sätze immer noch der teureren häuslichen Krankenpflege vorziehen.

Stadtrat Straßmann protestiert ebenfalls gegen den Vorwurf, daß die Vorlage antisozial sei. Schon der Ausschluß der Kinder von der Kostenerhöhung beweise das Gegenteil. In den städtischen Krankenhäusern seien auch die Gesichtspunkte der Prophylaxe stets durchaus zu ihrem Recht gekommen.

Stadtv. Düring (Fr. Fr.): Wir sind für Ausschuhberatung und teilen in einem gewissen Umfang die Bedenken des Dr. Wehl, auch hinsichtlich des Mittelstandes. (Hört! hört! bei den Sozialdemo-

krateu.) Der Prüfung der finanziellen Gründe des Magistrats wollen wir uns aber dennoch nicht entziehen. Daß es sich um ein Erwerbsinstitut, um Leistung und Gegenleistung nicht handelt, haben die Darlegungen des Kämmerers bewiesen. In dem uns zugemuteten Zeitpunkt des Inkrafttretens der Maßnahme erkennen auch wir ein Zeichen mangelnder Rücksicht. Auch auf die Krankenkassen hätte immerhin größere Rücksicht genommen werden müssen.

Stadtrat Selberg nimmt den Magistrat gegen den Vorwurf verspäteter Eindringung der Vorlage in Schutz.

Stadtv. Dr. Wehl repliziert auf die Entgegnungen des Kämmerers und des Stadtrats Straßmann. Die Analogie der privaten Krankenanstalten sei nicht zuträglich. Auch die städtischen Krankenhäuser seien zugleich wissenschaftliche Forschungsinstitute. Die Krankenkassen mühten allerdings sich mit ihren Mitgliedern benehmen, wenn sie die Beiträge erhöhen wollten. Sehr zu begrüßen sei das soziale Verständnis, das aus den Worten Dürings gesprochen habe.

Nach einer nochmaligen Auseinandersetzung zwischen den Stadtv. Galland und Dr. Wehl über das Unsoziale und den Sozialismus der Vorlage wird letztere einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

Für die allgemeine Arbeitslosenfürsorge sind die zur Verfügung gestellten 1 1/2 Millionen Mark verbraucht und schon erheblich überschritten. Der Mehrbedarf und die weiter hierfür erforderlichen Beträge sollen dem Vorschuhkonto entnommen werden.

Stadtv. Cassel (Linke) fragt, wie hoch die Ueberschreitung ist und wie groß die für die Zukunft erforderliche Summe.

Stadtrat Raas erwidert, daß die Ansprüche stetig zurückgehen; die Ueberschreitung betrage 2 1/2 Millionen.

Stadtv. Cassel: Bei einer so großen Ueberschreitung hätte man doch schon lange mit einer neuen Vorlage kommen müssen.

Die Versammlung stimmt der Vorlage zu.

Kriegsfürsorge für die Arbeiter der Bekleidungsindustrie.

Für die Angehörigen der Bekleidungsindustrie, auch die selbständigen kleinen Gewerbetreibenden, soll eine besondere Kriegsfürsorge eingerichtet werden. Die Aufwendungen dafür ersetzt das Reich zur Hälfte, Preußen mit einem Drittel; ein Sechstel geht zu Lasten der Gemeinde. Der Entwurf eines bezüglichen Gemeindebeschlusses liegt der Versammlung vor.

Stadtv. Ritter (Soz.): Wir bebauern außerordentlich, daß auch diese Vorlage uns vor eine vollendete Tatsache stellt, indem die Einrichtung schon am 1. Oktober in Kraft treten soll. Im Interesse der Wahrung der Rechte der Versammlung protestieren wir dagegen, daß ein solches Verfahren Sitte wird. Wir beantragen Ausschuhberatung, um im Ausschuss uns über Zweckmäßigkeit und Inhalt der Vorlage auszusprechen. Wir wünschen u. a. eine Aenderung dahin, daß diese Kriegsfürsorge solange andauern hat, bis die Voraussetzungen für ihre Einrichtung fortgefallen sind. Zu demängen ist ferner die Zusammenfassung des Ausschusses zur Unterstützung des Magistratskommissars. Was heißt hier „Unterstützung“? Dem Kommissar ist offenbar ganz freie Hand gelassen; der Ausschuss muß aber mitbestimmender Faktor bei den Entscheidungen sein. Redner weist dann an einer Reihe von Einzelheiten der Vorlage deren Revisionsbedürftigkeit nach.

Stadtrat Raas geht auf die Ausführungen des Vorredners näher ein, wird aber nur bruchstückweise verständlich. Es kämen alles in allem etwa 100 000 Personen in Betracht. Im Ausschuss würden sich die einzelnen Beanstandungen prüfen lassen.

Stadtv. Raas (Fr. Fr.) steht der Vorlage durchaus freundlich gegenüber, ist indessen mit Ausschuhberatung einverstanden.

Stadtv. Ritter (Soz.) wünscht noch besonders, daß bezüglich der Erwerbslosen auch den Gewerkschaften eine Mitbestimmung gewährleistet werde.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss, der vom Vorstande noch heute ernannt werden soll.

Der Magistrat legt den Plan zur Errichtung eines städtischen Anstaltswesens vor und beantragt zugleich dessen Verberatung in einer gemischten Deputation.

Stadtv. Jacob (Linke) begrüßt die Vorlage und befürwortet lebhaft das Eingehen auf die Magistratsvorschläge.

Stadtv. Fröhlich (Soz.): Auch wir begrüßen die Vorlage, und zwar mit besonderer Genugtuung. Wiederholte gleichartige Anregungen sind von unserer Seite gegeben worden, ohne auf Gegenliebe zu stoßen; es mußte erst der Lehmeister Krieg kommen. Wir sind bereit, die Vorlage in gemischter Deputation einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Gar nicht gefällt uns an ihr, daß sie erst nach dem Kriege in Kraft treten soll. Wir halten es sehr wohl für ausführbar, die Einrichtung sofort ins Leben treten zu lassen. Sehr vermessen wir auch die Mitwirkung der Frauen. Auch ein alter Popf sollte bei der Gelegenheit abgefeilt werden; die Aufträge bloß an Berliner zu vergeben, ist ja heutzutage, namentlich in der Textilbranche, gar nicht durchzuführen. In dem bisherigen Verfahren, nur die „alten und bewährten“ Firmen zuzuziehen, haben meine Freunde überhaupt ein Haar gefunden. Wir wollen doch auch jeden Schatten einer Vetternwirtschaft vermeiden. Für die Stelle des kaufmännischen Direktors kann nur eine allererste Kraft in Frage kommen, und die Gehaltsfrage darf dabei nur eine ganz untergeordnete Rolle spielen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Düring ist ebenfalls von der Vorlage außerordentlich befriedigt. Auf diesem Gebiete bedeute Zentralisation einen ganz gemäßigten Fortschritt; man sollte die Einrichtung schon während der Kriegszeit in die Wege leiten.

Der Magistratsvorschlag gelangt zur Annahme.

Schluß 10 Uhr.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 26. Heft vom 2. Band des 44. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Kritische Anmerkungen. Von Fr. Rehring. (Schluß.) — Lärmsche Probleme. Von D. Jensen. (Schluß.) — Vom Wirtschaftsmarkt. Ueberall Finanznöte. Von Heinrich Gumon. — Die Kriegswirkungen in den einzelnen Anbaukreisläufen. Von B. Kiehl.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporture bis zum Preise von 3,00 M. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 30 Pf. Broden liegen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist und soeben Nr. 27 des 26. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Einladung zum Abonnement. — Von der überreichlichen Arbeiterinnenbewegung. Von Adelheid Vopp. — Die Kriegsvorbereitung in Westfalen. Von K. (Schluß.) — Genossenschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F. — Rothentel: Für den Frieden. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenarbeit. — Beschlüssen.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Krähen. Gedicht von Riedl Räder. — Kindererbrechen. Von J. St. — Baby schreit. Von Schmeiser Rada Ruchland. (Schluß.) — Krätze. — Für die Hausfrau. — Feuilleton: Der Steger. Von Maxim Gorki.

Für unsere Kinder: Der Kondor. Von Coen Hedib. Vom Drachen und Kücken in der Gegend. VI. und VII. Von S. S. — Joanto, der Bärensohn. Russisches Märchen. — Das Regenwetter. Gedicht.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. Auch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,50 Mark.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 20. Nummer des 33. Jahrganges erschienen.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Brodenummern sind jederzeit durch den Verlag A. D. B. Dieb Ruchl. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

Adreßbuch

für Berlin und seine Vororte

19  17

Die verehrlichen Haushaltungsvorstände werden hiermit gebeten, die ihnen durch die Herren Hauseigentümer oder Verwalter zugegangenen **Hauslisten für 1917** genau und leserlich auszufüllen und sie dann so schnell wie möglich weiterzugeben. Auch diejenigen Gewerbetreibenden, denen eine besondere Eintragungskarte für ihr Gewerbe nicht zugestellt wurde, bitten wir, die Rubriken der Hausliste möglichst genau auszufüllen, zumal diese Angaben auch als Grundlage für die Aufnahme im Gewerbenachweis benutzt werden. Haushaltungsvorstände, denen die Liste bisher nicht vorgelegt wurde, wollen gefälligst bei den Hauseigentümern und Verwaltern darum nachfragen und die Eintragung schleunigst vornehmen oder uns ihre Angaben ohne Verzug direkt einsenden. Die

Abholung der Hauslisten beginnt Montag, den 2. Oktober

Wer das Adreßbuch zum Vorbestellpreise erwerben will, darf nicht übersehen, dies in die richtige Spalte der Hausliste einzutragen oder hierzu den Vorbestellschein dieser Anzeige zu verwenden. Nach dem 31. Oktober tritt der um 2 Mark höhere Ladenpreis in Kraft.

Berlin SW, Zimmerstr. 36-41, den 28. September 1916.

August Scherl Deutsche Adreßbuch-G. m. b. H.

Hier gefälligst abzutrennen.

Vorbestellung

auf das Adreßbuch für Berlin und seine Vororte 1917

Unterzeichneter bestellt hierdurch

_____ Exemplar _____ in drei Bänden zum Vorbestellpreise von 15 M. _____ Exemplar _____ des I. Bandes zum Vorbestellpreise von 8 M.
_____ Exemplar _____ in zwei Bänden zum Vorbestellpreise von 14 M. _____ Exemplar _____ des II. Bandes zum Vorbestellpreise von 8 M.

(Nichtgewünschten durchstreichen.)

Name	Stand	Wohnung

Abstreicher, die drei Tage nach Befanggabe des Erscheinens nicht abgeholt sind, werden den von uns Benachteiligten Vorbestellern direkt zugewandt; für die Ueberlieferung werden 20 Pf. pro Exemplar berechnet.

solange der Vorrat reicht

liefert die Buchhandlung Vorwärts, Berlin, folgende älteren Jahrgänge der reichillustrierten Romanezeitschrift „In Freien Stunden“ jeden Band statt gebunden 4 Mark für nur 2 Mark.

- Band 3:** Inhalt: „Im Dome der Verführung.“ Roman von Oester Malot. — „Die Märlerin.“ Von A. Schulze-Gambel. — „Der Weiber.“ Von D. Ruppink. — „Das Räder bei Odenheim.“ Von B. Ortburgers.
- Band 4:** Inhalt: „Der Kurier des Jaren.“ Von Jules Verne. — „Das Verwundene des Feldes.“ Von Otto Ruppink. — „Am Walanger Jörd.“ Von Theodor Wägg. — „Die der Großmutter die Großmutter nahm.“
- Band 5:** Inhalt: „Der verlorene Sohn.“ Roman von Hall Gains. — „Der Hühnerling.“ Roman von Horst Daxmann. — „Am Stielbergwerk bewirkt.“ Briefe von Ewald Galslow. — „Die Herrenburg.“ Erzählung von Waldert Stiller.
- Band 6:** Inhalt: „Der Teufel.“ Roman von Robert Buchanan. — „Zwei Weiten.“ Roman von Madame Bisol. — „Der tote Zimmermann.“ Humoreske von Friedrich Gerhards. — „Waldstunde.“ Gedicht von Otto Ruppink. — „Der Weihnachtsabend.“ Eine Gesteirgegeschichte.
- Band 7:** Inhalt: „Wecken.“ Erzählung von E. Schirfow. — „Der Widner von Kette Dame.“ Roman von Victor Hugo. — „St. Peters Regen.“ Erzählung von A. Wilsch.
- Band 8:** Inhalt: „Das Einzug.“ Von Leon Klafel. — „Wald, das Hühner.“ Von Theodor Wägg. — „Der schwarze Hund.“ Von Waldert Mehr. — „Giermann Katholisch.“ Von Carl Ruffel. — „Wasser und Gels.“ Von J. Wolpenlo.
- Band 10:** Inhalt: „Der Hühner.“ Von A. Dumbard. — „Kantak.“ Von Emilie Pola. — „Der grane Vapant.“ Von E. D. Gacoh. — „Präzision.“ Von A. E. Schermon. — „Hühnerkette.“ Von A. Schermon. — „Die Hühner einer Frau ist.“ Von J. Gotschell. — „Der Hühner von Hühner.“ Von A. Schermon. — „Gades.“ Von E. D. Gacoh.
- Band 11:** Inhalt: „Kantak.“ Von Walter Scott. — „Die Sommerjeder.“ Von Frau E. H. Gacoh. — „Trennte.“ Glosse von Herrn. Hühnermann. — „Hühnerkette.“ Von J. Gotschell. — „Ein Tag aus dem Leben des Hühnerkette.“ Von Walter Oden.
- Band 13:** Inhalt: „Der tote Hühner.“ Von Hall Gains. — „Stierne Kraft.“ Von Kammion. — „Der schwarze Hühner.“ Von E. Gacoh.
- Band 14:** Inhalt: „Hühner.“ Von E. D. Gacoh. — „Das Hühner.“ Von Gacoh. — „Die Hühner.“ Von Gacoh. — „Hühner.“ Von Gacoh. — „Hühner.“ Von Gacoh.
- Band 15:** Inhalt: Emilie Pola. — „Germinal.“ — E. Cartellieri. — „Ein Hühner.“ — „Hühner.“ — „Hühner.“
- Band 16:** Inhalt: Walter Scott. — „Hühner.“ — „Hühner.“ — „Hühner.“ — „Hühner.“ — „Hühner.“ — „Hühner.“

Bei Bestellungen genügt Angabe der Nummer des Bandes.

Für Schuhmacher!
Ausgestante Oberlecke
sortiert in Damen-Herren- und Kindergröße, Pfund 5 Mark.
sowie Ober- u. Unterlederabfälle
Bruno Senslau, Berlin-Weißensee,
Langhausstr. 33, Tel. 191.

Zigarren
von M. 63, — pro Tausend aufwärts,
Zigaretten
von M. 14, — pro Tausend aufwärts
zu Engros-Preisen.
Leo Spieker, Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 98. — Tel. Wilhelm 1809.